

Editorial

von Karlheinz Weißmann

Es ist nicht das erste Mal, daß ein Bundeskanzler das „Ende der Nachkriegszeit“ verkündet. Auch die Regierungserklärung Ludwig Erhards vom 10. November 1965 begann mit dem Satz „Die Nachkriegszeit ist zu Ende!“. Die Feststellung war damals Teil des Versuchs zwei Tendenzen zu wehren, die sich seit dem Ende der fünfziger Jahre immer deutlicher abzeichneten und die Position der bürgerlichen Mitte bedrohten: die nationalistische Grundwelle, die Westdeutschland mit den Wahlerfolgen der NPD erschütterte einerseits, den zunehmenden Einfluß linker Meinungsführer auf die öffentlichen Debatten andererseits. Erhards Behauptung vom Ende der Nachkriegszeit war eng verknüpft mit dem Projekt „Formierte Gesellschaft“, das nicht nur den Auswüchsen des „Liberalismus“ und des Massenkonsums gewisse Schranken setzen sollte, sondern auch das Angebot eines neuen kollektiven Selbstbewußtsein machte, ausgehend davon, daß es zwanzig Jahre nach Kriegsende möglich sein müsse, aus dem Schatten der Vergangenheit herauszutreten.

Der Plan war durch Rüdiger Altmann und Johannes Groß als Berater des Kanzlers hinreichend intellektuell fundiert und nicht ohne Aussicht auf Erfolg, weil er in erster Linie dem Ziel ökonomischer Funktionstüchtigkeit dienen sollte. Trotzdem scheiterte die „Formierte Gesellschaft“. In einer Atmosphäre, die von der hysterischen Debatte um die Notstandsgesetze beherrscht wurde, geriet sie zügig unter Verdacht, eine zeitgemäße Variante des Faschismus zu sein.

Der Fehlschlag erklärt sich aber nicht nur aus dem Einfluß der Gegenposition, sondern eher aus der Tatsache, daß die Stabilität noch groß genug war, um die Gefahr der Systemkrise für gering zu halten.

Das unterscheidet die gegenwärtige Lage auf dramatische Weise von der vor dreißig Jahren, und das könnte dem zweiten Versuch, eine „Formierte Gesellschaft“ – von links her – zu errichten, wesentlich bessere Erfolgsaussichten verschaffen. Entsprechend lassen sich jedenfalls Anstrengungen Schröders deuten, der seinen „Patriotismus“ nicht nur verstanden wissen will als Abgrenzungsmotiv gegenüber der Außenpolitik der USA oder den Begehrlichkeiten der Europäischen Union, sondern auch als Bindemittel, das helfen soll, wenn schon nicht ein Volk, so doch ein halbwegs erkennbares Aggregat vieler Einzelner zusammenzuhalten. Daß zur Wirkung dieses Bindemittels ein gehobenes Selbstbewußtsein gehört, liegt auf der Hand, und der Kanzler will es auf dem kürzesten Weg verschaffen: durch eine Geschichtspolitik, die alles Störende beseitigt (die Erinnerung an die Vertreibungen etwa), den Rest verkürzt (auf die westdeutschen Erfolge) und konsequent instrumentalisiert (alles vor 1945 Geschehene war böse oder führte zum Bösen).

Eine Aussage wie die im Vorfeld der Invasionsfeiern gemachte – über das „erhobene Haupt“ der heute lebenden Deutschen – mag noch eine Grenze bezeichnen. Aber wir sollten darauf gefaßt sein, daß auch die bald überschritten wird, wenn es Schröder nützlich erscheint. Das ist keine bessere Einsicht, auch keine Abkehr von der Vergangenheitsbewältigung oder ein Versuch, den Deutschen als Nation ihre Würde zurückzugeben, sondern das Bemühen, falsches Bewußtsein zu erzeugen, im Überbau auszugleichen, was an der Basis immer deutlicher fehlt und mit technokratischen Mitteln zusammenzuhalten, was auseinanderdriftet.

Das Schwert des Geheimen Deutschland

von Götz Kubitschek

Von dem Dichter Rolf Schilling, der in einem kleinen Dorf am Fuße des Kyffhäuser-Gebirges lebt, gibt es einen Text mit dem Titel: *Geheimen Deutschland*. Diese Elegie – so die Gattungsbezeichnung, die der Dichter selbst wählte – setzt ganz unvermittelt ein:

Stauffenberg, bevor er standrechtlich erschossen wurde, soll noch etwas gerufen haben – eine Losung, ein Vermächtnis, ein letztes Wort, in das er faßte, was ihm zu sagen verblieben war. Aber hier, noch vor seinem Tode, beginnt die Legende. Manche berichten, er rief: „Es lebe das heilige Deutschland!“, andere überliefern: „Es lebe das geheime Deutschland!“ oder „Es lebe unser heimliches Deutschland!“

Schillings Text verknüpft den Attentäter des 20. Juli 1944, Claus Graf Schenk von Stauffenberg, mit einem der unergründlichen Begriffe, die das geistige Deutschland dem Nihilismus auf der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entgegenstellte. Das Geheime Deutschland sollte den Weg in eine andere Moderne weisen, in *Das Neue Reich*. So lautet der Titel eines Gedichtbands von Stefan George, in den auch das Gedicht *Geheimen Deutschland* Aufnahme gefunden hat. Es ist dies ein kryptisches, ein hermetisches Gedicht, eine simple Interpretation ist ausgeschlossen, und es liegt ja nahe, daß die Rede vom Geheimen Deutschland selber auch heimlich sein muß. Heimlich ist auch der berühmte Akt geblieben, in dem eine Gruppe aus dem George-Kreis 1924 am Sarkophag Kaiser Friedrichs II. einen Kranz niederlegte mit der Inschrift: „Seinen Kaisern

und Helden. Das Geheime Deutschland“. Und Norbert von Hellingrath, der im Auftrag Georges die Gedichte Hölderlins herausgab, schreibt 1916:

Ich nenne uns „Volk Hölderlins“, weil es zutiefst im deutschen Wesen liegt, daß sein innerster Glutkern unendlich weit unter der Schlackenkruste, die seine Oberfläche ist, nur in einem geheimen Deutschland zutage tritt.

Schon die Romantik hat auf das Geologische, die Berg- und Höhlenhoffnung der Deutschen verwiesen und immer wieder den Kaiser Barbarossa angeführt, der am Kyffhäuser im Berg ruhe, und mit dessen Rückkehr die Erneuerung des Reichs verbunden sei.

Innerhalb dieses Gefüges ist auch die Hauptaussage von Georges Gedicht nicht schwer zu entschlüsseln: In einer untergehenden Welt ruht die Hoffnung auf den Wenigen, die Verantwortung zu übernehmen berufen sind, wobei dieses Handeln keineswegs tagespolitischer Natur ist, sondern den Geist des Geheimen Deutschland auf metaphysischem Feld zu vertreten hat. Georges Gedicht spricht auch von einstigen Trägern dieses Geistes und verknüpft diese Ahnenreihe mit denen, die die Stafette aufnehmen sollen.

Stauffenberg nahm den Auftrag ernst, den er – aus dem George-Kreis stammend – angesichts der Verheerungen Deutschlands durch die nationalsozialistische Ideologie und ihre politische Umsetzung verspürte. Das Attentat vom 20. Juli 1944 war eine Tat im Geiste des Geheimen Deutschland, es war – bei allen verzweifelten Versuchen, tatsächlich zum Erfolg zu gelangen – vor allem eine metaphysische Tat.

Nachdem Stauffenberg und seine Mitverschwörer erschossen waren, ging das Regime daran, Sippe und Nachlaß der Attentäter aus der Erinnerung zu tilgen. Unter den Gegenständen, die in alle Winde zerstreut wurden, war auch der Ehrensäbel, den der Oberfähnrich Stauffenberg als Jahrgangsbester auf dem Offizierslehrgang der Kavallerieschule in Hannover verliehen bekam. Nach der Beschlagnahmung ging der Säbel durch unbekannte Hände und wurde – wahrscheinlich von sowjetischen Offizieren – bald nach dem Krieg an Max Reimann, den Vorsitzenden der DKP übergeben: „antifaschistisches Kulturgut“ sollte den Deutschen erhalten bleiben. Reimann überließ den Säbel seinem Nachfolger Herbert Mies. Allen war er unantastbar. Von Mies erhielt ihn 1999 die Witwe Stauffenbergs zurück.

In diesem Ehrensäbel nun verdichtet sich so vieles, seine Verknüpfung mit dem Auftrag des „Geheimen Deutschland“ ist so zeitlos, daß Begriff und hermetische Stafette in ihm ihr Symbol erhalten haben. Das „Schwert des Geheimen Deutschland“ ist der begreifbare Gegenstand einer unbegreiflichen Tiefe.



Aber trotzdem dauern unsre Reiche

von Rolf Schilling

Alles, was wir sprachen, was wir sannen,
Was uns groß war, was das Herz bedrängt,
Wird ein Flügelschlag ins Nichts verbannen,
Wenn der Gott die schwarze Fackel senkt.

Eiswind weht uns fort durch leere Hallen,
Kaum berührt von sanfterer Beschwer
Goldner Pollen, dem Gesang entfallen,
Da er heimflog ohne Wiederkehr.

Aber trotzdem dauern unsre Reiche,
Traumentrückt im Schoß der Mitternacht,
Bis das ewig neue, ewig gleiche
Morgenrot im Dämmergrau erwacht.

Längst verschollen, dennoch unverloren,
Strahlt, ein Kronjuwel im dunklen All,
Unser Stern, uralte und ungeboren,
Siegreich über Asche und Verfall.

Keine Fessel kann der Schwinge wehren,
Die dich unversehrt durchs Feuer trug,
Leichten Flugs zur Erde heimzukehren,
Wenn die Stunde der Verheißung schlug.

Schau dein Reich: Die goldnen Herden
schreiten
Furchtlos hin in deiner sanften Hut,
Hier, im Jenseits deiner Traurigkeiten,
Sollst du walten, wenn die Waage ruht.

Tau der Gräser, Grün der jungen Birke,
Silbern schimmernd überm Wiesenrain,
Noch im fernsten aller Nachtbezirke
Tönt der Lobgesang von Brot und Wein.

Deine Hand, die goldne Ernte segnend,
Rührt im Schlaf leicht an ein Traumgesicht,
Adlerpaare, deinem Blick be segnend,
Grüßen dich im ersten Morgenlicht.

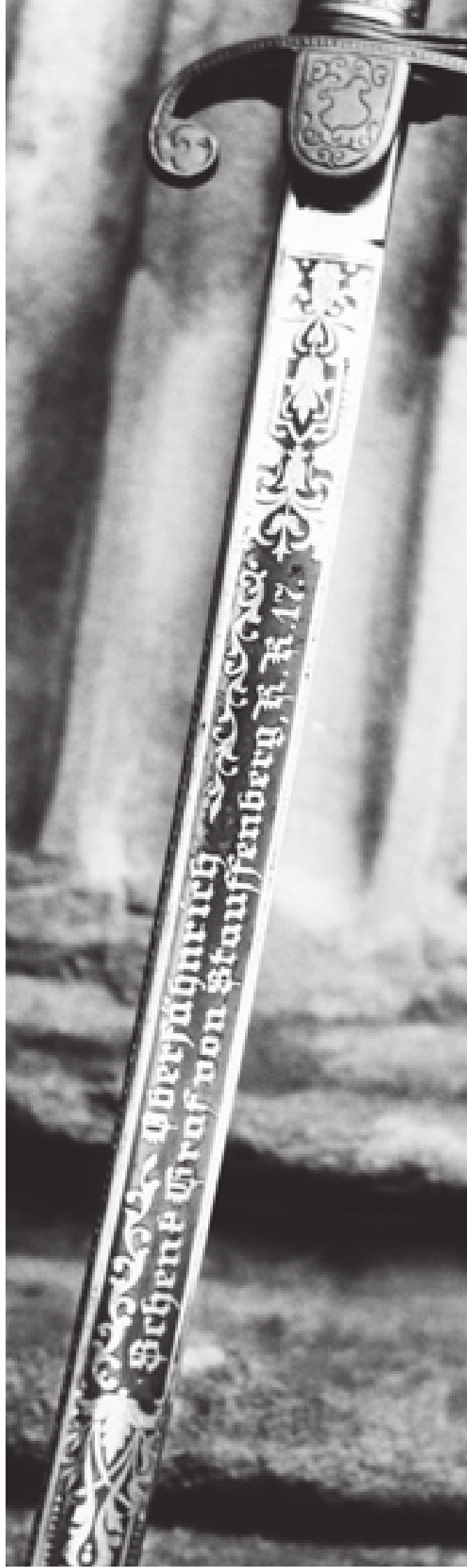
Ihrer Fahrt, in Weiten ungemessen,
Folgend, wenn der Himmel dich berief,
Sollst du doch der Erde nicht vergessen,
Die dich barg, solange der Fittich schlief.

So dein Maß im Irdischen erkennend,
Wirst du wandeln, allem Wandel fern,
Ewig auferstehend, ewig brennend,
Schmetterling und Flamme, Staub und Stern.

aus:

Rolf Schilling: *Stunde des Widders*,
Gesammelte Werke in Einzelbänden I/2:
Gedichte 1977 bis 1980.

Alle Bände zu beziehen über: Edition Arns-
haugk, Georgenstraße 144, 80797 München,
Tel. (089) 3471 56.



Edgar Julius Jung

von Karlheinz Weißmann

Im Sommer 1934 schrieb der Dichter Rudolf Borchardt aus dem italienischen Exil: „Deutscher sein wird nach dem Schreckensende eine graue und grässliche Sache werden ...“. Das war prophetisch gesprochen, auch wenn nicht alle finsternen Erwartungen Borchardts sofort in Erfüllung gingen. Das „Schreckensende“ hielt Borchardt für unvermeidlich nach den Ereignissen vom 30. Juni jenes Jahres, als man fünf seiner Freunde ermordet hatte, „darunter meinen armen lieben Edgar Jung“. Die Verbindung zwischen beiden datierte vom Januar 1930, nachdem Jung an Borchardt die zweite Fassung seines Buches *Die Herrschaft der Minderwertigen* geschickt hatte, worauf Borchardt wohlwollend, wenn auch nicht unkritisch reagierte. Beide zählten zu derselben Denkfamilie der rechten Intelligenz – den Jungkonservativen –, aber es gab durchaus Differenzen. Dazu gehörte Borchardts Treue zum Haus Hohenzollern und zur protestantischen Überlieferung gegen Jungs Begeisterung für die Reichsidee und eine Erneuerung der *una sancta*, außerdem ging es um die Einschätzung der Person Stefan Georges, den Jung ebenso verehrte, wie ihn Borchardt haßte, und sicher spielte eine Rolle, daß Borchardt durch seine Herkunft aus dem deutsch-jüdischen Großbürgertum zur alten Elite gehörte und seinen Konservatismus mit einer gewissen Lässigkeit vertrat, während Jung aus dem Volk kam und zu einer Generation zählte, deren Konservatismus willentlich angeeignet war und deshalb ein neues dynamisches Moment enthielt.

Helmut Jahnke: *Edgar Julius Jung. Ein konservativer Revolutionär zwischen Tradition und Moderne*, Pfaffenweiler 1998.

Edgar Julius Jung wurde am 6. März 1894 in Ludwigshafen geboren. Seine Vorfahren entstammten dem evangelischen Bauerntum der Pfalz, der Vater hatte als Gymnasialprofessor einen gewissen sozialen Aufstieg erreicht. Jedenfalls konnte Jung nach dem Abitur 1912 ein Jura-Studium in Lausanne aufnehmen, kehrte aber bei Kriegsbeginn nach Deutschland zurück. Er meldete sich freiwillig, kam an der Westfront zum Einsatz, zuletzt in der Luftwaffe, und wurde nach dem Zusammenbruch als Leutnant entlassen. Er schloß bis 1922 sein Studium an den Universitäten Würzburg und Heidelberg mit der Promotion ab, beteiligte sich aber gleichzeitig aktiv an den Kämpfen des Nachkriegs. Er trat dem Freikorps Epp bei, das mithalf, die Münchener Räteherrschaft niederzuwerfen, und nach der Besetzung der heimatlichen Pfalz durch französische Truppen bildete er eine Geheimorganisation, den „Rheinisch-Pfälzischen Kampfbund“, der im Januar 1924 das Attentat auf den Präsidenten der separatistischen „Pfälzischen Republik“, Heinz Orbis, ausführte. Jung mußte wegen seiner Beteiligung an dem Anschlag nach Bayern fliehen, wo allerdings keine Strafverfolgung eingeleitet wurde, da die Behörden Heinz Orbis des Hochverrates angeklagt hatten und seine Erschießung als „Akt der Staatsnotwehr“ betrachteten.

Jung ließ sich in München nieder, übte den Beruf als Rechtsanwalt aber nur zum Zweck des Broterwerbs aus. Eine parteipolitische Heimat hatte er in der DVP gefunden, deren pfälzischer Landesverband zu den Trägern des Widerstands gegen die französische Okkupation gehörte. Nach dem Abschluß des Vertrags von Locarno wuchs Jungs Distanz zu den Nationalliberalen, und allmählich verlor er völlig das Interesse an der Parteilarbeit. Er sah seinen eigenen Platz dort, wo man „die geistigen Vorbedingungen einer deutschen Wiedergeburt zu schaffen“ begann und ging auf die Seite der Jungkonservativen.

Nach dem Tod Moeller van den Brucks, 1925 wurde er zum wichtigsten Programmatiker dieser Tendenz, die konservative Position aus der Defensive gegenüber dem Liberalismus ebenso befreien wollte wie aus den Bindungen, die sie im 19. Jahrhundert notgedrungen eingegangen war. Die Jung-Konservativen bildeten die wichtigste Strömung innerhalb der Konservativen Revolution, lehnten die Fixierung auf den Rassegedanken der Völkischen ebenso ab wie den Aktivismus der Nationalrevolutionäre. Für sie war „Konservatismus“ weder Kaschierung von Klasseninteressen noch geistige Trägheit, sondern ein Versuch, angemessener Wirklichkeitsauffassung. Das hieß aber auch, daß das „Bewahren“ nicht absolut gesetzt wurde. In deutlicher Anlehnung an Moeller formulierte Jung als „konservativ-revolutionäres Prinzip“, die metaphysisch begründeten, überindividuellen „Werte“ bildeten die Grundlage aller Gemeinschaft: „Der Trieb, diese um jeden Preis zu erhalten, kann konservativ genannt werden. ... Soweit bisherige, allgemeingültige Werturteile geeignet sind, eine falsche Einstellung zu jenen höchsten Werten zu erzeugen, soweit sind wir für die ‚Umwertung aller Werte‘. Ist diese Umwertung gleichbedeutend mit einer Umwälzung der Dinge, dann mag man uns revolutionär nennen. Unsere Rechtfertigung ist: daß man aus tiefstem Willen zur Erhaltung – zerstören muß.“

Edmund Forschbach: *Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär*. 30. Juni 1934, Pfullingen 1984.

Die Sätze stammen aus einem Buch, das Jung mit einem Schlag bekannt machte. Es erschien 1927 unter dem Titel *Die Herrschaft der Minderwertigen*. Die deutlich auf Nietzsche bezogene Formulierung signalisierte schon, daß es sich im Kern um eine Parlamentarismus- und Demokratiekritik handelte. Während seines Studienjahrs in Lausanne hatte Jung auch bei Vilfredo Pareto gehört, dessen Vorstellung von der „Zirkulation“ der Eliten ihn stark beeinflusste, später beschäftigte er sich eingehend mit Robert Michels und Alexis de Tocqueville. Durch die Entwicklung der Weimarer Republik sah Jung die Annahme bestätigt, daß der „Liberalismus“ außerstande sei, die Auswahl von Führungsschichten zu bewerkstelligen. Die durch die „Ideen von 1789“ wie durch die objektiven Tendenzen der Massengesellschaft bewirkte Egalisierung führte nach seiner Meinung dazu, daß die Unfähigen – die „Minderwertigen“ – an die Spitze traten und jede große Ordnung zerstörten.

Die Herrschaft der Minderwertigen war nicht nur Kulturkritik etwa in Fortsetzung Spenglers, Jung verstand sie auch als Enzyklopädie einer Gegen-Aufklärung, als Grundlage für „eine neue konservative Ideologie“. Er versuchte auf dreihundert Seiten eine möglichst umfassende Analyse der Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens zu geben und die notwendigen Veränderungen zu skizzieren. Allerdings empfand er rasch Ungenügen an seiner Darstellung. Deshalb arbeitete er die erste Fassung der *Herrschaft* in den folgenden beiden Jahren um und veröffentlichte 1930 eine zweite Version, die fast auf den doppelten Umfang anwuchs. Bemerkenswerter als diese Äußerlichkeit waren die inhaltlichen Änderungen, die Jung vornahm. Sprach er 1927 noch von der Notwendigkeit eines „neuen Nationalismus“, der sehr weitgehend dem entsprach, was die kleinen nationalrevolutionären Gruppen propagierten, so stand jetzt die „Reichsidee“ im Zentrum: „Neuordnung, beginnend mit dem mittleren, nahöstlichen und nabsüdöstlichen Raum und von dort zu den Rändern fortschreitend, in der Form eines europäischen Staatenbundes“. Frankreich, das Jung ehemals als Erzfeind gegolten hatte, der in einem neuen Waffengang niederzuwerfen war, wurde hier schon als möglicher Partner beim Aufbau der abendländischen Einheit betrachtet.

Jung war zu der Auffassung gelangt, daß man nicht Deutschland allein im Blick haben dürfe und daß nicht die jakobinische „Nation“, sondern das „Volk“ die Grundlage neuer politischer Bildungen auf dem Kontinent sein müsse. Er äußerte sich skeptisch gegenüber der Idee einer

„organischen Demokratie“ wie sie die Jungkonservativen ursprünglich favorisiert hatten und wandte sich stattdessen der Idee eines „autoritären Staates“ zu. Ganz deutlich standen seine Ideen unter dem Einfluß des „Universalismus“, den der österreichische Philosoph und Nationalökonom Othmar Spann vertrat. Von Spann übernahm Jung auch die Vorstellung von „Stand“ und „Genossenschaft“ sowie die Konzeption eines gestuften Wahlrechts. Den Korporativismus verband er mit der von Leopold Ziegler und Nikolaj Berdjajew inspirierten Überzeugung, daß ein „neues Mittelalter“ die aufklärerische Moderne ablöse, vorbereitet von jener konservativen Revolution, die nicht nur politische Ziele erreichen, sondern auch „Gott einen neuen Altar errichten werde“. Ziegler stand Jung persönlich nahe, beide verfaßten zusammen das Buch *Fünfundzwanzig Sätze vom deutschen Staat* (1931), das allerdings nur unter dem Namen Zieglers erschien. Dieser Philosoph gehörte zu einer Gruppe europäischer Intellektueller, die sich besonders für die religiöse Überlieferung unter Einschluß esoterischer Lehren interessierte und die man als „Traditionalisten“ bezeichnet hat. Der wichtigste ihrer Köpfe in Italien war ohne Zweifel Julius Evola, der auch in Kontakt zu Jung trat, und dessen Hauptwerk *Revolte gegen die moderne Welt* (1934) nicht zufällig gewisse Übereinstimmungen mit der *Herrschaft der Minderwertigen* aufweist.

Leopold Ziegler: *Edgar Julius Jung. Denkmal und Vermächtnis*, Stifterbibliothek, Bd 61, Salzburg 1955.

Als die zweite Auflage der *Herrschaft* erschien, lag die Weimarer Republik bereits in Agonie. Zu früh nach Jungs Auffassung, der sah, wie sich die Ereignisse überstürzten und auf einen Punkt hindrängten, der mit den Vorstellungen des revolutionären Konservatismus nichts zu tun hatte. Die Erwartung, daß Brüning die Katastrophe immerhin solange aufhalten würde, bis die eigenen Kräfte formiert waren, zerschlug sich ebenso rasch wie der anfängliche Optimismus, den Jung im Blick auf eine neue Partei hegte. Die „Volkskonservative Partei“ entstand aus einer Gruppe von Parlamentariern der DNVP, die aus ganz unterschiedlichen Motiven gegen die Führung Hugenberg's rebelliert hatten. Jung, der bei der Gründung, vor allem aber bei der Formulierung des Programms der Partei, eine maßgebliche Rolle spielte, mußte rasch erkennen, daß sich aus diesem Kern niemals jene „konservativ-revolutionäre Bewegung“ entwickeln würde, wie sie ihm eigentlich vorschwebte, um die „Lücke“ zwischen der Elite und den Massen zu schließen.



Umschlag der zweiten Fassung von Jungs Hauptwerk

Jungs ausgeprägter Vorbehalt gegen Parteien war nur zeitweise zurückgetreten hinter dem Wunsch, Macht zu gewinnen. Die Bereitschaft zu dem Experiment mit den Volkskonservativen erklärt sich aber wahrscheinlich auch aus einem Unvermögen auf andere Art zu einer politischen Basis zu kommen. Jung wirkte nicht wie Moeller kreisbildend und hielt immer eine gewisse Distanz zu den jungkonservativen Vereinigungen, auch zum einflußreichen Herrenklub Heinrichs von Gleichen. Das hing mit persönlichen Differenzen zusammen, aber auch mit Jungs Vorbehalt gegenüber der „Club- und Salonpolitik“ einerseits, der Skepsis von Gleichens gegenüber dem Plan einer „Neuen Front“ andererseits. Jungs Aufsätze erschienen deshalb nicht im Zentralorgan der Jungkonservativen, dem von Gleichen herausgegebenen *Ring*, sondern in den *Süddeutschen Monatsheften*, in der *Deutschen Rundschau* und in den *Münchener Neuesten Nachrichten*. Sie fanden seit dem Ende der zwanziger Jahre breitere Resonanz, auch seine Vorträge galten als brillant. Aber Jung fühlte sich zu anderem als Publizistik und Propaganda berufen, viele Zeitgenossen bemerkten seinen „brennenden Ehrgeiz“ (Rüdiger Robert Beer), und einer seiner engsten Freunde, entdeckte sogar „dämonische“ Züge (Rudolf Pechel).

Volker Mauersperger: *Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“ 1919–1933. Eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik*, Bremen 1971.

Nach dem Scheitern der Volkskonservativen und des letzten Kabinetts Brüning glaubte Jung, in letzter Stunde selbst Zugang zum Zentrum der Entscheidungen finden zu können. Er stellte sich dem neuen Reichskanzler Franz von Papen als Berater und Redenschreiber zur Verfügung. Dessen Programm übernahm die Parole der Jungkonservativen vom „Neuen Staat“, konnte ihr aber keine Substanz verleihen. Nach einem halben Jahr war auch dieser Versuch gescheitert. Im Januar 1933 kam

Jung zu der Feststellung, es gebe „keine regierungsfähige deutsche Rechte“.

Die NSDAP gehörte für Jung nur bedingt zur „Rechten“. Er pflegte seit der Münchener Zeit eine ausgeprägte Aversion gegen Hitler, dem er nicht verzieh, daß er 1923 seinen Leuten die Beteiligung am Ruhrkampf verboten hatte, um den „Marsch auf Berlin“ vorzubereiten. Umgekehrt wurde Jung von Nationalsozialisten als „Jude“ beschimpft oder als Handlanger des politischen Katholizismus. Er hatte sich ebenso gegen die außenpolitischen Pläne Hitlers gewandt, denen er sein eigenes Programm einer mitteleuropäischen, dann gesamteuropäischen Einigung entgegenstellte, wie gegen den biologischen Materialismus, der seinem christlich geprägten Menschenbild widersprach. Allerdings hielt Jung die NSDAP trotz seiner Reserve auch für eine „Widerstandsbewegung“ gegen Versailles und die Dekadenz des parlamentarischen „Systems“. Nur folge sie dem faschistischen Muster und bleibe deshalb der absterbenden Epoche des Liberalismus verhaftet. Die Opferbereitschaft ihrer Anhänger werde durch einen „Volkskondottiere“ wie Hitler mißbraucht und in die Irre geführt. Im November 1932 schrieb er: „Hitler verdankt seinen Erfolg seiner ideologischen und sozial-ethischen Veranlagung. Er repräsentiert deshalb das Gesetz der Entwicklung, unter dem unsere Zeit steht. Er repräsentiert es schlecht.“



Edgar J. Jung, zu Beginn der dreißiger Jahre

Jung glaubte sich Hitler in analytischer wie strategischer Hinsicht überlegen. Deshalb empfand er die Machtübertragung am 30. Januar als persönlichen Schlag. Für einige Zeit verfiel er Depressionen. Ziegler berichtete, er habe im Sommer 1933 sogar mit dem Gedanken an Selbstmord gespielt. Ende des Jahres hatte sich Jung aber wieder gefangen. In einem kleinen Band, der unter dem Titel *Sinndeutung der deutschen Revolution* erschien, legte er etwas wie eine Bilanz der Gesamtentwicklung seit dem Kriegsende vor. Es blieb bei der Verwerfung von Republik und liberaler Demokratie, aber kaum verhohlen wurde Hitler als „Kind der Masse“, die NSDAP als „Partei der Enterbten ... des bürgerlichen Zusammenbruchs“ apostrophiert, unfähig jene Wende herbeizuführen, die eigentlich notwendig sei. Neben Friedrich Sieburgs *Es werde Deutschland*, Richard Benz' *Geist und Reich* sowie Oswald Spenglers *Jahre der Entscheidung* war die *Sinndeutung* die schärfste Absage an das neue Regime durch einen Autor der Konservativen Revolution.

Nachdem Jung den länger erwogenen Plan, selbst ein Attentat auf Hitler durchzuführen, aufgegeben hatte, begann er mit seinem Freund Herbert von Bose im Büro Papens – aber ohne das Wissen des Vizekanzlers – ein konspiratives Zentrum aufzubauen. Die Gruppe um Bose und Jung deckte Opfer des neuen Regimes und verhalf Deutschen jüdischer Herkunft, die besonders gefährdet waren, zur Ausreise. Die Pläne beider gingen aber weiter. Sie zielten auf einen Staatsstreich unter Nutzung des Konflikts zwischen dem Obersten SA-Führer Röhm und der Reichswehrführung, um mit Rückendeckung Hindenburgs ein Militärregime zu errichten, das den Aufbau des „organischen Staates“ vorbereiten sollte. Im November 1933 arbeitete Jung einen Verfassungsplan aus, der von drei Prinzipien getragen war: „völlige Entmassung des Volkes“ durch Kombination direktdemokratischer Elemente mit korporativer Organisation, „verhältnismäßige Emanzipation des völkischen Lebens von dem der Staaten“ und Schaffung eines föderativ gegliederten, wirtschaftlichen „Großraums“ Europa. In scharfem Gegensatz zu seinen eigenen früheren Auffassungen sprach er jetzt davon, daß „völlig nationalisierte Völker“ wie sie vom Faschismus angestrebt würden ihre Dynamik zwangsweise gegeneinander richten müßten, jedenfalls kein Fundament einer dauerhaften Ordnung des politischen Lebens sein könnten.

Fritz Günther von Tschirschky: *Erinnerungen eines Hochverrätters*, Stuttgart 1972.

Im Frühjahr 1934 deutete vieles auf eine krisenhafte Zuspitzung der Lage hin. Die Zahl der Arbeitslosen stagnierte, die wirtschaftliche Entwicklung entsprach nicht den Erwartungen, Röhm's Forderung nach

einer „zweiten“, nicht nur „nationalen“, sondern „nationalsozialistischen Revolution“ stand im Raum, die Reichswehr fühlte sich durch das dramatische Anwachsen der SA-Verbände in ihrer Stellung als einziger „Waffenträger“ des Reiches bedroht. Das schien den Verschwörern um Jung und Bose die Möglichkeit zum Umsturz zu eröffnen. Mitte Juni 1934 lief die Aktion an. In einer Rede vor dem Marburger Universitätsbund am 17. des Monats sollte Papen ohne es zu ahnen das Signal zum Losschlagen geben. Den Text hatte Jung geschrieben, und Hitler war außer sich über diese Ansprache, in der vor der „Gefahr des Byzantinismus“, der Unterdrückung von Meinungen und Glaubensüberzeugungen gewarnt und deutliche Kritik am „Totalitätsanspruch“ der Partei geäußert wurde, der Geistfeindlichkeit und ein „halbreligiöser Materialismus“ zugrunde liege: „Die Vorherrschaft einer einzigen Partei an Stelle des mit Recht verschwundenen Mehr-Parteiensystems“ hatte Jung Papen sagen lassen, „erscheint ... geschichtlich als ein Übergangszustand, der nur so lange Berechtigung hat, als es die Sicherung des Umbruchs verlangt und bis die neue personelle Auslese in Funktion tritt“. Für Hitler war die Behauptung, daß der Nationalsozialismus und die in der Nachkriegszeit entstandene „Art von konservativ-revolutionärer Bewegung“ gleichrangige Verbündete seien, ebenso durchsichtig wie der Versuch Jungs, die „nationale“ in eine „konservative Revolution“ umzudeuten und den Nationalsozialismus auf das Programm einer neuen „Ghibellinen-Partei in Europa“ zu verpflichten, die dem Bund der abendländischen Völker vorarbeiten sollte.

Die vor allem bürgerliche Zuhörerschaft reagierte auf die „Marburger Rede“ mit anhaltendem Beifall, während Parteifunktionäre unter Protest den Saal verließen. Der bereits gedruckte Text wurde sofort nach Bekanntwerden beschlagnahmt, eine Übertragung im Rundfunk verboten. Zwar stellte die Gestapo fest, daß handschriftliche Kopien umliefen und im – formell gleichgeschalteten – „Stahlhelm“ Versuche gemacht wurden, den Inhalt weiter zu verbreiten, aber die Kenntnis blieb trotzdem auf kleine Kreise beschränkt. Rasch drang nach außen, daß Jung das Manuskript verfaßt hatte, woraufhin Hitler am 25. Juni seine Verhaftung befahl. Papens halberziger Interventionsversuch wurde von Hitler unter fadenscheinigem Vorwand abgewiesen. Nach einer Tagebuchnotiz Rosenbergs soll er höhnisch auf Papen gewiesen haben, mit der Bemerkung „Der kommt wegen seines Dr. Jung!“

Kurz nachdem man Bose im Rahmen der Aktion vom 30. Juni ermordet hatte, erschossen SS-Wachen Jung am 1. Juli in einem Wäldchen bei Oranienburg. Die angebliche Niederwerfung des Röhmputsches war auch sonst mit einem ersten vernichtenden Schlag der nationalsozialistischen Führung gegen die konservative Opposition verbunden, dem neben Jung und Bose auch Kurt von Schleicher und Gustav von Kahr zum Opfer fielen, während sich andere, wie Brüning oder Gottfried Treviranus, nur durch die Flucht ins Ausland retten konnten. Die Ereignisse selbst standen im Zusammenhang mit dem, was nach dem Tod Hindenburgs am 2. August folgte: durch die Selbsternennung Hitlers zum „Führer und Reichskanzler“ und die Vereidigung der Reichswehr auf seine Person war der Prozeß der Machtübernahme abgeschlossen. Hitler hatte seine Gegner innerhalb und außerhalb der Partei geschlagen und konnte seine Position für die nächsten Jahre als unangefochten betrachten. Es ist nicht so, als ob zwischen der Opposition von 1934 und der von 1944 kein Zusammenhang bestand, aber die Handlungsmöglichkeiten, die sich in der Zwischenzeit eröffneten, boten niemals dieselben Perspektiven wie zu Beginn und in der Agonie des „Dritten Reiches“.

Es gehört heute zu den schlechten Gewohnheiten, den konservativen Widerstand gegen die NS-Herrschaft zu denunzieren. Dabei spielt die Behauptung eine wichtige Rolle, die Konservativen hätten sich ursprünglich Hitlers bedient und erst als dieser scheiterte, versucht, ihre Anteile aus dem Konkursunternehmen zu retten. Dem ist entgegenzuhalten, daß mit Männern wie Edgar Julius Jung die Konservativen zur Opposition der ersten Stunde gehörten. Und es wäre hinzuzufügen, daß diese Auflehnung den reinsten Motiven folgte, – um noch einmal Jungs Freund Borchardt zu zitieren: „Nichts ist möglich ohne die Ehre, nichts wünschbar ohne die Ehre, nichts von Wert ohne die Ehre.“

Martin Graß: *Edgar Julius Jung, Papenkreis und Röhmkrise 1933–1934*, Diss. phil. Heidelberg 1966.

Bibliographie:

Die geistige Krise des jungen Deutschland. Rede vor der Studentenschaft der Universität München, Berlin 1926.

Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung, Berlin 1927.

Neue Fassung: Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich, Berlin 1930 (3. Auflage von 1931 identisch mit der 2.).

Föderalismus aus Weltanschauung, München 1931; *Sinneutung der deutschen Revolution*, Schriften an die Nation, 55/56, Oldenburg i. O. 1933.

Als Herausgeber von *Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekanntesten Politikers*. Mit zusammenfassendem Nachwort: *Deutschland und die konservative Revolution von Edgar J. Jung*, München 1932.

Autoren dieses Heftes

Ellen Kositzka, 1973, Staatsexamen in Germanistik und Geschichte.

Dag Krienen, 1960, Studium der Geschichtswissenschaft, Philosophie und Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, von 1995 bis 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Ruhr-Universität.

Götz Kubitschek, 1970, Studium der Germanistik, Geographie und Philosophie. Seit 2002 selbstständiger Verleger (Edition Antaios).

Buchveröffentlichungen der letzten Jahre:

Raki am Igman. Texte und Reportagen aus dem Bosnien-Einsatz der Bundeswehr, Dresden 2001

Jean-Jacques Langendorf, 1938, Verleger, Romancier und Historiker, Miteigentümer des Karolinger Verlags.

Buchveröffentlichungen der letzten Jahre in deutscher Sprache:

Die Schweiz in den Wirren des 20. Jahrhunderts, Altstätten 2002

Schiffe der Monarchie: 1750–1918, Wien 2000

Genie und Fleiß: Unternehmervgestalten der Monarchie 1600–1918, Wien 1998

Die große Fahrt: Forscher und Entdecker der Monarchie 1400–1918, Wien 1996

Zwielicht und Schatten: Gestalten der Monarchie 1550–1900, Wien 1996

Ahnengalerie der kaiserlichen Armee 1618–1918: biographische Schattenrisse, Wien 1995

Olaf Rose, 1958, Studium der Geschichte der Geschichte, Pädagogik, Germanistik und Medizin in Bochum und Hamburg, promoviert in osteuropäischer Geschichte.

Buchveröffentlichungen der letzten Jahre:

Wanne-Eickel, Erfurt 2002 (zusammen mit Manfred Hildebrandt)

„*Wir haben in Kanonendonner gestanden!*“: *das Kriegstagebuch des Berliner Gymnasiasten Wilhelm Tetschke 1813–1815*, Berg am See 1998 (gemeinsam kommentiert mit Ehrenfried Schütte)

Carl von Clausewitz: Wirkungsgeschichte seines Werkes in Rußland und der Sowjetunion 1836–1991, München 1995

Rolf Schilling, 1950, Dichter und Essayist.

Buchveröffentlichungen der letzten Jahre:

Halkyon: Gedichte (1995–1996), München 1997

Feuerlilie: Gedichte (1992–1994), München 1995

Eros und Ares: Essays, München 1994

Tage der Götter: Gedichte, München 1991

Christian Vollradt, 1973, Student der Geschichte und Evangelischen Theologie.

Karlheinz Weißmann, 1959, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie, promoviert als Historiker.

Buchveröffentlichungen der letzten Jahre:

Männerbund, Schnellroda 2004

Mythen und Symbole, Dresden 2002

Die preußische Dimension. Ein Essay, München 2001

Nation?, Dresden 2001

Arnold Gehlen. Vordenker eines neuen Realismus, Dresden 2000

Alles was recht(s) ist. Ideen, Köpfe und Perspektiven der politischen Rechten, Graz 2000

Widerstand im Schatten

Im Juli 1982 schrieb Johannes Groß in seinem „Notizbuch“, das das *FAZ-Magazin* (eine Wochenbeilage der *Frankfurter Allgemeinen*) regelmäßig veröffentlichte: „Die Linken legen heutzutage größten Wert darauf, daß es nicht nur konservativen, rechten Widerstand gegen Hitler gegeben hat. Mit Recht. Es hat linken Widerstand gegen Hitler gegeben, aber vornehmlich als Abwehr der Verfolgung, im Interesse einer Partei und unter dem Gesichtspunkt, daß die falsche Diktatur sich etablieren konnte, die von der Geschichtsphilosophie nicht vorgesehen war. Der moralisch begründete Widerstand gegen Hitler war in der Tat konservativen, aristokratischen Ursprungs ...“ Seitdem ist die Zahl der Untersuchungen über die weltanschaulichen Hintergründe der Opposition im „Dritten Reich“ stark angewachsen, trotzdem hat die Aussage von Groß ihren skandalösen Charakter kaum verloren. Der Grund dafür ist eine allmähliche Verzerrung des Geschichtsbildes, die seit den siebziger Jahren dazu führte, jede Art von Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus zu nobilitieren, sofern sie von links kam, ganz gleichgültig, ob die Motivation ein konkurrierender Totalitarismus war oder die Grenze zum Landesverrat systematisch überschritten wurde, umgekehrt führte die „denunziatorische Laune“ (Joachim C. Fest) gegenüber aller Opposition aus konservativer, nationaler oder christlicher Motivation zu dem Verdikt, in ihr fänden sich keine brauchbaren Modelle für die gegenwärtige Verfassungsordnung. Beide Tendenzen haben außerdem dazu beigetragen, alle jene Einzelgänger und Gruppen aus dem Auge zu verlieren, die nicht zur ersten Linie des Widerstandes gehörten und durch ganz verschiedene altkonservative, jungkonservative oder nationalrevolutionäre Vorstellungen geprägt waren. Gerade in dieser „zweiten Linie“ gab es viele, die sich sehr früh zum Kampf gegen Hitler entschlossen, wobei die Gründe genauso in einer ursprünglichen Sympathie für den Nationalsozialismus und anschließender Enttäuschung liegen konnten wie in einer prinzipiellen Feindschaft, die häufig einer „reaktionären“ Gesinnung entsprang.

Bose, Carl Fedor Eduard Herbert von 16. März 1893 (Straßburg) – 30. Juni 1934 (Berlin). Oberregierungsrat, Privatsekretär von Papens, baut nach der Regierungsübernahme Hitlers mit seinem Freund Edgar J. Jung und Fritz von Tschirschky die sogenannte Pressestelle der Vizekanzlei auf, die in Wirklichkeit dazu dient, Informationen zu sammeln, den Kirchen in Abwehr der „Gleichschaltung“ beizustehen und Verhafteten sowie deren Familien zu helfen. Außerdem wurden in diesem Zirkel die Vorbereitungen für einen Staatsstreich getroffen, der im Frühsommer 1934 mit Unterstützung der Reichswehr und Hindenburgs durchgeführt werden sollte. B. wurde wie Jung im Zusammenhang mit der „Röhm-Affäre“ festgenommen und ohne Urteil erschossen.

Ebeling, Hans 2. September 1897 (Krefeld) – 17. Mai 1986 (Düsseldorf). Entstammte bürgerlich-konservativen Verhältnissen, schloß sich nach dem Ersten Weltkrieg dem der DNVP nahestehenden Deutschnationalen Jugendbund, dann dessen nationalrevolutionärer Abspaltung, dem „Jungnationalen Bund“ (Junabu), an, dessen „Pfadfinderschaft Westmark“ er führt. 1924 bildete E. den „Junabu – Deutsche Jungenschaft“. Bezog zunehmend sozialradikale Positionen, nicht zuletzt unter dem Einfluß seines akademischen Lehrers, des Nationalökonomen Friedrich Lenz, bei dem er promovierte. Gab von Ende 1929 bis Januar 1933 die nationalrevolutionäre Zeitschrift *Der Vorkämpfer* heraus. Nach der Machtübernahme Hitlers mehrfach inhaftiert, ging E. in die Emigration, agierte von Belgien, den Niederlanden und schließlich von England aus gegen das Regime, griff auch von dort aus in die Diskussion ein und versuchte durch die gemeinsam mit Theo Hespers (ehemaliger katholischer Jugendführer, 1943 in Berlin gehenkt) herausgegebene Zeitschrift *Kameradschaft* die Bildung einer Jugendopposition gegen das NS-Regime zu fördern.



Günther, Albrecht Erich 8. Januar 1893 (Langenburg/Württemberg) – 29. Dezember 1942 (Hamburg). Gehörte zusammen mit seinem Bruder Gerhard – Söhne der Dichterin Agnes G. – zu einer Gruppe von Intellektuellen aus dem Umfeld der Konservativen Revolution, die auf der Grenze zwischen Jungkonservativen und Nationalrevolutionären stand (G. war eng mit Ernst Jünger befreundet). Im April 1926 trat G. in die Redaktion des *Deutschen Volkstums* ein, dessen Leitung er künftig mit Wilhelm Stapel gemeinsam ausübte. Seine Einstellung zum Nationalsozialismus schwankte. Seine Skepsis scheint schließlich überwogen zu haben, so daß G. noch am 26. Januar 1933 bei den Beratern Schleichers vorsprach, um den Kanzler-General von der Notwendigkeit eines Staatsstreichs zu überzeugen, der allein die Regierungsübernahme der Nationalsozialisten verhindern konnte. G. wurde im Frühjahr 1933 kurzfristig von der Gestapo festgesetzt. Nach seiner Verhaftung trat er zur Tarnung in die NSDAP ein (er blieb der einzige Parteigenosse in der Redaktion des *Deutschen Volkstums*), entwickelte sich aber rasch zu einem immer entschiedeneren Gegner des neuen Systems. Vor allem fürchtete er die aggressive Außenpolitik Hitlers, die die Konstellation von 1914 beziehungsweise 1917 wieder heraufbeschwören würde. Ende 1938 zog er sich wie Stapel aus der Leitung des *Deutschen Volkstums* zurück. Bereits vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hat G. über seinen Freund Friedrich-Wilhelm Heinz Kontakt zu Kreisen der Militäropposition aufgenommen. Zwei Mal – noch vor Beginn der Feindseligkeiten und nach dem Rückschlag vor Moskau – erklärte er sich bereit, an einem Attentat auf Hitler teilzunehmen, 1938 mit dem von Heinz schon aufgestellten Stoßtrupp, der die Reichskanzlei stürmen sollte, 1942 durch eine Selbstmordaktion, dazu wohl auch entschlossen unter dem Eindruck seiner unheilbaren Erkrankung an Tuberkulose, der er im Dezember 1942 erlag.



Guttenberg, Karl Ludwig Freiherr von und zu 22. Mai 1902 (Würzburg) – 23. April 1945 (Berlin). Entstammte einer der einflußreichsten Familien des fränkischen Adels. Historiker, gründete 1931 die „Arbeitsstelle für konservatives Schrifttum“ und ein Jahr später die Zeitschrift *Monarchie*, die sich dem Gedanken der Restauration, nicht so sehr des Hauses Hohenzollern, als vielmehr der Wittelsbacher verschrieb. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde die *Monarchie* verboten, ersatzweise gab G. zwischen Mai 1934 und Januar 1943 die *Weißten Blätter* als



Zentralorgan eines christlichen Konservatismus heraus, zu dessen wichtigsten Mitarbeitern Reinhold Schneider, Jochen Klepper und Werner Bergengruen gehörten. Bei Kriegsbeginn wurde G. eingezogen, dann zum Amt Ausland/Abwehr versetzt, wo er in Kontakt zu Kreisen der militärischen Opposition kam. Wegen seiner Bemühungen, Gefangene aus den Händen der Gestapo zu befreien, in Verdacht geraten, sorgten seine Vorgesetzten für ein Kommando nach Jugoslawien, wo G. dann den 20. Juli 1944 völlig isoliert erlebte. Obwohl ihm keine direkte Beteiligung nachgewiesen werden konnte, festgesetzt, wurde er noch in der Nacht vom 23. auf den 24. April 1945 mit anderen Häftlingen aus dem Gefängnis in der Lehrter Straße abgeholt und ermordet.

Habermann, Max 21. März 1885 (Altona) – 30. September 1944 (Berlin). Buchhändler, Funktionär des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV) und 1918–1933 in dessen Vorstand, außerdem Mitglied im „Führerkreis“ des DGB der Weimarer Republik. Auf Druck der Nationalsozialisten aus seiner Position im DHV entlassen. H. hatte mit Gregor Strasser sympathisiert, verlor aber spätestens nach dem 30. Juni 1934 alle Illusionen im Hinblick auf das NS-Regime. Fand ab 1936 über Joachim Leuschner und Jakob Kaiser Kontakt zum Widerstand und war in dessen Rahmen einer der wichtigsten Vertreter christlich-sozialer Vorstellungen aus evangelischer Sicht. H. tauchte nach dem gescheiterten Attentat 1944 unter, wurde schließlich doch gefaßt und nahm sich in der Haft das Leben.



Harnier, Adolf Freiherr von 14. April 1903 (München) – 12. März 1945 (Zuchthaus Straubing). Rechtsanwalt, trat schon vor 1933 als Gegner des Nationalsozialismus auf und setzte seine ablehnende Haltung nach der Machtübernahme Hitlers kaum verdeckt fort. Weigerte sich, Parteiorganisationen beizutreten und brach den Kontakt zu jedem ab, der sich der Gleichschaltung unterwarf. 1934 konvertierte H. zum Katholizismus und ging nach dem Verlust des Familiengutes 1936 als Anwalt nach München. Er verteidigte in der Folgezeit vor allem jüdische Mandanten, die sich an ihn wenden konnten, da er auch die Mitgliedschaft im NS-Rechtswahrerbund zurückgewiesen hatte. Baute währenddessen eine monarchistische Oppositionsbewegung auf, die vor allem in der einfachen Bevölkerung Bayerns Anhang fand. Dieser „Harnier-Kreis“ plante zwar keinen Umsturz, verstand sich aber als Vorbereitung für eine Restauration nach dem erwarteten Zusammenbruch des NS-Regimes. Am 4. August 1939 von der Gestapo festgesetzt, wurde H. erst im Juli 1944 vor Gericht gestellt und zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt, er starb am 12. Mai 1945 im Zuchthaus Straubing an Hungertyphus.



Haushofer, Albrecht 7. Januar 1903 (München) – 23. April 1945 (Berlin). Sohn des Begründers der deutschen geopolitischen Schule, Karl H. Anders als sein Vater war H. an einer systematischen Begründung der Geopolitik als Wissenschaft interessiert. Sein Hauptwerk *Allgemeine politische Geographie und Geopolitik* blieb allerdings Fragment und konnte erst posthum erscheinen. H. hatte in den zwanziger Jahren Kontakte zu verschiedenen Kreisen der Jungkonservativen. Seit Sommer 1933 Dozent an der Berliner Hochschule für Politik, konnte er schon wegen der Freundschaft seines Vaters mit Rudolf Hess auf die Protektion des neuen Regimes rechnen. Seit 1934 war er für das „Büro Ribbentrop“ als außenpolitischer Berater tätig und bemühte sich vor allem um den Ausgleich mit Großbritannien. Andererseits führte die jüdische Herkunft seiner Mutter von Anfang an zu einer starken Reserve H.s gegenüber dem Nationalsozialismus. Die vollständige Abwendung erfolgte erst unter dem Eindruck des Kriegsausbruchs. Ein letzter Versuch zu retten, was zu retten war, bestand in der Unterstützung von Heß' „Friedensflug“, in dessen Vorbereitung auch sein Vater verwickelt war. Beide H.s wurden verhaftet, Karl H. allerdings rasch wieder freigelassen, während Albrecht H. bis Juli 1941 im Gefängnis blieb. Nahm danach sofort Kontakt zu Gruppen der Opposition um Goerdeler und von Hassell auf. Obwohl er nicht direkt in die Aktion vom 20. Juli 1944 verwickelt war, wurde er genauso wie seine Eltern nach dem Scheitern des Attentats verhaftet und noch am 22. April 1945 durch Genickschuß getötet. In der Hand des Ermordeten fand man das

Manuskript der *Moabiter Sonette*, das letzte einer größeren Zahl literarischer Werke aus seiner Feder.

Kleist-Schmenzin, Ewald von 22. März 1890 (Groß-Dubberow/Kreis Belgard) – 9. April 1945 (Berlin-Plötzensee). K. kehrte nach dem Ende des Krieges nach Pommern zurück, um die Familiengüter zu verwalten. Er war entschlossen, die traditionellen Lebensverhältnisse so weit als möglich zu verteidigen, verabscheute die parlamentarische Staatsform, setzte sich für eine Restauration der Hohenzollern ein und sympathisierte mit der republikfeindlichen Rechten. K. versuchte im eigentlichen Sinne „konservativ“ zu bleiben, insofern er verlangte, die altständische Ordnung wiederherzustellen. Er lehnte den Nationalsozialismus aus prinzipiellen und das heißt vor allem religiösen Gründen ab, hielt Hitler aber auch für einen „geborenen Demokraten“. Im Januar 1933 unternahm er noch mehrere Vorstöße bei Hindenburg, um eine Ernennung Hitlers zum Kanzler zu verhindern. Nach dem Fehlschlag dieser Bemühungen verließ er Berlin. Im April und wieder am 1. Mai 1933 versuchten Nationalsozialisten das Gut Schmenzin zu stürmen, am 21. Juni wurde K. verhaftet, aber nach drei Wochen freigelassen; er stand auch auf den Todeslisten der SS im Zusammenhang mit der Aktion vom 30. Juni 1934. K. zog sich danach weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück, schloß sich allerdings dem Kampf der „Bekennenden Kirche“ an und lernte auf diesem Wege den Theologen Dietrich Bonhoeffer kennen. Er hatte auch Kontakte zu Alfred Delp, August Winnig und dem in vielem geistesverwandten Ulrich von Hassell. Im Frühjahr 1938 nahm K. Verbindung zu den Kreisen der militärischen Opposition um Beck auf und reiste im Auftrag des Widerstands nach London. Da er in den Umsturzplänen Goerdelers als Verbindungsmann für Pommern auftauchte, wurde er nach dem 20. Juli 1944 inhaftiert. Dem vorsitzenden Richter Freisler erklärte K. bei seiner Vernehmung: „Jawohl, ich habe Hochverrat betrieben seit dem 30. Januar 1933, immer und mit allen Mitteln. Ich habe aus meinem Kampf gegen Hitler und den Nationalsozialismus nie ein Hehl gemacht. Ich halte diesen Kampf für ein von Gott verordnetes Gebot. Gott allein wird mein Richter sein.“ Am 9. April 1945 wurde K. in Plötzensee durch das Fallbeil hingerichtet.



Mahraun, Arthur 30. Dezember 1890 (Kassel) – 27. März 1950 (Gütersloh). Im Ersten Weltkrieg Frontoffizier. Hochmeister des 1920 von ihm gegründeten „Jungdeutschen Ordens“ (Jungdo). Nach anfänglicher Feindschaft gegen das Parteienwesen und die Republik, Versuch einer Transformation der Verfassungsordnung durch Mitarbeit. 1930 gründete M. die „Volksnationale Reichsvereinigung“, die sich nach der Auflösung des Reichstags im Juli 1930 vorübergehend mit der „Demokratischen Partei“ zur „Deutschen Staatspartei“ vereinigte; die Verbindung wurde schon im Herbst 1930, nach dem Wahldebakel, wieder gelöst. 1933 hoffte M. durch das Angebot von „Mitarbeit“ die Gleichschaltung zu umgehen und die Selbständigkeit des Jungdo zu erhalten. Der Versuch scheiterte, der Bund wurde im Juni verboten. Bestrebungen, die Arbeit illegal fortzusetzen, führten am 11. Juli zur Verhaftung M.s, der schwer mißhandelt, aber im September wieder freigelassen wurde. M. zog sich ganz aus der Öffentlichkeit und der Ordensarbeit zurück, aber ein Teil der bisherigen Organisation konnte verdeckt aufrechterhalten werden, bis 1942 kam es zu mehreren Verhaftungen, Prozessen und Verurteilungen ehemaliger Jungdo-Mitglieder.



Oelbermann, Robert 24. April 1896 (Bonn) – 29. März 1941 (KZ Dachau). Kriegsfreiwilliger 1914, Landwirt, schon vor dem Ersten Weltkrieg in der Jugendbewegung tätig, gründete 1919 zusammen mit seinem Bruder Karl den „Bund der Nerommen“ und 1921 den „Nerother Wandervogel – Deutscher Ritterbund“. Die Nerother gehörten zu den betont elitären Gruppen der Bündischen Jugend und wirkten in vieler Hinsicht stilbildend. Oe. versuchte nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten einen Teil der Nerother zusammenzuhalten und vor der Übernahme durch die HJ zu schützen, diesem Zweck dient auch die Umwandlung des „Bundes zur Errichtung der Rheinischen Jugendburg“ in „Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck e. V.“ 1934. Schon ein Jahr später mußte die Organisation aufgelöst werden, am 14. Februar 1936 wurde Oelbermann im Rahmen



einer Gestapo-Aktion zur „Vernichtung der bündischen Umtriebe“ festgesetzt und im August 1937 in das KZ Oranienburg verbracht, im Herbst 1940 folgte die Überführung nach Dachau. Dort starb Oe. an den Folgen einer unversorgt gebliebenen alten Kriegsverletzung.



Pechel, Rudolf 30. Oktober 1882 (Güstrow) – 28. Dezember 1961 (Zweismimmen, Schweiz). Erst Seekadett, seit 1910 Journalist, im Ersten Weltkrieg Marineoffizier, April 1919 bis zu ihrer Einstellung 1942 Herausgeber der *Deutschen Rundschau*. Von 1919–1923 nahm P. an der sogenannten Ring-Bewegung um Moeller van den Bruck (Juniklub, Politisches Kolleg) aktiven Anteil, überwarf sich aber nach Moellers Tod mit deren Führung. Baute die *Deutschen Rundschau* zu einem der wichtigsten Organe der Jungkonservativen aus und gehört zu den Förderern Edgar J. Jungs. Gerade weil P. schon früh den Kontakt zu Hitler gesucht hatte, stand er dem Nationalsozialismus skeptisch gegenüber. Die *Rundschau* wurde nach 1933 zu einem der wichtigsten Foren der Inneren Emigration, P. selbst hielt Kontakt zu verschiedenen Widerstandsgruppen und wollte schon Ende der dreißiger Jahre ein direktes und gewaltsames Vorgehen gegen Hitler erreichen. Im April 1942 wurde P. festgesetzt, die *Deutsche Rundschau* verboten. P. überlebte die Haft im KZ Sachsenhausen und konnte seine Zeitschrift nach 1945 wiedergründen.



Plaas, Hartmut 11. Oktober 1899 (Arnsberg / Westfalen) – 19. Juli 1944 (KZ Ravensbrück). Nach Abschluß der Unterprima Kriegsfreiwilliger, bei Kriegsende Fähnrich zur See. Enger Mitarbeiter – „Stabschef“ – von Kapitän Ehrhardt, Beteiligung am Kapp-Putsch und mehreren Anschlägen auf führende Politiker der Weimarer Republik. Nationalrevolutionärer Aktivist in den zwanziger Jahren. Notierte aber im April 1932 angesichts der wachsenden Zustimmung für die NSDAP: „Welch ein Aufstieg in zehn Jahren, aber typisch Masse. Längst haben wir, die wir den Anfang mitmachten, uns abgewandt. Ich wählte [Otto] Braun (SPD) als Hort Preussens ...“. Dann im März 1933 „Ich glaube ernstlich, daß Hitler die Vision vorschwebt, größter Mann der deutschen Geschichte zu werden. Er will sich zur Spitze aller weltlichen und geistlichen Instanzen machen. Das Volk ist suggestiv vorbereitet. Es ist nichts mehr und nichts weniger als der blanke Wahn. Da kann die größte Tollheit der deutschen Geschichte entstehen.“ P. ließ sich auf Weisung Ehrhardts mit dem Restbestand der „Brigade“ in die SS eingliedern und wechselte 1934 zum „Forschungsamt im Reichsluftfahrtministerium“. Diese Position erlaubte es ihm nach Kriegsbeginn die Opposition in der Abwehr vor Telefon- und Postüberwachung zu schützen. P. wurde im März 1944 auf Grund von Verrat inhaftiert, nach Folterung im KZ Ravensbrück ohne Gerichtsurteil ermordet.



Popitz, Johannes 2. Dezember 1884 (Leipzig) – 2. Februar 1945 (Berlin-Plötzensee). Seit 1925 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Freund Carl Schmitts, prägte den Begriff der „Polykratie“ um den Verfall des Staates durch Aufstieg indirekter Gewalten zu bezeichnen. Obwohl kein NSDAP-Mitglied, am 21. April 1933 preußischer Finanzminister. Sein Rücktrittsgesuch aus Empörung über die antisemitischen Ausschreitungen am 8./9. November 1938 wurde zurückgewiesen. Durch seine Teilnahme an der „Mittwochsgesellschaft“ kam P. in Kontakt zum Widerstandskreis um Beck und Goerdeler. Arbeitete ein dezidiert konservatives „Vorläufiges Staatsgrundgesetz“ für den Fall eines gelungenen Umsturzes aus. In den Kabinettslisten der Verschwörer vom 20. Juli 1944 als Kultus- und Finanzminister vorgesehen, daraufhin festgenommen und am 3. Oktober des Jahres zum Tode verurteilt.

Römer, Josef, genannt „Beppo“ 5. März 1892 (Altenkirchen bei Freising) – 25. September 1944 (Brandenburg). Offizier im Ersten Weltkrieg, danach Aufbau des Freikorps Oberland, das sich vor allem in den Kämpfen um Oberschlesien und im Ruhrkampf auszeichnete, aber auch am Hitler-Ludendorff-Putsch 1923 teilnahm. R. war aus beruflichen Gründen an dieser Aktion nicht beteiligt, betrieb nach dem Übergang der NSDAP zum „Legalitätskurs“ die Trennung von der Partei und machte sich an den Aufbau des „Bundes Oberland“, der zum Kern der „Widerstandsbewegung“ Ernst Niekischs wurde. Die Orientierung an dessen Nationalbol-

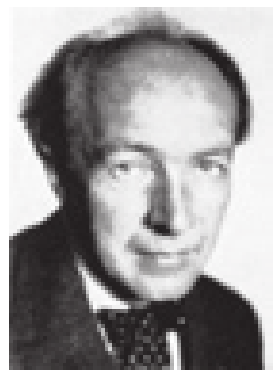
schewismus führte R. in immer größere Nähe zur Linie der KPD. Die Frage des formellen Beitritts ist zwar umstritten, fest steht aber, daß R. seit dem Mai 1932 die Zeitschrift *Aufbruch* leitete, die in nationalistischen Kreisen Werbung für die Partei machen sollte („Scheringerkurs“). R. wurde nach der Machtübernahme Hitlers im März 1933 inhaftiert, aber einige Wochen später wieder freigelassen. Da er sofort eine konspirative Tätigkeit aufnahm und früh die Überzeugung äußerte, daß Hitler getötet werden müsse, wurde er schon im Mitte 1934 erneut festgesetzt und bis zum Juli 1939 in „Schutzhaft“ gehalten. Unmittelbar nach seiner Entlassung begann er erneut mit der Organisation von Widerstandsgruppen, kam daraufhin im Februar 1942 wieder in „Schutzhaft“, im Juni 1944 erging das Todesurteil. R. soll vor seiner letzten Festnahme gegenüber Vertrauten geäußert haben, daß er eine Sowjetisierung Deutschlands für einen verhängnisvollen Fehler halte.



Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der 5. September 1902 (London) – 10. August 1944 (Berlin-Plötzensee). Jurist, stark beeinflusst von nationalrevolutionären (Ernst Niekisch, Friedrich Hielscher, Ernst Jünger) und jungkonservativen (Moeller van den Bruck, Oswald Spengler) Vorstellungen. Wegen seines starken Interesses für die soziale Frage als „roter Graf“ bezeichnet, Mitglied der „Bündischen Reichschaft“, dann im Oktober 1932 Eintritt in die NSDAP unter dem Eindruck der Versuche Gregor Strassers, die Parteilinie neu auszurichten. Betrachtete die Partei auch nach dem 30. Januar 1933 nur als „Vorstufe“ einer nationalen Sammlungsbewegung und seine eigene Mitarbeit als Versuch, die preußische Verwaltungstradition dem neuen System zu implantieren. Mußte aber schon nach den Ausschreitungen des ostpreußischen Gauleiters Koch – nicht zuletzt gegen den landsässigen Adel – und nach den Morden vom 30. Juni 1934 den wahren Charakter des Regimes erkennen. 1937 Stellvertretender Polizeipräsident von Berlin, 1939 Stellvertretender Oberpräsident von Schlesien. Trat 1940 demonstrativ aus der Partei aus und meldete sich zum Wehrdienst. Für den Schritt in den Widerstand war maßgeblich neben dem Entsetzen über die antijüdischen Maßnahmen die von Moeller inspirierte Überzeugung, die Zukunft gehöre einer „deutsch-slawischen Schicksalsgemeinschaft“. Schuf wichtige organisatorische Voraussetzungen für das Attentat vom 20. Juli 1944. Sch. stand immer in einer gewissen Distanz zu den Widerstandskreisen und strebte persönlich kein Amt an, das Reichsinnenministerium in einem Nach-Hitler-Kabinett überließ er bereitwillig Julius Leber.



Wiechert, Ernst 18. Mai 1887 (Forsthaus Kleinort/bei Allenstein) – 24. August 1950 (Uerikon am Zürichsee). Schriftsteller, der nicht nur durch seine Darstellung des bäuerlichen Lebens und seiner ostpreußischen Heimat, sondern vor allem durch den Roman *Der Totenwolf* (1924) einen nachhaltigen Eindruck auf die Jugendbewegung und überhaupt die konservative Intelligenz der Weimarer Republik machte. Hatte enge Kontakte zum Kreis um das *Deutsche Volkstum* und galt nach der Machtübernahme Hitlers anfangs als wohlgelesen. Allerdings machte er in seiner Rede an der Münchener Universität vom 16. April 1935 und in öffentlichen Lesungen aus seiner Kritik an dem Regime keinen Hehl. Nachdem W. gegen die Verhaftung Martin Niemöllers brieflich protestiert hatte, wurde er am 6. Mai 1938 verhaftet und in das KZ Buchenwald gebracht, allerdings im Herbst des Jahres wieder freigelassen. Goebbels ließ ihn sich vorführen und drohte ihm die „physische Vernichtung“ an, falls er sich nicht konform verhalte. In seinem 1939 erschienenen Roman *Das einfache Leben* schilderte W. den Rückzug eines ehemaligen Offiziers in die Einsamkeit der masurischen Seen, wo er den Wert einer kontemplativen Existenz erkennt. Das Buch war die letzte Veröffentlichung W.s in der NS-Zeit und wurde von offizieller Seite zu Recht als Angriff auf Militarismus und Kriegspolitik gelesen.



Die „Blaue Blume“ des Militärs – Ein Gespräch mit Brigadegeneral Reinhard Günzel

Der Brigadegeneral Reinhard Günzel ist im Rahmen der Affaire um den Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann (CDU) von Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) entlassen worden. Grund dafür war ein zustimmender Brief, den Brigadegeneral Günzel dem Abgeordneten Hohmann geschrieben hatte, nachdem er dessen umstrittene Rede zum 3. Oktober 2004 gelesen hatte. Brigadegeneral Günzel ist seit seiner Entlassung als Redner in eigener Sache vor vielen konservativen und freiheitlichen Gruppierungen aufgetreten. Der Verlag Edition Antaios bringt im September einen Gesprächsband mit General Günzel heraus, in dem auch sein wichtigster Vortrag („Das Ethos des Offiziers“) dokumentiert ist. Sezession druckt im Folgenden einige Fragen und Antworten vorab.

Herr General, wie weit ging Friedrichs: „Die Herren Offiziere dürfen rasonieren, wenn sie nur parieren“? Muß nicht bei Anspruch auf Gewissensentscheidung immer in Kauf genommen werden, daß man in Ungnade fällt?

Günzel: Gehorsam ist für jede Armee die *conditio sine qua non*. Eine Truppe, die dieses Prinzip in Frage stellt, wird zu einer Räuberbande. Darum werden in allen Armeen der zivilisierten Welt schon im Frieden Ungehorsam und erst recht Gehorsamverweigerung drakonisch bestraft, in der Bundeswehr beispielsweise mit Gefängnis.

Andererseits tut dieselbe Bundeswehr alles, um die Umsetzung des Gehorsams und der Disziplin im täglichen Dienst der unteren Führungsebene so schwierig wie möglich zu machen. Alle Vorschriften, die diesen Bereich regeln, sind entweder nicht an der Praxis orientiert, oder sie sind so kompliziert, daß sie den Vorgesetzten – und erst recht den einfachen Soldaten – regelmäßig überfordern. Auch hier kann „der aus Einsicht gehorchende Staatsbürger in Uniform“ als besonders einfältige Verkennung der Realität angeführt werden.

Die Wehrdisziplinarordnung, die Wehrbeschwerdeordnung, die Vorgesetztenverordnung, die Grußordnung, der Innendienst, der Wachdienst und vieles andere mehr sind im Grunde nur mit einem kleinen Jurastudium zu begreifen. Keine Armee der Welt leistet sich den Luxus, über die Jahre hinweg viele Monate wertvoller Ausbildungszeit aufzuwenden, um ihr Führerkorps auf diesem Nebenkriegsschauplatz einigermaßen handlungssicher zu machen. In allen Armeen der Welt kommt es vor, daß Vorgesetzte Untergebene schikanieren. Aber nur in der Bundeswehr ist es

möglich, daß ein Untergebener einen Vorgesetzten schikanieren kann.

Zurück zu Friedrich dem Großen: Ja, rasonieren ist erlaubt, während Ungehorsam immer die extreme Ausnahme bleibt, für die der Soldat natürlich die Verantwortung trägt. Aber das Leben beim Militär besteht ja nicht nur aus Befehl und Gehorsam. Es gibt immer Möglichkeiten, Vorschläge zu machen, mit den Vorgesetzten zu reden und eine gegenteilige Meinung vorzutragen. Und gerade der höhere Offizier hat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, im Vorfeld der Befehlsgebung frei und mutig seine Meinung zu äußern. Und selbst das unterbleibt so oft in der Bundeswehr, das ist doch verblüffend; denn es geht ja in einer Armee – mittelbar oder unmittelbar – immer um durchaus lebenswichtige Angelegenheiten. Genau darum ist Zivilcourage für den Offizier eine unabdingbare Forderung.

Das würden die Anhänger des Leitbilds „Staatsbürger in Uniform“ vielleicht genauso sehen.

Günzel: „Staatsbürger in Uniform“: Das ist ein schwammiger Begriff, die Gründungsväter der Bundeswehr hatten ihn damals eingeführt, um einen gewünschten Soldatentyp zu beschreiben. Und leider benutzt die Bundeswehr diesen Begriff immer noch, allenfalls ein wenig abgemildert. Was ist das doch für ein idyllisches Bild aus der Biedermeierzeit! Der brave Bürger, der auf der Stadtmauer oder hinter seiner Schießscharte steht und seine Heimat verteidigt, – also ein Bäcker, Schuster oder Uhrmacher, der jetzt vorübergehend eben Uniform trägt, der aber natürlich kein Soldat ist, und der daher auch schon damals nichts getaugt hat.

Das sagt übrigens viel aus über die Schlagkraft der Bundeswehr: Die Bundeswehr mußte ja nie kämpfen können. Man konnte sich den wackeren Mann hinter der Schießscharte im Atomzeitalter nur leisten, weil die Bundeswehr von Anfang an als Abschreckungsarmee konzipiert war. Wenn die Abschreckung versagt hätte, wäre die Armee ohnehin wenige Sekunden später im Feuerball verglüht. Das war die herrschende Vorstellung. Und darum brauchte der Soldat auch nicht kämpfen zu können. Die Schlagkraft der Truppe war völlig irrelevant.

Dieses Bild ist aber mit den heutigen Auslandseinsätzen – „Verteidigung am Hindukusch“ – überholt, gleichwohl noch nicht widerrufen. Ehrlicherweise hätte der „Staatsbürger in Uniform“ mit dem ersten Auslandseinsatz feierlich begraben werden müssen. Denn: Jetzt muß auch der deutsche Soldat wieder kämpfen können. Aber man hat dieses Leitbild des „Staatsbürger in Uniform“ immer noch stehen lassen – zumindest ist mir nicht bekannt, daß es aufgehoben worden wäre.

Mit welchen Auswirkungen im Ernstfall?

Günzel: Nehmen wir doch das jüngste Beispiel aus dem Kosovo. Ich bewerte das nun alles unter Vorbehalt, ich habe keine authentischen Informationen. Aber wenn das stimmt, was unsere Zeitungen berichteten, und was wir aus „wohlunterrichteten Kreisen“ hören konnten, dann: „Gute Nacht deutsches Soldatentum!“ Dann haben wir tatsächlich das ganze Elend der Bundeswehr überdeutlich vorgeführt bekommen.

Da rücken also zweihundert UCK-Kämpfer an, um ein serbisches Kloster abzufackeln und sagen etwa sinngemäß zu den deutschen Soldaten: „Wir tun Euch nichts, aber geht mal ein bißchen zur Seite, damit wir das Kloster niederbrennen können.“ Polizisten der UNO rufen um Hilfe: „Holt uns hier raus, die bringen uns um“. Das ist also die Lage, und der deutsche Panzergrenadierzugführer beurteilt diese Lage und kommt zu dem Entschluß, daß zweihundert Kosovaren doch ein bißchen zuviel sind. Also lädt er die fünf serbischen Mönche in sein Fahrzeug ein und bläst zum Rückzug. Der deutsche Panzergrenadierzugführer ergreift – *horribile dictu* – die Flucht.

Also wenn das vor 60 oder 90 Jahren einem deutschen Zugführer passiert wäre – kaum vorstellbar, aber nur einmal angenommen: Er hätte sich noch am selben Abend leise weinend erschossen. Was passiert jedoch hier und jetzt? Die Bundeswehrführung – anstatt nun wenigstens den Mantel des Schweigens über diese höchst peinliche Affäre zu legen – erteilt diesem Mann (die Zunge sträubt sich, es auszusprechen), eine förmliche Anerkennung, „weil er umsichtig gehandelt und Verluste vermieden habe“, denn Gebäudeschutz stand wohl nicht auf seiner Auftragsliste.

Wo waren hier die Vorgesetzten? Wenn das Vermeiden von Verlusten der Auftrag der Armee ist und wenn das Ausweichen – eine Schande vor der ganzen Weltöffentlichkeit – mit einem Orden, mit einer förmlichen Anerkennung ausgezeichnet wird, dann bin ich froh, heute keine Uniform mehr tragen zu müssen.

Mußte das alles so kommen?

Günzel: Die Armee war von Anfang an falsch, mindestens aber unglücklich konzipiert. Oder anders ausgedrückt: Die Bundeswehr war von Anfang an ein ungeliebtes Kind dieses Staates. Sie wurde nie wirklich innerlich akzeptiert, bestenfalls toleriert. Sie war immer ein „notwendiges Übel“. Ja, sie war sogar ein ungewolltes Kind. Denn sie ist ja nicht aus dem Volk heraus entstanden, sondern aus einer „Liaison“ mit den Besatzungsmächten. Adenauer ging es ausschließlich darum, mit zwölf schnell aufgestellten Divisionen die Bündnisfähigkeit der BRD wiederherzustellen. Die Schlagkraft spielte dabei überhaupt keine Rolle.

Und dann hat man – unter der Last der Vergangenheitsbewältigung und begeistert von der „Gnade der Stunde Null“ – eine Armee konzipiert, die sich in allem von der Wehrmacht unterscheiden sollte. Das ist brillant gelungen. Denn während die Wehrmacht allen Armeen ihrer Zeit in jeder Beziehung weit überlegen war, wird man das von der Bundeswehr wohl nicht behaupten können. Man hatte das Gefühl, daß sich die Schöpfer der Bundeswehr für ihr Werk entschuldigen wollten. Daher um Himmels willen bloß nicht zu militärisch, bloß keine Ähnlichkeit mit früheren deutschen oder preußischen Armeen! „Der Friede ist der Ernstfall“ und anderer Sprechblasen sind mir noch deutlich in Erinnerung.

Die Aufstellung der ersten Divisionen war also getragen von einem deutlichen Mißtrauen gegen den Soldaten, gegen das Militär, dem man ja die Schuld an der Katastrophe gegeben hatte. Diese Angst spiegelt sich in vielen Organisationsstrukturen wider, angefangen bei der Einrichtung des Wehrbeauftragten, der sozusagen das institutionalisierte Mißtrauen gegen das Militär ist. Andere Beispiele sind die Wehrgesetzgebung oder die Tatsachen, daß wesentliche Funktionen in der Hand von Beamten liegen, daß die Bundeswehr keine Militärgerichtsbarkeit ausüben darf und daß der höchste Soldat unter dem Staatssekretär rangiert.

Man hat immer das Gefühl, daß irgendeine geheime Kraft ständig Sand in das Getriebe schaufelt, und daß man bei der Organisation der Bundeswehr weit mehr darum bemüht war, den braven Soldaten vor seinem bösen Vorgesetzten zu schützen und den Staat vor dem Soldaten, als darum, den Soldaten optimal in die Lage zu versetzen, diesen Staat zu schützen.

War aber dennoch die Bundeswehr die „Fortführung der Wehrmacht mit anderen Mittel“? Vielleicht soviel: Etwa zehntausend Offiziere und dreißigtausend Unteroffiziere der Wehrmacht haben die Bundeswehr aufgebaut und dabei natürlich versucht, ihr Geist und Haltung zu vermitteln. Insofern gab es schon ein Anknüpfen an die Wehrmacht. Aber – wie jeder Pfadfinder weiß – wenn die Marschkompaszahl falsch eingestellt ist, dann kann man laufen wie der Wind: Man kommt nicht ans Ziel.

Erschwerend kommt hinzu, daß dieser *Homunculus* „Staatsbürger in Uniform“, den man ja aus purer Angst vor dem Soldatischen geschaffen hatte, natürlich keinerlei Verbindung haben durfte zur großen deutschen soldatischen Tradition. Man hat also einen Baum gepflanzt ohne Wurzeln. Wen kann es da wundern, daß dieser Baum wie ein Schilfrohr im Sumpf des Zeitgeistes hin und her schwankt. Und darum haben auch die vielen exzellenten Soldaten und Kommandeure, die diese Bundeswehr natürlich hatte und hat, letztlich nichts an der betrüblichen Gesamtsituation ändern können.

Welche Rolle spielte die Innere Führung, welche spielt sie heute?

Günzel: Das ist wohl eher eine Frage für ein Wochenendseminar. Man hat ja eigens zur Erklärung und Vermittlung dieses äußerst schillernden Begriffes eine eigene Schule geschaffen – das Zentrum Innere Führung in Koblenz. Ganze Bibliotheken sind mit entsprechenden Abhandlungen gefüllt! Und das zeigt bereits, daß diese Idee – um nicht zu sagen: Ideologie – nicht truppentauglich ist. Das „Handbuch Innere Führung“ ist eine Ansammlung von Annahmen, falschen Behauptungen und Idealvorstel-



lungen, die für die Ausrichtung einer Armee völlig untauglich sind. Die Truppe kann jedenfalls nicht viel damit anfangen.

Ich unterstelle dem Grafen Baudissin – dem Schöpfer der Inneren Führung – durchaus ehrenwerte Absichten, edle Motive. Aber er war, bei allem schuldigen Respekt, in vielen Bereichen ein Romantiker, auf der Suche nach der „Blauen Blume“ des Militärs! Und „heilige Einfalt“ kann und darf doch nicht die Grundlage einer Armee sein, bei der es im Ernstfall um nichts Geringeres als um Leben und Tod geht, um die Existenz unseres Staates!

Innere Führung wird häufig als „zeitgemäße Menschenführung“ übersetzt. Aber das greift natürlich viel zu kurz. Wenn es nur das wäre, dann hätte man sich die Kubikmeter von Literatur sparen können. Welche Armee würde denn nicht von sich behaupten, daß sie ihre Soldaten „zeitgemäß“ führt? Und gerade die deutschen und preußischen Armeen sind – schon seit dem Großen Kurfürsten – beispielhaft in ihrer Menschenführung gewesen. Anders wären doch die großen Erfolge – zumal überwiegend aus einer Unterlegenheit an Zahl – gar nicht möglich gewesen. Nein, Menschenführung mußte in Deutschland nicht neu erfunden werden. Das Wesen der Inneren Führung ist deshalb etwas ganz Anderes:

Erstens darf der Soldat keine eigene Kultur mehr haben und schon gar nicht eine Sonderstellung im Staat. Der Satz „Soldat – ein Beruf wie jeder andere“ bündelt diese verhängnisvolle Forderung. Aber so etwas funktioniert, wie bereits dargestellt, allenfalls in einer Abschreckungsarmee. Der Soldat brauchte im Kalten Krieg nicht gehätschelt zu werden, weil er ja für diesen Staat nicht kämpfen und schon gar nicht sterben mußte. Aber genau das gilt jetzt nicht mehr, und darum hat sich auch der Begriff der Inneren Führung erledigt.

Zweitens bedeutet Innere Führung die Zivilisierung des Soldaten: Sein Wesenskern, das Soldatische soll verschwinden. Er soll eigentlich Zivilist sein, soll aber gleichzeitig das können, was ein Soldat kann – von dem besonderen Berufsethos einmal ganz abgesehen. Und das kann nicht funktionieren. Es ist dies ein Spagat, der jeden Menschen überfordert. Man kann nicht von einem Fallschirmjäger verlangen, bei Nacht und Nebel aus 3000 Meter Höhe in einen Busch hineinzuspringen, vier feindliche Soldaten bei den Ohren zu packen – und sich dann tags darauf so brav zu benehmen wie die Oberschwester Maria. Diesen Menschen gibt es nicht. Die Verwirklichung der klassischen soldatischen Tugenden setzt einen besonderen Typus voraus, der eben nicht „nebenbei“ auch noch Zivilist ist.

Der Verteidigungsminister Strauß hat einmal so ironisch gesagt: „Die Bundeswehr soll einerseits die sowjetischen Divisionen an der innerdeutschen Grenze aufhalten und andererseits so brav sein wie die Freilassinger Feuerwehr.“ Wenn man von einem Soldaten verlangt, daß er mitten im Frieden sein Leben aufs Spiel setzt, während der satte Bundesbürger – Bier trinkend und Erdnüsse knabbernd – dies am Fernsehschirm mitverfolgt, dann muß man ihm wenigstens Geld geben – aber richtig. Mit einer Gewerkschaftsarmee, die man behandelt wie ein bewaffnetes „Technisches Hilfswerk“ ist so etwas nicht zu haben.

Die neuen Kriege des Westens und die Ordnung der Welt

von Dag Krienen

Vor 1990 war eine öffentliche Beschäftigung mit dem Thema Krieg fast nur noch im Rahmen der Friedens- und Konfliktforschung möglich, doch seitdem hat die Debatte über ihn eine Renaissance erlebt. In deren Mittelpunkt stehen die neuen Erscheinungen im Kriegsgeschehen der letzten Jahre, die bereits im ersten Heft dieser Zeitschrift vorgestellt worden sind. Die Veränderungen des Krieges ziehen aber über das militärische hinaus weitreichende Folgen nach sich. Das Bild, das sich Menschen vom Krieg machen, beeinflusst in erheblichem Maße auch das Bild, das sie sich von der notwendigen Ordnung der Staaten und der internationalen Staatenwelt machen.

Dies zeigen nicht zuletzt Ulrike Kleemeiers Ausführungen. Für Platon war Krieg das Gegenteil einer „rechten Ordnung“ des menschlichen Zusammenlebens. Sein Entwurf für eine ideale *Polis* war deshalb, wie Kleemeier herausarbeitet, so verfaßt, daß sie keine unnötigen Kriege führen würde, das heißt keine Raub- und Unterwerfungskriege gegen andere griechische Stadtstaaten. Zugrunde lag die Vorstellung, daß solche Kriege durch das Streben bestimmter Menschenklassen nach immer mehr materiellen Gütern, das stete Mehr-Haben-Wollen (*Pleonexie*), verursacht würden. Die ideale *Polis* schaltet solche ökonomischen Kriegsursachen aus, indem sie die von der *Pleonexie* beherrschte „Klasse“ von der politischen Entscheidungsfindung fernhält und umgekehrt jenen die Herrschaft überläßt, die von dieser Leidenschaft frei und zugleich befähigt sind, die wahre Ordnung zu schauen: die Philosophen. Kriegsprävention legitimierte die Herrschaft von Menschen mit überlegenem Wissen und moralischer Haltung über solche mit vorgeblich unabänderlichen, zum Krieg treibenden Neigungen – ein immer wiederkehrendes Muster.

Krieg wie Platon prinzipiell als „Störung“ zu interpretieren, entspricht der in den meisten europäischen Sprachen fest verankerten Sichtweise, den Frieden – ein Wort, von dem ein Plural nicht gebildet werden kann – als den durch Kriege nur unterbrochenen Normalzustand des Zusammenlebens anzusehen. Die gegenteilige Auffassung vertrat im 17. Jahrhundert der englische Philosoph Thomas Hobbes. „Das Wesen des Krieges“ besteht für ihn „nicht in tatsächlichen Kampfhandlungen, sondern in der bekannten Bereitschaft dazu während der ganzen Zeit, in der man sich des Gegenteils nicht sicher sein kann“. Im Naturzustand vor der Gründung der Staaten kann sich jedoch kein Mensch dieses Gegenteils, des Friedens, sicher sein. Das natürliche Streben jedes einzelnen Indivi-

Ulrike Kleemeier: *Grundfragen einer philosophischen Theorie des Krieges. Platon, Hobbes und Clausewitz* (Politische Ideen, Band 16), Berlin 2002.

Thomas Hobbes: *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, hrsg. von Iring Fetscher, zuletzt: Frankfurt a.M. 2002.

duums nach Selbsterhaltung und die Furcht vor ihrer Gefährdung durch andere, verbunden mit der Konkurrenz um die Macht, jede zukünftige Bedrohung auszuschließen, sind die Ursachen für einen permanenten Krieg jedes einzelnen gegen jeden anderen (*bellum omnia contra omnes*). Der Frieden muß in einem singulären historischen Akt eigens erfunden werden. Erst das Erscheinen des souveränen Staates beendet diesen Krieg und schafft zumindest inneren Frieden, indem er seinen Untertanen die Furcht vor der wechselseitigen tödlichen Bedrohung nimmt.

Auch bei dem englischen Philosophen ist es somit die Kriegsprävention, die die innere Grundstruktur des Gemeinwesens determiniert. Die permanente Unterdrückung des Normalzustandes Krieg kann nur dem mit effektivem Gewalt- und Entscheidungsmonopol ausgestatteten souveränen Staat gelingen. Doch die Erfindung des innerstaatlichen Friedens hat ihren Preis: die im Plural entstandenen Staaten, die großen Leviathane, belauern einander auf ewig in einem Zustand fortwährender Kampfbereitschaft. Diese Konzeption prägte nach 1648 drei Jahrhunderte lang die europäische Staatenwelt. Terminologisch hielt man sich zwar an die alte Tradition, den Krieg als zeitlich begrenzten Rechtszustand zu betrachten, in dem Gewaltanwendung erlaubt war, während jede andere Zeit weiterhin als Friede bezeichnet wurde. Doch konsequent im Sinne Hobbes wurde jedem Souverän zugestanden, allein selbst zu entscheiden, wann für ihn ausreichend Gründe vorlagen, diesen Friedenszustand zu verlassen, denn über den Leviathanen konnte es keine Richter geben, die ihm dies abnahmen. Jeder souveräne Staat besaß das *ius ad bellum*. Die völkerrechtliche Legitimation eines Krieges hing nicht von inhaltlichen Kriterien, sondern von der formalen Staatsqualität der Parteien ab. Da sie auf und für beide Seiten legitim Gewalt gegeneinander anwandten, wurde es möglich, ein beispielloses System der Kriegshegung zwischen den europäischen Staaten aufzubauen, obwohl Hobbes Philosophie ein überstaatliches Kriegsvölkerrecht (*ius in bello*) im strikten Sinne nicht kennt. Aber sie postuliert die Existenz zahlreicher Vernunftregeln, die jede Partei im Natur- und Kriegszustand dazu anhalten, sich so zu verhalten, daß ein späterer Friedensschluß nicht erschwert wird.

Damit wurde in Gestalt des *ius publicum europaeum* vom 17. bis zum 19. Jahrhundert zumindest innerhalb Europas ein homogenes System formal gleichberechtigter Staaten auf der Basis des gleichen Rechts zum Kriege etabliert. Platon hingegen unterschied terminologisch zwei Arten von Krieg: die innergriechische *Stasis* (Zwiespalt) als ein Streit zwischen allesamt zum Leben in rechter Ordnung befähigter Menschen und den *Polemos* zwischen Griechen und den prinzipiell nicht von sich aus zum Leben in rechter Ordnung befähigten „Barbaren“. Kann die Gewalt in der *Stasis* zwischen Zivilisierten und insoweit Gleichen begrenzt und gehegt werden, so ist der *Polemos* ein ohne jede Rücksicht zu führender Existenzkampf. Zwar kommt es bei Plato noch weniger darauf an, wo Krieg geführt wird, als darauf, wer gegen wen Krieg führt, doch praktisch unterteilt er die Welt in einen Raum gehegten und einen Raum ungehegten Krieges. Damit gab er ein Grundmuster vor, das immer wieder Anwendung fand: In der mittelalterlichen Philosophie bei der ähnlich folgenreichen Unterscheidung von innerchristlichen und Kriegen gegen die Heiden, aber zugegebenermaßen auch in Ergänzung zum *ius publicum europaeum*, das, wie Carl Schmitt unterstrich, nicht nur den gehegten Krieg zwischen den europäischen Staaten kannte, sondern auch den ungehegten, von kriegsrechtlichen Beschränkungen weitgehend freien in den außereuropäischen, kolonialen Räumen *beyond the line*.

Carl Schmitt: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*, zuletzt Berlin 1997.

Carl von Clausewitz tat sich nicht als politischer Philosoph, sondern als ein Theoretiker der inneren Gesetze des Krieges hervor. Aber aufgrund dieser Gesetze beschreibt er den Krieg als „nicht bloß ein politischer Akt ..., sondern ein wahres politisches Instrument, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, eine Durchführung desselben mit anderen Mitteln“. Diese Bestimmung ist hintergründig. In einem elementaren Sinne ist für den preußischen General der Krieg zunächst ein „Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“, das heißt ein in Verfolgung der Interessen eines Staates begonnenes Unternehmen gegen einen anderen. Die Eigenschaft, politisches Instrument sein zu können, ist also in der Natur des Krieges angelegt – doch besitzt der Akt der Gewalt noch andere Dimensionen. Nicht, daß Gewalt ein „ursprünglich politikfremdes

Mittel“ wäre, wie Kleemeier fälschlich annimmt. Für Clausewitz waren Feder und Schwert beides notwendige Instrumente der Selbstbehauptung eines Staates nach außen. Mit dem Krieg tritt aber ein neues Element in die Politik, das zuvor in dem friedlichen diplomatischen Verkehr keine Rolle spielte. Denn der wechselseitige Akt der Gewaltanwendung besitzt eine vom Politischen unabhängige Eigenlogik, die auf mehreren Ebenen zur grenzenlosen Eskalation der Gewalt, zum absoluten Krieg drängt. Die Eskalationslogik der wechselseitigen Gewaltanwendung vermag, wenn sie sich selbst überlassen bleibt, jeden politischen Zweck eines Krieges zu untergraben.

Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*, zuletzt München 2003.

„Politik“ kann bei Clausewitz unterschiedliches bedeuten. Neben den Bedeutungsebenen: „objektive Politik“ (Einfluß der Gesamtheit aller gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Krieg) und „subjektive Politik“ (Einflußnahme der politischen Führung), existiert, wie Kleemeier herausgearbeitet hat, noch eine dritte Ebene: „Politik im Sinne von Einsicht“, als „das Vermögen, politische Verhältnisse zu durchschauen und politischem Handeln Zwecke zu setzen“. Wesentlich erst auf der Ebene der „Politik aus Einsicht“ – auch in seine Eigenlogik – wird der Krieg zu einem „wahren politischen Instrument“ in dem Sinne, daß das Gewalthandeln zugunsten konkreter, begrenzter politischer Zwecke instrumentell handhabbar gehalten werden kann und nicht zu einem selbsterstörerischen Amoklauf degeneriert. Auch in Clausewitz Theorie des Krieges ist somit eine ideale Anforderung an die Politik und das politische System in und zwischen den Staaten implizit enthalten. Da aber seine Theorie Krieg prinzipiell als ein ausgesprochen dynamisches Phänomen begreift, das immer wieder seine Gestalt wechselt, wäre es unsinnig, ideale Staats- und internationale Systemverfassungen zu entwickeln. Ein Kriterium ist an solche aber anzulegen: wieweit sind sie geeignet, politische Dummheit, vor allem auch in Gestalt von Illusionen über den Krieg, zu vermeiden.

Für einige Jahrzehnte des letzten Jahrhunderts schienen – zumindest bei oberflächlicher Betrachtung – die oben entwickelten Ansichten zum Wesen des Krieges nur noch von philosophiehistorischem Interesse, aber ohne jede Relevanz für die Gegenwart zu sein. Der aufgrund der Zerstörungsgewalt der neuen Nuklearwaffen vollständig realisierbar gewordene absolute Krieg konnte nur noch als ein Akt der Selbstzerstörung und in keiner Weise mehr als ein politisches Instrument zur Durchsetzung der Interessen eines Gemeinwesens aufgefaßt werden. Krieg wurde in den so bedrohten Staaten in Europa nur noch als das Gegenteil und nicht mehr als Instrument der Politik wahrgenommen. Doch nach 1990 löste sich der zuvor zwingend erscheinende Konnex von Krieg und atomarer Selbstvernichtung auf. Die kleinen Bürger- und Buschkriege in entlegenen Gebieten der Welt, die zuvor nur am Rande wahrgenommen worden waren, gewannen an Bedeutung und rückten näher – mehr noch in der Wahrnehmung der Europäer als in der Realität. Vermehrt traten zudem nichtstaatlich organisierte Gruppen von Gewaltanwendern auf, die auch die westlichen Staaten bedrohten. Die neuen Arten von Bedrohungen und der Trend zur Entstaatlichung und Privatisierung kriegerischer Gewalt durch Drogenbarone, *Warlords*, Sicherheitsunternehmen, ideologisch-religiöse Fanatiker und global agierende Terroristen führten dazu, daß auch in Europa der Krieg als ein politisches Mittel, wenn auch nur als *ultima ratio*, wiederentdeckt wurde, um die Sicherheitsinteressen von Staaten und Gesellschaften zu wahren.

Sogar in Teilen der deutschen Linken wird derzeit eine Debatte darüber geführt, wann und gegen wen Krieg wieder legitim geführt werden darf. Zwar stand die Linke der Gewalt nie völlig ablehnend gegenüber, wo sie revolutionär gegen repressive Systeme angewandt wurde. Doch nun gilt es, die eigene staatlich-militärische Gewaltanwendung gegen Feinde zu rechtfertigen, die nicht Vertreter, sondern Gegner etablierter Herrschaftsstrukturen sind. Zur geistigen Mobilmachung bedarf es deshalb einer neuen Feinddefinition: An die Stelle der repressiven, „strukturellen“ Gewalt tritt die aktuelle, tatsächliche Gewalt als das zu bekämpfende Übel. Damit entfällt auch die alte Eindeutigkeit der Unterteilung in „schlechte“ repressive und „gute“, revolutionäre Gewalt. Besonders deutlich wird dies in Andreas Herberg-Rothes neuem Buch *Der Krieg. Geschichte und Gegenwart*. Nicht mehr Unterdrückung und Klassenkampf gelten ihm als letzte Ursachen des Krieges, sondern er sieht ihn als eine generell „in

Andreas Herberg-Rothe: *Der Krieg. Geschichte und Gegenwart*, Campus Einführungen, Frankfurt a.M. 2003.



*Si vis pax para bellum;
Mauser C 96, 9 mm Para-
bellum*

dem menschlichen Handeln enthaltene Möglichkeit der Selbsterhaltung und der Selbstentgrenzung („Mehr-Haben-Wollen“ von Materiellem wie Ideellem) von Gemeinschaften“. Die „Furcht vor dem physischen oder symbolischen Tod der eigenen Gemeinschaft, die allein durch Kampf und in letzter Konsequenz durch Krieg erhalten werden kann“, führt dazu, daß Gewalt „wahrscheinlich niemals vollständig zu überwinden ist“. Anstatt Gewalt ganz abschaffen zu wollen, gilt es, im Sinne des „Projekts der Moderne“ an der „fortschreitenden Begrenzung und Einbindung von Gewalt sowie deren Rückbindung an den Primat der zivilen Gesellschaft“ zu arbeiten, so daß die „entscheidende Aufgabe politischen Handelns die Limitierung von Gewalt und Krieg in der Weltgesellschaft“ ist. Da dies aber nicht immer ohne den Einsatz von Gewalt geht, ergibt sich ein neues, an inhaltlichen und nicht mehr an formalen Kriterien orientiertes *ius ad bellum*: „Krieg ist dann legitimierbar, wenn er zu einer deutlichen Begrenzung und Verringerung massenhafter Gewalt führt“.

Mit Gewalt die Gewaltsamkeit der Menschen einzudämmen, ist die klassische Aufgabe eines Hobbesschen Leviathans. Da jeder Staat aber zugleich einen Repressionsapparat darstellt, ist es im Sinne des „Projektes der Moderne“ nur konsequent, Legitimationsinstanz und Ausführungsorgan der neuen „Gewalteindämmungs-Gewalt“ zu trennen. Das neue *ius ad bellum* wird nicht einer bestimmten politischen Einheit zugestanden, sondern muß von der „Weltgesellschaft“ im Sinne aller Anhänger der „Moderne“ stets aufs neue bekräftigt oder verworfen werden, sobald „moderne“ Staaten- und Staatengruppen militärische Interventionen unternehmen wollen. In diesem Sinne ist auch Herberg-Rothes wiederholtes Bekenntnis zu Clausewitz Formel über den Krieg als Instrument der Politik zu verstehen, die auch „in einer Weltgesellschaft mit verschiedenen Kulturen und regionalen Strukturen“ „unüberbietbar“ sei. Der Akt der Gewalt soll nicht an die Politik von konkreten Staaten rückgekoppelt werden, sondern an die gewaltlimitierenden politischen Zielvorstellungen der „Weltgesellschaft“, der Agenten des „Projekts der Moderne“.

Die durch die neuen Formen des Krieges und die Antwort der „Moderne“ bewirkten und zu erwartenden Änderungen in den weltpolitischen Strukturen schildern unter anderem Bernhard Zangl und Michael Zürn in ihrem Buch. Bis 1990 war Sicherheitspolitik, die Abwendung einer Bedrohung der physischen Sicherheit von Menschen, eine vornehmlich nationalstaatliche Aufgabe, weil großmaßstäbliche Gewaltanwendung entweder zwischen souveränen Nationalstaaten oder – als Bürgerkrieg und als Terrorismus – innerhalb von Nationalstaaten stattfand. Seither ist jedoch zumindest im Westen, in der „OECD-Welt“, eine zunehmende Transnationalisierung der Sicherheitsbedrohungen durch grenzübergreifende privatisierte Gewalt und ihre Folgen sowie den transnationalen Terrorismus zu verzeichnen. Entsprechend wächst dort die Bereitschaft, auf solche Bedrohungen auch mit militärischen Interventionsmaßnahmen auf dem Gebiet fremder Staaten zu reagieren – und das mit dem Anspruch auf Legitimität eines solchen Vorgehens.

Das neue *ius ad bellum* kann von der „OECD-Welt“ aber nur beansprucht werden, wenn sie zugleich eine völlig neue Vorstellung von den

Andreas Herberg-Rothe:
*Das Rätsel Clausewitz. Po-
litische Theorie des Krieges
im Widerstreit*, München
2001.

Bernhard Zangl/Michael
Zürn: *Frieden und Krieg.
Sicherheit in der nationalen
und postnationalen Kon-
stellation*, Neue Sozialwis-
senschaftliche Bibliothek,
Frankfurt a.M. 2003.

Grundelementen einer legitimen internationalen Ordnung durchsetzt, in der sich dieses Recht zum Interventionskrieg widerspruchsfrei einordnen läßt. Nach 1945 war durch die Auflösung der Kolonialreiche das europäische Staatsmodell gleichsam globalisiert und die internationale Ordnung homogenisiert worden. Es existierten auf der Erde praktisch nur noch gleichberechtigte Staaten. Zwar besaßen sie kein unbeschränktes *ius ad bellum* mehr, sondern unterlagen einem Gewaltanwendungsverbot nach außen, aber weiterhin genossen sie Rechtsschutz vor einer Intervention seitens anderer Staaten. Das beanspruchte neue, inhaltlich definierte *ius ad bellum* des Westens braucht aber einen Gegner, dessen legitime, vollwertige Zugehörigkeit zur internationalen Staatenwelt suspendiert ist und der keinen Interventionsschutz mehr genießt. Tatsächlich existiert gemäß Zangl und Zürn mittlerweile eine „permanente Qualitätskontrolle – eine Art Staaten-TÜV“, und zunehmend kann trotz diplomatischer Anerkennung nur, wer auch dessen „externes Legitimitätssiegel“ erhält, noch sicher sein, nicht Gegenstand von Kriegshandlungen zum Zweck der Ausschaltung transnationaler Sicherheitsprobleme zu werden. Alle anderen Staaten sinken in die zunehmend nicht mehr bloß faktische, sondern auch öffentlich beglaubigte Zweitklassigkeit potentieller Interventionsräume für *peace-enforcing*-Missionen hinab. Die Folgen dieser faktischen Entrechtung ganzer Staaten und Staatengruppen sind gravierend. Praktisch stellt diese Diskriminierung bestimmter, bislang ohne weiteres als gleichberechtigt anerkannter Mitglieder der globalen Völkerrechtsordnung in nur leicht modifizierter Form die alte Differenz zwischen „zivilisierten“ Staaten und „unzivilisierten“ Zonen aus der Zeit des Kolonialismus im 18. und 19. Jahrhundert wieder her. Zwar ist die Inbesitznahme „unzivilisierter“ Territorien als Kolonien einzelner Staaten nicht mehr statthaft, wohl aber beispielsweise „temporäre“ militärische Besetzungen, um in „rückständigen“ Gebieten die Gewalt zu beenden und transnationale Sicherheitsbedrohungen auszuschalten.

Nun sehen sich die westlichen Staaten zweifelsohne neuen Sicherheitsbedrohungen seitens nichtstaatlicher Mächte ausgesetzt, die in bestimmten Gegenden der Welt unbehelligt eine Infrastruktur aufbauen können, da die dortige Staatsgewalt unfähig oder auch unwillig ist, dagegen vorzugehen. Eine gewaltsame Intervention auf dem Gebiet fremder Staaten mag fallweise das tatsächlich einzig effektive Mittel sein, um eine von dort ausgehende ernste Bedrohung zu bekämpfen, so daß ein starres Festhalten am überkommenen Interventionsverbot nicht mehr der heutigen Lage entspricht. Doch leider kann alles mögliche zur unerträglichen Gewalt und „transnationalen Sicherheitsbedrohung“ erklärt werden. Zangl und Zürn schildern recht unverblümt, wie rein regionale, wenn auch grenzübergreifende bürgerkriegsähnliche Konflikte in den letzten Jahren im Westen zu „Bedrohungen des Weltfriedens“ hochstilisiert wurden, die dann gewaltsame Interventionsmaßnahmen rechtfertigten.

Wer entscheidet aber in letzter Konsequenz über die Legitimität von Staaten – und damit von Kriegen? Gemäß Zangl und Zürn vollziehen sich transnationale (De-)Legitimierungsprozesse im Zusammenspiel von „legitimen“ Staaten, inter- oder supranationalen Organisationen (UNO, Internationaler Gerichtshof, Internationaler Währungsfond, Weltbank), transnationalen Nicht-Regierungs-Organisationen (*Amnesty International*, *Greenpeace*, Rotes Kreuz), privatwirtschaftlichen Unternehmen (beispielsweise zur Bonitätseinstufung von Staaten) und natürlich der allgegenwärtigen Medien sowie den darin sich artikulierenden „transnationalen Expertenkreisen“. Die Frage, welche Staaten und Zonen der Welt zu potentiellen Interventionsräumen für das Militär von OECD-Staaten herabgestuft werden, entscheidet demnach eine – zusammenfassend als „transnationale Öffentlichkeit“ bezeichnete – „Instanz“, deren Zusammensetzung jeder institutionalisierten oder gar demokratischen Kontrolle ebenso entzogen ist wie die Maßstäbe ihrer Entscheidung undurchsichtig und wechselhaft bleiben müssen.

Natürlich kann man sich der Illusion hingeben, daß sich wie von unsichtbarer Hand der Staaten-TÜV in einer „transnationalen Öffentlichkeit“ durch die fallweise Vernetzung interessierter Akteure immer wieder neu spontan und „demokratisch“ bildet. Doch stellt sich der Verdacht ein, daß sich hinter dieser „Öffentlichkeit“ oder auch der „Weltgesellschaft“ nur jener uralte, aber stets unerfüllt gebliebene Intellektuellentraum von

Michael Howard: *Die Erfindung des Friedens. Über den Krieg und die Ordnung der Welt*, Lüneburg 2002.

der Herrschaft der „aufgeklärten“ Philosophen verbirgt. Doch war dies immer auch ein Traum von Herrschaft über „unaufgeklärte“ Menschen und vom Krieg gegen diese. Die kriegslegitimierende „transnationale Öffentlichkeit“ ist, wie auch Zangl und Zürn zugeben, ein im wesentlichen innerhalb der OECD-Welt stattfindendes, also partikulares Phänomen. Eine „Weltgesellschaft“, die Feinde kennt, gegen die unter Umständen Krieg geführt werden muß, gibt sich dadurch ebenfalls als ein partikulares Phänomen zu erkennen. Ihre fallweise Gewaltanwendung richtet sich zwangsläufig gegen andere partikuläre Gruppen, die ihre Identität und Existenz gegen „die Moderne“ gewaltsam verteidigen zu müssen glauben. Am Ende entsteht, wie von Carl Schmitt vorhergesagt, unweigerlich nur eine neue Freund-Feind-Konstellation in einem neuen „Weltbürgerkrieg“, die auf eine nach „Modernitätsgraden“ hierarchisierte internationalen „Staatenordnung“ hinausläuft.

Doch kann die „Weltgesellschaft“, die Anhängerschaft des „Projektes der Moderne“, tatsächlich Krieg für ihre Ziele führen? Eine neue, aufgrund transnationaler Vernetzungen global agierende Schar von Intellektuellen, die wie schon immer die dummen Anderen für sich bluten lassen will, strebt zwar an, daß die westlichen Staaten nicht mehr in Verfolgung ihrer eigenen Selbstbehauptungsinteressen, sondern gemäß dem Urteil und den Interessen dieser als „Weltgesellschaft“ firmierenden Weltbürgerkriegspartei ihre Soldaten in den Krieg schicken sollen.

Aber auch wenn sich die westlichen Staaten – in unterschiedlichem Ausmaß – bei der „transnationalen Öffentlichkeit“ rückversichern, sind es immer noch diese Staaten, die die letzte Entscheidung treffen. Denn die wichtigsten Ressourcen auch der postnationalen Sicherheitspolitik, das heißt die Finanz- und Gewaltmittel, werden auf absehbare Zukunft hinaus in staatlicher Hand bleiben. Mag sein, daß in der „OECD-Welt“ mit zunehmender Transnationalisierung der Sicherheitsbedrohungen die Sicherheitspolitik immer mehr in trans- und supranationale Organisationen wie die NATO, die EU und die UNO hineinverlagert und von einer transnationalen Öffentlichkeit beeinflusst werden wird. Zwischen supranationalem Kriegführen einerseits und der weiterhin nationalstaatlichen Verfügung über Finanzen und Streitkräfte besteht aber ein Widerspruch, der dazu führt, daß solche Gewaltmaßnahmen nicht ohne die Zustimmung der nationalen Herren über diese Ressourcen zustande kommen können. Auf diese Weise findet eine Selektion statt, bei der die mächtigeren Staaten und nicht die UNO oder eine „transnationale Öffentlichkeit“ darüber entscheiden, wo wirklich ein „robuster Einsatz“ durchgeführt wird. Ob solche Kriege in welchen entrechteten Gegenden dieses Planeten gegen welche Sicherheitsbedrohungen auch immer in Zukunft eher im supranationalen Verbund oder unilateral von einer Supermacht mit einem Kranz von „Pudeln“ geführt werden, bleibt abzuwarten. Derzeit sind vor allem die USA der in letzter Instanz entscheidende Akteur. Wer hier wen instrumentalisiert, die „transnationale Öffentlichkeit“ die USA und die übrigen OECD-Staaten oder umgekehrt, ist eine Frage, die im letzten Jahr bereits eine vorläufige Antwort gefunden hat.

Doch wer auch immer in Zukunft das neue *ius ad bellum* erfolgreich in Anspruch nehmen wird – dieses Recht wird nicht wie das klassische Recht zum Krieg die Gleichberechtigung aller Staaten befördern, sondern aufheben. Derzeit entsteht so eine neue internationale Ordnung, in der es wieder politische Gebilde und Räume von sehr unterschiedlichem Status gibt: vollwertige „zivilisierte Staaten“, minderwertige „Schurkenstaaten“ und Zwischengebilde im Stande der Bewährung und unter besonderer Beobachtung, also „Schutzstaaten“ und „Schutzgebiete“ wie Bosnien-Herzegowina, Afghanistan, der Irak, das Kosovo, die bis auf weiteres unter der militärischen Aufsicht und teilweise auch der Verwaltung der „internationalen Gemeinschaft“ oder ihres Hegemons stehen, sowie faktisch staatenlose Zonen, die der privatisierten Gewalt von *Warlords* und Mafiabanden überlassen bleiben. Die Welt wird also wieder „bunter“ werden. Eines aber ändert sich augenscheinlich nie. Das immer wieder seine Gestalt wandelnde „Chamäleon Krieg“ bleibt auf der Weltbühne der Vater aller Dinge. An ihm entscheidet sich weiterhin, wer zu den Freien und wer zu den Sklaven, wer zu den entrechteten Parias und wer zu den ermächtigen Vollstreckern des „Weltgewissens“ in der internationalen Arena gehört.

Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen*. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, (5. Nachdruck der Ausgabe von 1963), Berlin 2002.

Mary Kaldor: *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt a.M. 2000.

Ein Jahr danach – Die USA im Irak

von Jean-Jacques Langendorf

Jeder sich vorbereitende Krieg bringt seine Propheten hervor. Da ist zunächst das gewaltige Heer der Journalisten, von denen man sagen kann, daß ihre Aufgabe – von einigen Ausnahmen abgesehen – darin besteht, sich zu irren. Zwei Mal, als ihnen alle möglichen Medienmittel zur Verfügung standen, 1991 (erster amerikanischer Irakkrieg) und 2003 (zweiter amerikanischer Irakkrieg), haben sie im schlimmsten Fall ein Debakel der Koalitionsarmee gegen Saddam Hussein vorausgesagt und im besten Fall lange und schwierige Kämpfe. Auf Seiten der Militärexperten, die im allgemeinen, aber nicht immer, besser informiert sind als die Presseleute, gingen 1990 die Meinungen über die Verteidigungsfähigkeit der Iraker auseinander, und quasi einstimmig kamen sie 2003 zu der Auffassung, daß der irakische Widerstand schwach sein werde.

Als Präsident George W. Bush im Mai 2003 dekretierte, daß der zweite amerikanisch-irakische Krieg zu Ende sei, teilten sich die Militärfachkundigen in mehrere Gruppen. Einige meinten, daß der Irak, wenn er von der Diktatur befreit wäre, schnell auf den Weg der Normalität zurückfinden würde, der über „freie und demokratische Wahlen“ und einen wirtschaftlichen Neustart führe. Bei dieser Prognose hatten sie das Beispiel Deutschlands oder Japans nach 1945 im Auge. Andere dagegen sahen Schwierigkeiten voraus, entweder als Folge von „Friktionen“ oder auf Grund bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden. Schließlich warnte eine Minderheit von vornherein vor Terrorismus und Guerilla.

Und diese letzte Gruppe sollte Recht behalten. Man kann aber nicht von einem Terrorismus als einheitliches Phänomen sprechen, denn er wird jenseits des alle (mit Ausnahme der Kurden) verbindenden Hasses gegen den Besatzer von verschiedenen Gruppen getragen, aus verschiedenen Gründen und mit verschiedenen Zielen. Es gibt den Terrorismus, der von den ehemaligen Mitgliedern der Geheimdienste Saddams ausgeübt wird, dessen Zweck im wesentlichen darin besteht, den Aufbau eines neuen Irak nach amerikanischen Plänen zu verhindern. Daher die mörderischen

Stefan Aust, Cordt Schnibben: *Irak – Geschichte eines modernen Krieges*, München 2003.

Attacken auf Politiker, die fähig wären, eine neue Regierung zu bilden, auf Techniker, Presseleute und Frauen, die einem westlichen Lebensstil folgen, und auch auf Informanten oder Spitzel im Dienste der Amerikaner. Gleichzeitig werden „blinde“ Attentate mit Autobomben organisiert, um die Bevölkerung zu verunsichern. Dabei handelt es sich um einen präzisen und gut strukturierten Terrorismus, der offenbar vor dem Beginn des amerikanischen Angriffs organisiert wurde, mit eigenen Netzwerken, geheimen Waffenlagern und mit beachtlichen Geldressourcen. Halten wir fest, daß sich dieser Terrorismus nicht nur gegen den Besatzer richtet, sondern auch gegen die schiitische Minderheit, um sie zum Äußersten zu treiben, damit sie sich gegen die Anglo-Amerikaner erhebt, die beschuldigt werden, nicht fähig zu sein, die Sicherheit zu gewährleisten.

Studiert man diese Destabilisierungstaktik, merkt man, daß sie sich symmetrisch zur amerikanischen „Rekonstruktionstaktik“ entwickelt. Die Terroristen müssen schnellstmöglich die materielle und menschliche Infrastruktur zerstören, auf die sich die Besatzer stützen wollen. Umgekehrt müssen letztere, unabhängig vom eigentlichen Antiterrorkampf, um jeden Preis wirtschaftliche und politische Normalität schaffen, die durch ihre Funktionsfähigkeit den Terrorismus seiner Basis berauben würde. Man kann also von einem Wettlauf gegen die Zeit sprechen.

Infiltrierte Elemente aus Syrien, aber hauptsächlich aus dem Iran, bilden eine dritte Fraktion der Terroristen, die man als al-Kaida bezeichnet, die aber weit davon entfernt ist, eine einheitliche Gruppe darzustellen, denn man findet in ihr auch iranische Schiiten, Palästinenser, Syrer und sogar Tschetschenen. Eine weitere Gefahrenquelle ist die schiitische Stadtguerilla, sowohl in Bagdad als auch in Nadjaf und anderen Städten. Endlich geht ein Teil der Angriffe und Entführungen ganz einfach auf das Konto des Straßenraubs.

Natürlich bleiben die Besatzer – in diesem Fall die Amerikaner und die Briten – nicht untätig. Ihre Antiterrorismus- und Antiguerilla-Aktionen bewegen sich auf mehreren Ebenen. Eine wichtige Voraussetzung ist das Sammeln von Informationen, das auf verschiedene Weisen erfolgen kann: durch irakische Informanten oder Verräter, die oft – dem Risiko entsprechend – gut bezahlt werden, oder auf technischem Weg (Überwachung der Funkverbindungen und verschiedene Abhörmethoden, Luft- oder Satelliten-Beobachtungen). Durch Verrat konnte zum Beispiel Saddam Hussein gefaßt werden. Anzumerken ist auch, daß man gewaltsame Verhöre bis hin zur Folter als effektive Methode betrachtet, um Informationen zu gewinnen.

Sobald Informationen vorliegen, kommen verschiedene Arten militärischer Operationen in Frage. Um sie durchzuführen, benutzen die Amerikaner wie die Briten vor allem Spezialeinheiten (*Special Forces*), die sowohl aus der *Army*, der *Navy* als auch der *Air Force* stammen. Die Angriffe gegen im voraus identifizierte Ziele finden im allgemeinen nachts statt. In den Antiguerilla-Kämpfen der Vergangenheit (Algerien, Angola, Vietnam, und so weiter) galt als fester Grundsatz, daß die Nacht den Rebellen und der Tag den „Ordnungskräften“ gehörte. Das ist aber eine Vorstellung, die heute ihre Gültigkeit verloren hat, dank der Verwendung von *Night Vision Goggles*. Diese „Brille“, die weniger als ein Kilo wiegt, wird am Helm befestigt und vermittelt eine grün-schwarze Sicht, die erlaubt, in einer mondlosen Nacht einen Menschen auf 100 Meter und bei Vollmond auf 300 Meter zu erkennen, während ein Fahrzeug auf 550 Meter sichtbar wird. Dazu kommt ein ganzes Sortiment von Nachtzielgeräten. Wegen dieser verschiedenen Hilfsmittel haben jene, die man früher „die Kämpfer der Nacht“ nannte, den Vorteil der Dunkelheit verloren. Nacht für Nacht führen die *Special Forces*, aber auch Fallschirmjägereinheiten, Unternehmungen durch, die oft von Erfolg gekrönt sind und mit der Verhaftung von Terroristen oder der Entdeckung von Waffenverstecken enden.

Dagegen nähert sich der Kampf gegen die schiitischen Milizen eines Mollah al-Sadr (in dem die *Marines* die Hauptrolle spielen) eher den Formen der klassischen Stadtguerilla. Die Aufständischen besitzen leichtes Material, das von Kalaschnikow und Mörsern bis zur Panzerfaust reicht, während ihre Gegner über eine reiche Palette schweren Geräts verfügen (Panzer; Artillerie; Kampfhubschrauber und so weiter) und ihre erdrückende Feuerkraft einsetzen, um den Feind mit minimalen Eigenverlusten auszuschalten; so kommt ungefähr ein gefallener Amerikaner auf zehn

Alain de Benoist: *Die Schlacht um den Irak. Die wahren Motive der USA bei ihrem Kampf um Vorherrschaft*, Berlin 2003.

Schiiten. Man darf auch nicht vergessen, daß die Stellung al-Sadrs und seiner Milizen durch die Tatsache geschwächt wird, daß er auf das Mißtrauen eines Teils des hohen schiitischen Klerus stößt, der in ihm einen gefährlichen Abenteurer erblickt.

Robert D. Kaplan: *The Coming Anarchy*, New York 2000.

Seit dem Beginn des Kampfes vor einem Jahr haben die Amerikaner ihre Verteidigungsmaßnahmen deutlich verfeinert, indem sie die Reaktionszeit auf ein Minimum reduzierten, zum Beispiel bei Angriffen auf Konvois. Ein anderer Bereich, in dem die abschreckende Überwachung eine Rolle gespielt zu haben scheint, ist die Sicherheitslage der Pipelines, sowohl im Norden als auch im Süden des Landes, deren Sabotage nie wirklich bedrohliche Ausmaße annehmen konnte.

Trotzdem muß man feststellen, daß die Amerikaner einen schweren Fehler begingen, als sie die Kontrolle des Iraks übernahmen und die gesamte Armee Saddam Husseins auflösten. Einerseits beraubten sie sich mit dieser Vorgehensweise jener Kampfeinheiten, die nach „ideologischer“ Schulung einen Teil der „Drecksarbeit“ hätten verrichten können; andererseits schufen sie, indem sie eine ganze Armee, einschließlich ihrer Offiziere, entließen und nach Hause schickten, einen Herd der Unzufriedenheit und des Hasses. Es scheint auch, daß die Amerikaner in der Anfangsphase der Besatzung ihren Hauptfeind nicht erkannten. Angesichts der ersten Attentatswelle glaubten sie, daß deren Anstifter oder Ausführende Saddam nahe standen; diese „Bonzen“, die bald in einem Kartenspiel verewigt wurden, konnten rasch verhaftet werden, ohne daß eine spürbare Verminderung des Terrors stattgefunden hätte. Neue Analysen zeigen, daß die Gefahr in Wirklichkeit nicht von ihnen ausging, sondern von Offizieren des Geheimdienstes oder untergeordneten Offizieren der regulären Streitkräfte, die sich auf diese neue Kampfform sorgfältig vorbereitete hatten.

Sun Tse: *Die Kunst des Krieges*, zuletzt: München 2001.

Jetzt besteht das Hauptproblem der Amerikaner darin, sich einem asymmetrischen Krieg anzupassen und eine effiziente Antwort auf die Herausforderung zu finden. Die Herausforderung als solche ist nicht neu. Bereits 1998 betonte der damalige US-Verteidigungsminister William S. Cohen: „In naher Zukunft werden diejenigen selten sein, die uns auf militärischer oder wirtschaftlicher Ebene herausfordern können, aber sie werden Sun Tse und *Die Kunst des Krieges* studieren, um die Schwächen unserer wirklichen Kraft auszunützen.“ Etwas früher hatte derselbe Cohen ein eindrucksvolles Bild der auf die USA zukommenden Bedrohungen gemalt – vier Jahre vor dem verhängnisvollen 11. September –, indem er schrieb: „Auf strategischer Ebene könnte ein Angreifer versuchen, eine direkte militärische Konfrontation zu vermeiden, indem er eher terroristische Mittel wie nukleare, biologische und chemische Waffen (NBC) einsetzt, den Informationskrieg oder Umweltsabotage, um seine Ziele zu erreichen.“ Dennoch fällt auf, daß die Amerikaner eben bis zum 11. September die Bedrohung nicht ernst nahmen, obwohl sie außerhalb ihres Territoriums Opfer mehrerer mörderischer Attentate geworden waren (Aden, Somalia).

Martin van Creveld: *Die Zukunft des Krieges*, zuletzt: Hamburg 2004.

Man spricht gelegentlich vom Irak als einem neuen Vietnam. Der Militärhistoriker, oder der Historiker schlechthin, weiß nur allzugut, wie sehr man solchen Vergleichen mißtrauen muß. Der Irak ist nicht Vietnam, die Iraker sind keine Vietnamesen, und die heutige amerikanische Armee mit ihren hochentwickelten Überwachungssystemen, ihrer Mobilität ist nicht mehr die von gestern. Tatsächlich haben sich die Gegebenheiten radikal verändert. In ihrem Krieg gegen die Amerikaner verfügten die Nordvietnamesen über zwei mächtige Verbündete, China und die UdSSR, die sie massiv mit Rüstung und Nachschub belieferten, die sie diplomatisch unterstützten und den Amerikanern auch bestimmte Grenzen für ihre Aktion auferlegten, da die Furcht vor Provokationen sie oft in ihren Handlungen beschränkte. Heute existieren solche mächtigen Verbündeten für die aufständischen Iraker nicht. In Vietnam war der Widerstand gegen die Amerikaner von den Strategen des Nordens streng organisiert, hierarchisiert und koordiniert. Eine derartige Zentralisierung des irakischen Widerstands existiert dagegen nicht, weil der Widerstand sehr andersartigen Zwängen und Interessen gehorcht. Was die Unterstützung der Rebellen betrifft, wissen die Nachbarländer, daß sie Vorsicht walten lassen müssen, was im wesentlichen für Iran und Syrien gilt. Ein anderer Unterschied: Während die Mehrheit der in Vietnam engagierten Truppen

aus Wehrpflichtigen bestand, setzt sich die Mehrheit des im Irak eingesetzten Kontingents aus Freiwilligen zusammen.

Die militärischen und politischen Verantwortlichen in Amerika kennen allzugenug die verheerende Wirkung, die hohe Verluste auf die öffentliche Meinung ihres Landes haben können und daß man sie folglich auf ein Minimum reduzieren muß. Man kann sagen, daß ihnen das gelungen ist, mit 150 Gefallenen für den eigentlichen Militärfeldzug und mehr als 600 Toten durch Attentate oder Unfälle. Das sind für eine Streitmacht von 140000 Mann und für die Dauer von über einem Jahr „annehmbare“ Zahlen. Im Golfkrieg von 1991 hatten die Amerikaner die erträgliche Höhe der Verluste auf 5000 Gefallene beziffert und auf 2000 die des Kriegs von 2003. Übrigens auch im Gegensatz zu Vietnam haben die amerikanischen Verluste im Irak die amerikanischen Massen kaum zu einer breiten Protestbewegung mobilisiert. Noch ein weiterer Unterschied: das Gelände. Kriegführung ist unendlich viel schwieriger in einem Dschungel oder in einem bergigen Gebiet als in einer Wüsten- und Oasenzone, sowohl was die Kampftaktik selbst angeht als auch was die Überwachung betrifft.

Ein häufig auf die amerikanischen Intervention in Irak angewandter Gemeinplatz ist die Behauptung, es handle sich um einen „Ölkrieg“. Dabei handelt es sich um eine Vereinfachung, die eine viel kompliziertere und beunruhigendere Wirklichkeit verbirgt. Die Ölimporte des USA aus dem Nahen Osten belaufen sich auf 20 Prozent gegenüber 57 Prozent für Europa. Was das irakische Öl angeht, so fließt es nach der Niederlage Saddams Husseins nur spärlich, wegen der veralteten Einrichtungen, bei denen man Jahre für Erneuerung brauchen wird, um sie ganz funktionsfähig zu machen. Außerdem wird die amerikanische Präsenz vom Mittelmeer bis in den Nahen Osten nicht von rein wirtschaftlichen Interessen diktiert; das ist schon daran zu erkennen, daß die Anwesenheit von US-Truppen in diesem Raum jährlich 30 Milliarden Dollar kostet, wohingegen mögliche Exporte nur einen Gegenwert von 20 Milliarden Dollar erreichen. Ein anderer Vorwand, den die amerikanische Regierung selbst angibt, um ihre Intervention zu rechtfertigen, die Neutralisierung der chemischen, biologischen oder sogar Atomwaffen, vielleicht auf der Grundlage irriger oder falsch interpretierter Informationen, hat sich als gegenstandslos erwiesen.

Um den Sinn der amerikanischen Intervention im Irak und in Afghanistan richtig zu beurteilen, muß man sie in einer anderen Perspektive interpretieren: der eines zielgerichteten Willens. Dabei wirkte das Attentat vom 11. September 2001 nur wie eine Sprengkapsel. Unter Bush junior erfuhr die amerikanische Militärdoktrin eine grundlegende Veränderung. Statt defensiv zu bleiben, auf der Grundlage des *containments*, wurde sie präventiv und interventionistisch: die USA haben vor, militärisch aufzutreten, sobald sie ihre Interessen bedroht sehen. Das Defensivglacis hat sich in eine Ausgangsbasis verwandelt, und auf die geostrategische Bedeutung des Zweistromlandes hatte der Theoretiker der *seapower*, Alfred Thayer Mahan, schon im 19. Jahrhundert hingewiesen. Es genügt, einen Atlas zu konsultieren, um sich von der zentralen geopolitischen Bedeutung dieses Gebietes zu überzeugen. Die amerikanische Präsenz in dieser Gegend stellt tatsächlich eine direkte Bedrohung für Syrien und für den Iran dar. Was Afghanistan betrifft, bringt es die Amerikaner in Kontakt mit China, und ihr Schwerpunkt hat sich somit beträchtlich nach Osten verlagert. Aber wenn sie sich in diese Politik stürzen können, so deshalb, weil sie die Mittel dazu haben und auch, in der heutigen Konstellation, den entsprechenden politischen Willen. Sie sind entschlossen, ihre Militärmacht radikal zu verstärken, obwohl diese Militarisierung eine schwere Belastung für den Haushalt der Nation darstellt. Aber diese Art von Feststellung ist zweitrangig, weil wir es mit einer Dialektik der Macht zu tun haben, mit einer Realpolitik als Folge von realer Macht.

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts betreiben die USA eine beharrliche und letztlich kohärente Politik, wenn man sich bemüht, sie in einer Perspektive der *longue durée* zu betrachten. Überall auf dem Globus haben sie militärisch gesehen, Fuß gefaßt, von Grönland bis Kuba, von den Samoa-Inseln bis Okinawa, von Deutschland bis in die Türkei, von Kuwait bis Georgien, unter Einschluß der Möglichkeit einer schnellen Intervention an fast allen Punkten der Erde, die ihres Interesses würdig sind.

Peter Scholl-Latour: *Weltmacht im Treibsand*, Berlin 2004.

Alfred Thayer Mahan: *Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte*, Herford 1967.

Im allgemeinen war der Erwerb dieser strategischen Punkte das Ergebnis eines Krieges, aber manchmal auch der Intervention einer mehr oder weniger kraftvollen Diplomatie. Und außer dem Paradebeispiel Vietnams waren die Mißerfolge selten.

Diese Militärmacht wird von einem beeindruckenden Satellitennetz verstärkt, das die Kontrollmöglichkeiten noch steigert, obwohl es nicht immer eine totale Überwachung erlaubt. Selbstverständlich geht diese Militärpräsenz mit einer ebenso beeindruckenden Wirtschaftspräsenz einher. Angesichts solcher Tatsachen versteht man besser, warum man seit einigen Jahren nicht mehr von einer amerikanischen militärischen Supermacht, sondern von einer Hypermacht spricht. Haben die Europäer den Krieg als Ausdruck oder Mittel der Politik in den Requisitenraum verbannt, stellt er für die Amerikaner (aber auch für die Chinesen, wenn die Stunde schlägt) immer noch ein vollkommen verwendbares und legitimes Mittel auf der politischen Bühne dar, wenn sie es für nützlich halten. Die Beziehung zum Krieg ist bei Europäern und Amerikanern grundverschieden, weshalb die einen ihr militärisches Instrument vernachlässigt und die anderen es fortwährend vervollkommen und verstärkt haben. Es gibt, wenn man so will und eine clausewitzsche Perspektive einnimmt, eine amerikanische militärische Fatalität: die Großmacht besitzt eine große Armee, und diese große Armee wird zwangsläufig für eine große Politik eingesetzt, die die einer Großmacht ist. Und ob diese Politik von einem Republikaner oder einem Demokraten im Weißen Haus bestimmt wird, ändert nichts an den Tatsachen!

Heute arbeitet die amerikanische Armee intensiv an der langfristigen Festlegung ihrer neuen Doktrin (*Joint Vision 2010 and 2020*) und an der neuen Rüstung die sie erfordern wird. In diesem Rahmen werden vier Ziele definiert.

(1) *Project and Sustain*. Um schnellstmöglich überseeische Streitkräfte zu entfalten und zu versorgen, sollen eine Division und eine Brigade zusammen in 30 Tagen mobilisiert und kampfbereit sein und fünf andere Divisionen in den folgenden 120 Tagen (im ersten amerikanischen Irakkrieg hatte man sechs Monate gebraucht, um die schweren Divisionen zu mobilisieren, im zweiten konnte diese Zeit deutlich verkürzt werden).

(2) *Protect the Force*. Die operationellen Phasen sollen durch effiziente Flugabwehrraketen geschützt werden;

(3) *Win the Information War*. Es geht darum, schnellstmöglich ein Maximum an Informationen aller Art zu sammeln, sie zu analysieren und sie sofort den richtigen Adressaten zu übermitteln;

(4) *Conduct Precision Strike*. Man möchte den Feind während seiner Entfaltung schlagen, bevor er Kontakt aufnimmt, mittels Intervention von Kampfhubschraubern und weitreichender Raketenartillerie.

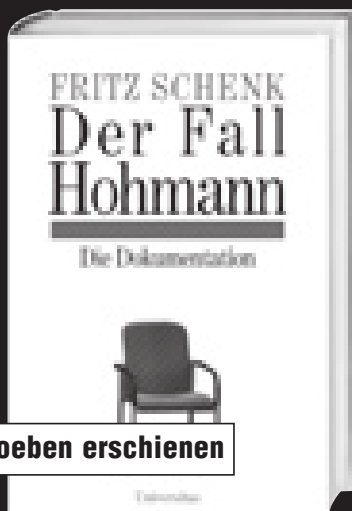
(5) *Dominate the Maneuver Battle*. Man möchte schnellstmöglich zuschlagen unter Nutzung der maximalen Feuerkraft, um den Feind zu vernichten, mit Panzern, mobiler Artillerie und Kampfhubschraubern.

Selbstverständlich impliziert die Durchführung dieses Programms die Entwicklung neuen Materials, das effizienter, aber auch leichter und wenn möglich billiger sein soll, was zum Beispiel den Erwerb durch die Privatindustrie entwickelter Fahrzeuge oder Schiffe erklärt, die nicht *a priori* für das Militär entworfen worden sind. In dieser Sparsperspektive herrscht die Richtlinie vor, daß man „den Schwanz stutzen, aber die Zähne schärfen“ müsse, das heißt, an den bürokratischen und administrativen Strukturen sparen, um die Elitekämpfer zu bevorzugen.

Die Gesamtstrategie soll von finanziellen Einschränkungen in jedem Fall unbeeinflusst bleiben. Die USA müssen fähig sein, unter Aufrechterhaltung ihrer Basen in der Welt und außer Reichweite des Feindes, sich gleichzeitig zwei größeren Konflikten oder einem größeren Konflikt mit mehreren kleineren, parallel geführten Operationen zu stellen. Untersucht man die militärische Anstrengung Amerikas, kurz- oder langfristig, darf man nie vergessen, was kürzlich der französische Militärgeschichtler Philippe Richardot feststellte: „Die Armee der Vereinigten Staaten bleibt das überzeugende Argument für die amerikanische Beherrschung der Welt“.

NEUE BÜCHER 2004

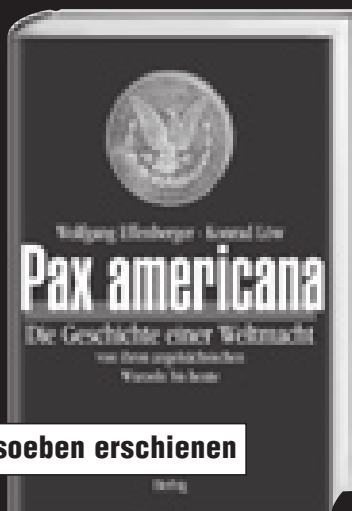
aktuell – aktuell – aktuell



240 Seiten, € D 14,90, ISBN 3-8004-1466-X

soeben erschienen

Das Protokoll eines politischen Verfahrensskandals, der das Recht der Meinungsfreiheit gefährlich berührt, und eine Dokumentation der Medienkampagne gegen Hohmann.



672 Seiten, € D 48,-, ISBN 3-7766-2360-8

soeben erschienen

Eine zeitkritische Untersuchung der Geschichte der USA von ihren Anfängen bis heute, die die Ursprünge des amerikanischen Sendungsbewusstseins aufdeckt.



272 Seiten, € D 22,90, ISBN 3-7766-2382-9

soeben erschienen

»Bushs Kriegerin« – die mächtigste Frau der Welt. Die erste deutschsprachige Biografie über die hochintelligente Frau im Zentrum der Weltmacht USA.

Nichts gelernt aus der Geschichte?



368 Seiten, € D 29,90, ISBN 3-7766-2357-8

2. Auflage

Koch-Hillebrechts These: Der Erste Weltkrieg war die Urkatastrophe in Hitlers Leben, die sein aggressives Weltbild formte.



368 Seiten, € D 24,90, ISBN 3-7766-2369-1

2500 Jahre Menschheitsgeschichte aus einem aufregenden Blickwinkel. Ein abenteuerliches Kaleidoskop militärischer Irrungen und Wirrungen.



480 Seiten, € D 39,90, ISBN 3-7766-2241-5

2. Auflage

Das bedeutende zeitgeschichtliche Standardwerk in einer Neuauflage, komplett überarbeitet und kommentiert.

Kinder an der Macht

von Ellen Kositzka

Sascha Z. ist Soldat. Aus Berufung, sagt er, das sei mehr noch als Überzeugung. Den Einzelkämpferlehrgang hat der ernsthafte dreißigjährige Panzergrenadier, den seine Stubenkameraden als „völlig humorlos“ bezeichneten, erstklassig bestanden. Das beste Ergebnis seit zehn Jahren, beschieden ihm die Ausbilder. Längst hält sich Sascha eine eigene Wohnung am derzeitigen Einsatzort. Ein kleines privates Fitneß-Studio mit diversen Bänken und Hanteln ergänzt das Mobiliar. Am Bettrand und auf der Toilette stapeln sich Männermagazine, Dossiers und Anleitungen zum Muskelaufbau. Sascha leidet unter seiner Schmalbrüstigkeit. Das würde der wortkarge Mann nie eingestehen. Zwischen Bücherregalen, in der penibel gerichteten Küche und über dem Bett des Junggesellen hängen große Sesamstraßen-Plakate. Ernie und das Quietsche-Entchen, Miss Piggy hysterischen Blicks, Oskar, der frech aus der Mülltonne lugt.

Ganz neu ist die Klage über eine infantile und zunehmend regredierende Gesellschaft nicht. In den späten 1960ern wurde im Rahmen von Alexander Mitscherlichs Kritik und Vision einer vaterlosen Gesellschaft eine allgemein konstatierte Reifungshemmung nahezu schlagworttauglich. Später bemerkte Neil Postman in *Das Verschwinden der Kindheit*, daß es nur eine Frage der Perspektive sei, ob Kindheit oder Erwachsenenalter verschwänden und konstatierte zwischen Säuglingsalter und Senilität eine langgestreckte dritte Lebensstufe: die des „Kind-Erwachsenen“.

Mitte der Neunziger, im Zuge der massenhaften Versorgung deutscher Haushalte mit Privatfernsehen und den entsprechenden Blödelprogrammen und Voyeurshows, erschienen zahlreiche Bücher zur „kindlichen Gesellschaft“, und der *Spiegel* titelte mit dem Schreckensbild eines *Morbus Infantilitatis*. Vor einem halben Jahr sorgte ein Aufmacher auf den *Lifestyle*-Seiten der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* für Wirbel. Der Hohn, mit dem Matthias Heinen dort die Masse der altersmäßig längst erwachsenen „Endlospubertierenden“ bedachte, trieb den Redakteur der beachtenswerten und sonst recht nüchtern argumentierenden Internetseite www.single-dasein.de zur Weißglut und einem

Neil Postman: *Das Verschwinden der Kindheit*, zuletzt Frankfurt a.M. 1995.

Matthias Heinen: *Die Deutschen werden immer infantiler*. in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 24. November 2003.

flammenden Manifest: „Wir Infantilisten sind nicht infantil, sondern infantilistisch!“ wurde da in Fettdruck gebrüllt, und: „Uns Infantilisten gehört die Zukunft, die Vergangenheit überlassen wir gerne euch.“ Erhellend ergänzt durch Analyse und O-Töne der infantilen Generation wurde Heinens Artikel im übrigen durch das Kursbuch „Die Dreißigjährigen“ vom Dezember 2003 – das Dilemma der gelangweilten Pop-Generation ohne „abenteuerliche Herzen“ wird hier greifbar.

Die Kritik an Infantilismusvorwürfen wiederum ist so alt wie das eigentliche Symptom: Erstens, so argumentieren gerne die Sozialdemokratie und ihre wissenschaftlichen Adepten (etwa Ulrich Beck), seien Gemeinsinn und soziales Engagement unter jungen Erwachsenen niemals stärker ausgeprägt gewesen als derzeit. Außeracht gelassen wird dabei, daß gesellschaftliches Engagement sich heute weitgehend auf vereinzelte, überindividualisierte Zusammenhänge beschränkt und das Private wie das Gemeinschaftsganze ebensowenig tangiert, wie es etwas über vollmenschliche Reife aussagt. Eine ehrenamtliche Tätigkeit für *Amnesty International* oder *Greenpeace* zieht eben nicht nach sich, daß der alten Frau oder der hochschwangeren in der U-Bahn der Platz überlassen wird. Auch schwindende Manieren sind ein Aspekt der Unreife.

Zweitens, sagen die „Infantilisten“, wurden Naivität, Verspieltheit, das enthemmte Laufenlassen der Emotionen von modernen Kunstströmungen und gesamtgesellschaftlich von den rebellierenden Achtundsechzigern geradezu eingefordert und wirkten letztlich „kulturprägend“. Rebellion aber ist heute *passé*, ihre Fragmente versanden in schlingensiefischem Dadaismus, im Linksspießertum der Jusos (Stimme und Rede von Niels Annen verbildlichen doch mehr einen halbkindlichen Schlipsträger denn einen jungen Mann) oder in demokratisch fest strukturierten NGOs, und vor allem mangelt es an Subjekten mit entsprechender – rebellischer – Veranlagung.

Das juvenil Aufbegehrende ist heute einer Vermeidungshaltung gewichen. Der große Studentenprotest des vergangenen Winters: Das war nicht mehr als der risikofreie Trotz pöbelnder Halberwachsener mit vollausgeprägten Nehmerqualitäten – Vater Staat hat zu sorgen und dabei größtmögliche Zwanglosigkeit zu gewähren. Fett und impotent werden: Was Winston Churchill dereinst den Deutschen wünschte, hat sich längst weltumspannend erfüllt.

Das Schwinden der „Großen Erzählung“, die Auslöschung gemeinschaftsstiftender, identitätsbildender Mythen, die im Rahmen der Postmoderne-Diskussion so begrüßt wie von anderer Seite beklagt wurde, das *anything goes* als Gebot wegbrechender Grenzen in jeglicher Hinsicht, hat nicht zu einem furiosen Ausgreifen des Individuums, zum beherzten und neu ermöglichten Wagen großer Schritte geführt – zumindest nicht in der Sphäre des Privaten. Die wurde um so enger geschnürt, je bedrohlicher die aus den Fugen geratene Welt den Menschen auf sich, die eigene Verantwortung und Potenz, zurückwarf. Der Zusammenbruch des „indoeuropäisch-jüdisch-islamischen Triebkontrollsystems“ (Robert Bly) hat den Menschen nicht zur Mündigkeit befreit, er hat im Gegenteil eine Rückentwicklung in kindliche Verhaltensmuster begünstigt. An die Stelle der vertikalen Orientierung – an Gott, am Mythos, an einer Ältesten-Kultur – ist der horizontale Blick, der stets unsichere Seitenblick und die Macht der *peer group* getreten. Die Resultate beschrieb bereits Alexander Mitscherlich treffend, heute bewahrheiten sie sich in ihrer Maximierung. Durch das Schwinden des Begriffs der Reifung als kollektiv anerkannte und geforderte Entwicklung des Individuums entstehen „Moment-Persönlichkeiten“, die ihre Impulse allein aus der situativen Bedingtheit entlehnen. Der derart angepaßte, „außengeleitete“ Mensch lebt letztlich eine kollektive Neurose – ohne den Ausgleich persönlichen Unbehagens. Denn bequem ist das Verharren in infantilen Rastern allemal. Zeiten des Friedens legen solches Verhalten nah.

Stephan Schlak nennt im *Kursbuch* 154 diesen freiwillig unmündigen Lebensstil im Vergleich mit dem Typus der „unbedingten“ jungen Männer der Vorvätergeneration, vor deren hochgestimmtem Idealismus „nur die letzten Fragen bestanden“ eine „flexible Kultur des Bedingtseins“: „Der Dreißigjährige von heute läuft nicht so sehr Gefahr, daß er sich wie seine unbedingten Vorgänger aus den zwanziger Jahren schuldig macht – sondern schon eher umgekehrt: daß er seine Unschuld nie verliert.“

Ulrich Beck: *Kinder der Freiheit: Wider das Lamento über den Werteverfall*, in: *Kinder der Freiheit* (hrsg. von Ulrich Beck), Frankfurt a.M. 1997.

Panajotis Kondylis: *Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform: die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne*, Weinheim 1991.

Stephan Schlak: *Die Bedingten und die Unbedingten. Die Politik der Dreißigjährigen* in: *Kursbuch*, Heft 154, Dezember 2003, „Die 30jährigen“, S. 62-68.

Dirk A. ist der Prototyp eines „Machers“. Mit achtzehn raus aus dem mütterlichen Nest, mit 28 das fünfte eigene Auto – selbstverständlich in stetig aufsteigenden Kategorien. Studium auf der Überholspur, bereits währenddessen Aufbau einer bald überaus erfolgreichen Selbständigkeit im Sicherheitsbereich. Seit einiger Zeit bekleidet der Vierunddreißigjährige einen hochdotierten Managerposten einer großen Kommunikationsfirma. Privat lebt er das, was Gesellschaftskundler „serielle Monogamie“ nennen, feste Bindungen, die recht regelmäßig im Drei- bis Vierjahresrhythmus abwechseln. Mit Freundin Ina, 35, und wie Frank bewußt kinderlos, hat er zwischen Neujahr und Ostern fünfmal den Kinderfilm „Findet Nemo“ gesehen, zweimal Kino, mittlerweile DVD. „Das ist bei uns zum Kult geworden“, und überhaupt: All Age möchte er solche Konsumgüter genannt haben, die sich doch an Kinder wie Erwachsene gleichermaßen richteten.

Daß die Zahl längst erwachsener Nesthocker im „Hotel Mama“ in den letzten beiden Jahrzehnten rapide angestiegen ist, ist das eine. Planlose Langzeitstudenten und solche, die drei Jahre und länger ohne zeitökonomische Abwägung an ihren Promotionsarbeiten sitzen, gehören längst zum gesellschaftlichen Bild. Sie demonstrieren auffällige Vermeidungshaltungen, mangelnde Entscheidungsfreude und die Unfähigkeit, einen Punkt zu setzen. Aber auch der äußerlich angepaßte, gar erfolgreiche Erwachsene, durchaus veranlagt, sich mit stromlinienförmiger Intelligenz beruflichen Erfordernissen anzupassen, bildet im initiationsfreien Raum der Postmoderne sein kindliches Refugium als Rückzugsmöglichkeit aus. Das fragmentarische Ich nutzt diese regressiven Elemente als Abwehrhaltung und Ort der Schonung in überfordernden Situationen – und seien dies die Lebensumstände allgemein.

Die Neigung zum Kinderfilm, zum Janoschposter und kinderlosen Disneyland-Ausflug wäre dann eine legitime Nische, wenn solch temporäre Hinwendung zum Infantilen mit entspannter Unbeschwertheit, Leichtigkeit und kindlicher Freude einherginge. Allein: die Fähigkeit zum Staunen, die Anlage zur Weiterentwicklung und mentalen Durchdringung des vorgeblich Bestaunten fehlen und sind einem habituellen Unernst gewichen. Der kommt nicht nur im humorlosen Blödel- und *Comedy*-Trend zum Tragen, sondern wirkt sich auch jenseits der Privatsphäre aus. Während eine wenige Jahre währende Adoleszenzphase mit ihrer Neigung zu Albernheit (gibt es eigentlich Untersuchungen über Anrufbeantworter-Moderationen Zwanzig- bis Fünfunddreißigjähriger?) und Renitenz bis hin zur Asozialität keine weitreichenden Folgen für das Wertegerüst einer Gemeinschaft zeitigen kann, so ändert sich das mit dem Anstieg der Summe endlospubertierender Jugendlicher im mittleren Erwachsenenalter. Denn was gebiert die Generation der Infantilen? Im Zweifelsfall: gar nichts.

Dabei gehen – siehe obigen Fall – beruflicher Erfolg und private Regressionstendenzen gern Hand in Hand: Der Zwang zu Mobilität und unbedingter Flexibilität vermag die Ausbildung eines festen Wesenskerns zu hemmen und allgemeine Bindungslosigkeit zu fördern.

Treffend beschreibt Volker Marquardt die Sparte der *New Economy* als Chance, auch ohne Studium und Anzug zum wirtschaftlichen Aufsteiger zu werden – und dabei noch einmal die Jugend zu verlängern: „Genau in dem Alter, in dem wir uns eigentlich für einen festen Job in dieser Wirtschaftswelt hätten entscheiden müssen, bot uns die *New Economy* eine Hintertür. Opa hatte immer vom Ernst des Lebens gesprochen, aber der kam nie. Das Leben blieb ein Kinderspiel.“ Gefragt waren Eigenschaften, die auf der Basis der üblichen Achtziger-Jahre-Sozialisation längst eingeübt waren, das „Netzwerken mit Freunden, das Spielerische, das Flexible und das Funktionieren in instabilen Strukturen ... Alles, was uns vorher als Mangel ausgelegt wurde, zahlte sich nun aus. Unsere Verspieltheit, weil die ganze Wirtschaft eine Spielwiese werden sollte. Unsere Unerfahrenheit, die plötzlich die Quelle für neue Ideen war. Unsere Unstetigkeit, da wir ohnehin jedes halbe Jahr einen neuen Job angeboten bekamen.“

Zeitgleich zu Marquardts launiger und lesenswerter *Lifestyle*-Analyse der breiten Generation Dauerjungendlicher hat der Berliner Argon-Verlag im übrigen die zum Peinlichen tendierenden Alterungsklage des *Spiegel*-Journalisten Reinhard Mohr ediert. Für Lebemann Mohr, 49, und

Volker Marquardt: *Das Wissen der 35-Jährigen. Handbuch fürs Überleben.* Berlin 2003.

immerhin – das macht er zu genüge deutlich – weiterhin mit knackigen Mittzwanzigerinnen zugange, kennzeichnet es einen „skandalösen Tatbestand, nie mehr 20 sein zu können“. Der „lange Weg von der Revolte zum Rentenloch“ ist von keinem Zuwachs an Reife beeinträchtigt. „Zukunft war gestern“ ironisiert Mohr die Lebensuntüchtigkeit seiner Generation.

Reinhard Mohr: *Generation Z oder von der Zustimmung, älter zu werden*, Berlin 2003.

Als Petra M., 24, schwanger wurde, fand sie das „irgendwie so total absurd“. Sie hatte es darauf angelegt, so halbwegs jedenfalls. „Das war eben so eine Art sich auszutesten, wenn es Selbsterfahrung.“ Nach all den Jahren sexueller Betätigung, folgenloser Intimbeziehungen, kam ihr das Resultat „völlig irre“ vor. Die Abtreibung war „krass, klar“, tagelanges Geheul, und selbst nach Wochen noch düstere Abende, wenn sie allein war und nachdachte. „Aber, hey“, meint die Soziologiestudentin mit den Pausbäckchen so schuldbewußt wie kokett, „schau mich doch an, mein Leben, alles – ich bin doch selbst noch ein Kind.“

Die psychologische Fachliteratur nennt „Hemmungsmißbildung“ – oft verbunden mit einem Hang zur Schaulust und dem Hang zu Perversionen – als ein Kennzeichen des psychosexuellen Infantilismus: Wo auf den Trieb statt durch Entsagung oder Sublimierung nur mit rascher Sättigung geantwortet werden kann, werden verantwortungsvolle Liebesbindungen unmöglich. Auch in diesem Zusammenhang stellt sich längst die Frage nach der Notwendigkeit, die hier wie dort obsolet geworden scheint: Seitdem die Pille Sex ohne Folgen garantiert, sind intimste Kontakte voraussetzungs- und konsequenzlos möglich und scheinen für das außengeleitete Individuum geradezu geboten. Sexuellen Erlebnissen mangelt es weithin an Größe und Schicksalhaftigkeit, sie sind zum auswechselbaren Spielzeug nur körperlich Erwachsener geworden. Derart erscheint sexuelle Betätigung als profane Gewohnheit, als rein physisches Bedürfnis und unfruchtbarer Ersatz für einen verlorengegangenen Lebenssinn. Es ist ein vielbeschriebenes Phänomen, daß in unserer Zeit der Allgegenwart des Sexuellen neben der Liebe auch die Lust auf der Strecke bleibt. Wo die Planbarkeit von Kindern nicht nur möglich, sondern nachgerade gefordert ist, ist vom Urgefühl der Zeugungslust erst recht keine Rede.

Apropos Intimbereich: dem fleißigen Saunagänger will sich da noch ein Zusammenhang aufdrängen, der in den Schwitzeinrichtungen seit einiger Zeit nicht mehr nur als exzentrische Mode Einzelner auffällt und von Ottendorf-Okrilla bis Saarbrücken bisweilen als trendiges *must* der Altersgruppe der Sechzehn- bis Sechsunsechzigjährigen auffällt – die Intimrasur, das Offenlegen der Scham, die coiffeurmäßige Zurückversetzung des Genitalsbereiches in einen vorpubertären Zustand.

„Naja, Kinder...“, seufzt Ina C., 32, auch ungefragt, wenn sie mit jungen Müttern zusammentrifft: „Dazu müßte man erstmal den richtigen Mann finden...“ Das Glück, das die schlanke Werbefachfrau mit dem Püppchengesicht bei Männern hat, hält sich mit dem Pech die Waage. Ally McBeal galt Ina vor einigen Jahren als Kultursendung und Katja Kullmanns Buch über die „Generation Ally“ las sie mit großer Zustimmung: „Schon erstaunlich, daß ich fast jede Seite dort abhaken konnte und dachte: die beschreibt ja mich!“ Ähnlich fasziniert ist sie vom Pro7-Schlager „Sex and the City“, und kürzlich hatte Freundin und Schicksalsgenossin Biggi, 33, zu einem genüßlichen „Bridget-Jones“-Fernsehabend geladen.

Die pikanten Großstadtgeschichten – TV-Marktanteil regelmäßig etwa 13 Prozent –, die sich vor allem um die kurzweiligen Amouren vierer halbneurotischer Frauen um die 35 drehen, wirken offenbar im hohen Maße identitätsstiftend. Das tragische Dilemma der emanzipierten Frau in der Postmoderne wird hier durch selbstironischen Zweckoptimismus abgefedert. Wir hatten doch beide unseren Spaß, und andere Mütter haben doch auch nette Söhne: so machen die amerikanischen Erfolgsweiber sich Mut, nachdem der mutmaßliche Hauptgewinn in der Männerlotterie sich nach einer Nacht – mit all ihren unangemessenen Intimitäten und programmatischer Entsagungslosigkeit – nicht mehr meldet oder rasch als lebensuntaugliche Niete herausstellt. Das Muster ist so variantenarm, daß es langweilig werden könnte:

1. Phase: Dominanz des lässigen Äußeren mit sämtlichen Accessoires moderner Angesehtheit: der *Poseur*.

2. Phase: entweder Erkenntnis, daß es bei der einen Nacht bleiben sollte oder die überraschende Einsicht in den „weichen Kern“ des begehrten Mannes: Bindungsproblematik, Kindheitstrauma, allgemeine Versagensängste.

3. Phase: der eben Erwählte erweist sich als Kind, und gerade das wollte man ja nicht haben- oder doch, aber dann mit einem Mann als Vater, bitteschön. Robert Bly, dessen Buch *Eisenhans* in den neunziger Jahren zur Kultfibel einer neuen Männerbewegung avancierte, bringt das Dilemma in seiner Infantilismusdiagnose auf den Punkt: „Da es immer weniger erwachsene Männer gibt, werden immer mehr Töchter ohne Gegenwart eines erwachsenen Mannes groß, daher wählen sie Partner, die keinem Beispiel der Reife entsprechen.“ Für Ina jedenfalls ist nach Jahren des Sich-verschenkens an Blender die Männerpirsch zur Qual geworden.

Bindungsunfähigkeit – seit 1960 ist die Zahl der Single-Haushalte um 500 Prozent angewachsen, um nur eine Zahl zu nennen und den bekannten Anstieg der Scheidungsquoten einmal außer acht zu lassen – ist ein Produkt der vaterlosen Gesellschaft. Vaterlosigkeit und Bindungsscheu sind Ursachen und Resultate des Infantilismus zugleich.

Die selbstgewählte Kinderlosigkeit – und dabei ist es beinahe ein Gemeinplatz, darauf hinzuweisen, daß unser Staat mit Schröder und Fischer von zwei Männern geführt wird, die auf insgesamt acht Ehen gänzlich ohne Nachkommen zurückblicken – ist nur eines, aber ein gewichtiges und folgenreiches Kennzeichen der infantilen Gesellschaft. Vor allem tut sich hier wiederum, im Verbund mit der noch zu beschreibenden „Vaterlosigkeit“, ein Kreislauf auf: Elternlos aufgezogene Rhesusaffen, so zeigt es der Tierversuch, zeigen später kein Zeugungsverhalten. Nur der Kinderlose kann – und muß, wenn er sich dem Seitenblick aussetzt – die zwanghafte Zwanglosigkeit der infantilen Gesellschaft durchhalten: Mobilität bis zum modernen Nomadentum, Spontaneität bis zur Orientierungslosigkeit, Dauerspaß bis zum Überdruß. Eine Einübung von „Triebaufschub, Askese verschiedener

Härte – und das ist Kultur – ist für ein alleinlebendes Wesen undenkbar, weil sie unnötig wäre“, schrieb Alexander Mitscherlich. Und also: „Wer keine Kinder hat, hat auch kein existentielles Interesse an der Zukunft“ (Norbert Bolz).

Die beiden Kinder von Heike und Gerhard G. sind fast erwachsen. „Und das ist gut so“, meint Heike, da bleibe endlich mehr Zeit für eigene Interessen. Einigermaßen hingebungsvoll sammelt das Ehepaar nun Trucks. Legionen dieser Plastik-LKW, die Markenartikelhersteller seit zwei, drei Jahren als Zugabe und Werbemittel ihren dadurch leicht verteuerten Großpackungen beilegen, schmücken die Wohnung. Auf den zwei Fernsehern, am Badewannenrand, im Küchenregal: Überall Brummis mit Markenlogo. „Zweiundfünfzig sind es seit heute Nachmittag“, zählt Gerhard, Bankkaufmann, vor: „Das macht schon höllischen Spaß. Mußt dich mal im Internet umschauen – da gibt’s nen riesigen Markt für die Dinger.“ Kindisch sei das keinesfalls. Auf den entsprechenden Tauschbörsen in kleinstädtischen Bürgerhäusern würden Erwachsene deutlich überwiegen.

Daß generell die Formensprache der Produktwelt einen Hang zum Kindlichen widerspiegelt, daß Design allenthalben die gefällige Rundung dem rechten Winkel vorzieht, Werbeslogans längst nicht mehr auf Seriosi-

Robert Bly: *Eisenhans*
– Ein Buch über Männer,
zuletzt: München 1995.



Kindheit, ungetrübt: Die kleine Abreuleserin, Gemälde von Hugo Salmson

tät setzen, ist das eine. Das andere ist der Aufstieg der Marke zum Identitätsfaktor, zu Heimat und Idol.

Ob Sesamstraßen-Poster oder Barbapapa-Bettwäsche: erreicht wird ein wenn auch oberflächlicher Rückzug ins Überschaubare, eine wärmende Erinnerung an die Zeit, als man selbst noch Kind war und liebevoll umsorgt. Deutlich wird diese Art nostalgischer Sehnsucht auch in den zahlreichen, nicht geschichtlich orientierten Retro-Formaten der Fernsehsender. In Diskotheken mit älterer Zielgruppe überwiegen im Musikangebot die Remakes und Coverversionen: *Depeche Mode*, *The Smiths*, *Cock Robin* – wie damals, Mitte der Achtziger, als die Welt noch kleiner schien und leichter zu überblicken.

Zahlen über volljährige Konsumenten von Babynahrung – von deren matschigen Derivaten via Schnellimbiss gar nicht zu reden – liegen nicht vor, aber eigene Beobachtungen über Ernährungsgewohnheiten bestätigen, was der Psychoanalytiker Eduard-Peter Koch anlässlich des Anblicks Hipp-Gläschen löffelnder Erwachsener konstatiert: Sie ergäben via „Babykost und einer angepaßten Meinung“ ein göltiges Abbild einer Gesellschaft, der „der autonome Biß längst abhanden gekommen ist.“

Das ewige Kind: was in Wahrheit nur die Konsequenz des durch sämtliche Instanzen „freigelassenen“ Menschliche ist, möchten Linke lieber unter umgekehrten Vorzeichen interpretieren. „Der moderne Kapitalismus“, stellt Thomas Rothschild fest, „braucht Menschen, die stets erneut nach einer raschen Befriedigung durch Konsum gieren. Deshalb müssen sie zurückversetzt werden in den Zustand von Kindern, die noch nicht gelernt haben, Frustration zu tolerieren.“ So weit, so klar. Natürlich werden in durchliberalisierten Sozialformen Techniken des Triebverzichts nicht mehr eingeübt – es besteht keine Notwendigkeit.

Die utopiebesessene Linke geht freilich noch weiter. Das macht ihr Glauben an den eigentlich mündigen Menschen, der heute durch Großkonzerne und Unterhaltungsindustrie seiner Mündigkeit entledigt werde. Infantil sei deshalb auch, so Rothschild, die Sehnsucht der Konservativen nach einem starken Staat, nach Ritualen und verbindlichen Orientierungsregeln, wie auch die affirmative Lektüre von Botho Strauß, Armin Mohler und Ernst Jünger den Menschen in seiner selbstgewählten Unreife kennzeichneten. Im Leiden am von noch bestehenden hierarchisch-patriarchalen Strukturen befangenen Menschen denn – so sieht das die marxistische Linke – wird derart der Gärtner zum Bock gemacht.

Thomas Rothschild: *Relax and Enjoy. Die totale Infantilisierung*, Wien 1995.

Helmut K. ist Schriftsteller, der von seinem Beruf gut leben kann. Inspirierte Phasen werden jedoch mit zunehmendem Alter seltener, und so verbringt er beträchtliche Teile seiner Freizeit gemeinsam mit seiner Frau Beatrice an der Play-Station. Beatrice, vierzigjährig wie ihr Gatte, tüfelt oft stundenlang an neuen „Lara-Croft-Levels“. K., erklärter Mütter- und Kinder-Feind, gibt in seinem „Tagebuch des März 2003“ auch zu, daß das Alter ihn zunehmend „animistischer“ mache: Da gibt es schon mal eine zärtliche Kommunikation mit dem PC-Gehäuse, oder das neue Buch mit dem Lesebändchen wird gewiegt „wie ein Baby mit Nabelschnur“. Ebenfalls in seinen Tagebüchern schrieb K. gelegentlich von der Verachtung, die er seinen Eltern gegenüber empfindet. Für ihn ist der Vater längst gestorben. Auch das ist bezeichnend.

Das Verhältnis von Kindern zu ihren Eltern ist naturgegeben ein ambivalentes. Vom Dilemma des adoleszenten Jugendlichen sprechen Mythologie, Soziologie und die Psychoanalyse. Anstelle der Wechselwirkung von Vaterhaß und Vaterverehrung ist heute weitgehend die Verachtung des Vaters geblieben – wenn er nicht völlig fehlt, wie immer häufiger in der längst vollgültigen Lebensoption der alleinerziehenden Mutter. Und welche Mutter hat heute noch Vorbildfunktion?

Predigten die Großeltern noch, daß „alles seinen Preis“ habe und daß man nur „auf einer Hochzeit“ tanzen könne, lautete das einzige Gebot der Eltern, selbst noch aufgewachsen in einer normierten Gesellschaft: „Mach, was du willst“. Durch diese erzieherische Schonkost, so Volker Marquardt, beginne die endlose Suche – das Leben im Nie-angekommen-sein.

Eine „ödipale Mauer“ (Bly) als Probe des Sohnes an der Schwelle zum Erwachsenenalter ist nicht mehr in Sicht. Macht und Autorität des Vaters

Ellen Kositzka: *Die Auflösung der Geschlechter*, in: *Junge Freiheit* vom 20. Juli 2001.

haben sich längst aufgelöst. Das ist natürlich auch dem Kapitalismus geschuldet, der den Mann zum Lohnsklaven und Konsumenten machte, Wohn- und Arbeitsplatz voneinander trennte, dem Mann austauschbare Aufgaben als Rädchen im Getriebe in Verwaltung oder Fließbandfertigung zuwies. Durch die Loslösung von traditionell männlichen Aufgaben wurde der Mann, somit genuin funktionslos geworden, auf fatale Weise domestiziert (der „Pantoffelheld“, wie ihn eindrucksvoll und immerhin mit positiver Prognose die Vaterfigur im „Wunder von Bern“ darstellte) und seiner Vorbildrolle für den Sohn ledig. Das ist die eine Seite. Dazu kommt eine Entwicklung, die der Psychologe Mitscherlich selbst unterstützt hatte: Die Generalverurteilung der Väter jener Generation, für die er schrieb, die Auslöschung des Vaters als tragenden Teil der Kriegsgeneration. Schuld tötet, weiß der Psychologe, und abgesehen von einer rein utopisch wünschbaren „Entfaltung der integrativen Vernunft“, stellte sich für ihn keine Alternative zu solch einem „mythischen Vatermord“ dar. Über den Vatermord sind wir hinaus: längst hat sich der Vater selbst abgebaut. Wo es an väterlichen Vorbildern mangelt, wo auch Pädagogen, die heutigen „Ersatzväter“, nicht als respektgebietende Mentoren, sondern als autoritätslose Beziehungs- und Kommunikationsmoderatoren agieren, bleiben die Söhne klein.

Malin Schwerdtfeger: *Wir Nutellakinder*, in: *Kursbuch*, Heft 154, Dezember 2003, „Die 30jährigen“, S. 42–49.

Die junge Schriftstellerin Malin Schwerdtfeger hat zuletzt dieses Phänomen und psychologische Schema helllichtig und glasklar in ihrem *Kursbuch*-Aufsatz „Wir Nutellakinder“ beschrieben: Die Nachkriegsgeneration wollte das „schmutzige Erbe“ der Eltern ausschlagen. Zwar nahmen sie es „letztendlich doch an – nachdem sie erst abgerechnet hatten, waren sie dann doch wieder bereit, sich auszurechnen, daß es sich mit dem Geld und den Traditionen der Eltern gar nicht so schlecht leben ließ (...) Aber nun gab es eine Scheu, das Erbe weiterzugeben, denn das Erbe war ja eigentlich schmutzig, genau das hatten sie ihren Eltern ja einst vor den Bug geknallt. Und da war noch eine Scheu: die Scheu, Erwartungen in die eigenen Kinder zu setzen, denn gegen diese Art von Erwartungen hatten sie sich doch gerade erst bis aufs Blut gewehrt.“ Schwerdtfegers Fazit über diese Generation ohne Vergangenheit und Zukunft, die Generation der heute Dreißigjährigen: spätentwickelt und gleichzeitig frühvergeist.

Robert Bly: *Die kindliche Gesellschaft. Über die Weigerung, erwachsen zu werden*, München 1997.

Das Problem mit Schuldgefühl und Sühnebedürfnis als moralischem Überbau der entväterlichten Gesellschaft aber ist eines der gesamten westlichen Welt. Postman und Bly sind nicht die einzigen, die deutlich auf die auch in dieser Hinsicht fatale Auswirkung der TV-Massenkultur hingewiesen haben: Die reißerischen Bilder des Elends der Welt im allgemeinen, von Katastrophenmeldungen im besonderen sowie die Unzahl an *Talkshows*, die den Menschen in seiner niedrigsten Form der Entblößung zeigen, können nicht anders als dem Zuschauer ein Bild der absoluten Ehrlosigkeit des Menschlichen vermitteln. Wer, selbst wenn die eigene Unschuld längst verloren ist, würde angesichts solcher Schwemme an adulter Würdelosigkeit nicht lieber Kind bleiben?

Das Phänomen der *political correctness*, das im letzten Jahrzehnt die westliche Welt geprägt hat, ist ebenfalls ein deutliches Symptom. Die Sprache der Väter wird als unrecht und mit Schuld behaftet empfunden und folglich erneuert – mittels eines Rasters von Ausweichmanövern, das eindeutige Zuweisungen stets scheut und diese Vermeidungshaltung zum System erklärt. Auch das ist infantil.

Ralf, 37, inseriert auf den Kontaktseiten eines szenigen Stadtmagazins: *Kleiner Bär sucht Tiger! Uuups, schon Mitte Dreißig – steht jedenfalls in meinem Paß, aber soll ich dem trauen? – und noch immer ohne weibliches Pendant? Wenn Du, ebenfalls junggebliebene 30+ –, möglichst nicht unter 1,75, einen lieben Wirrkopf mit all seinen Widersprüchen und nie abgelegten Widerspruchsgeist zu ertragen – zu schätzen?!? – vermagst und außerdem Spaß hast an abendlichen Inline-Runden, Fantasy (und vielleicht auch mein Faible für Comics teilen oder akzeptieren kannst...), dann gib Dir einen Ruck, trau Dich und sende mir eine SMS an...*

Die längst nicht mehr faltenfreien Beamtin, die in der Amtsstube waltet und Urkunden ausstellt, in der Nase ein Ring, auf den Fingernägeln Straßsteinchen und aufgeklebte Herzchen oder der vierzigjährige Filialleiter in *Cargo-Pants* und bedrucktem *T-Shirt* über langärmeligen

Pullover: Solche Bilder via *Dresscode* krampfhaft eingefrorener Jugendlichkeit sind zu alltäglichen Eindrücken geworden. Als *Zisvestismus* beschrieb Magnus Hirschfeld seinerzeit eine Erscheinungsform des pathogenen Infantilismus, symptomatisch gefaßt als Neigung zum Tragen von Kinderkleidung im Erwachsenenalter. Diese Störung, beobachtete er, gehe regelmäßig einher mit einer Beibehaltung der seelischen Art des Kindes, teilweise hin bis zu einer „gewissen Verwandtschaft zu leichten Graden des Schwachsinn.“ Erntet die Gymnasiallehrerin, die im T-Shirt mit fettem Aufdruck „Zicke“ vor ihre Klasse tritt, positive Aufnahme oder ein mildes Lächeln? Wies es die Psychoanalyse noch als gängige Entwicklung nach, daß Kinder das Vorbild ihrer Eltern verinnerlichten und nachahmten, so zeigt sich dieser Vorgang heute in seiner Umkehrung. Wo bürgerliche Familien im Kaiserreich Herrenanzüge in Kindergröße für den Nachwuchs – den „kleinen Erwachsenen“ – maßschneidern ließen, da adaptiert die kindliche Gesellschaft Modeströmungen und – zwänge ihrer jugendlichen Kinder.

Nun könnte man rein quantitativ argumentieren: Wenn die Lebenserwartung im letzten halben Jahrhundert um über 15 Jahre angestiegen ist, mag es eben eine verlängerte Spanne der Jugend geben. Allein: Jugendwahn und Infantilismus sprengen die überlieferten Altersgrenzen bei weitem. Die Umstände erlauben, Reifungsprozesse allenthalben zu vermeiden. Frühvergreiste Jugendliche stellen Ansprüche, die einem Rentner zukämen, Sechzigjährige lassen chirurgische Hautstraffungen vornehmen, während Sechsjährige im Kindergarten halbwissend „Internationaler Terrorist“ spielen und Vierzehnjährige in der *Bild* ihre zahlreichen Männergeschichten referieren. Bände spricht die Kindersendung *Radio Kakadu* des ansonsten eher infantilismusunverdächtigen *Deutschlandradio Berlin* über das Unvermögen, Kindgerechtes von Unterhaltungsbedürfnissen Erwachsener zu unterscheiden: Für Grundschulkindern, die die Zielgruppe sein dürften, ist ein annäherndes Verständnis der überdrehten Albernheiten nur unter Moderation eines mithörenden Erwachsenen möglich. Wie soll erwachsen werden, wer nie als Kind verstanden wurde?

Wenn die siebzehnjährige Chiara, Tochter der mondänen *Benefiz-Lady* Ute Ohoven, ihre Lippen mit Silikon zu annähernder Schlauchbootgröße aufspritzen läßt, dann ist das als Signal in zwei Richtungen zu deuten, die gleichermaßen fatal sind und die des Mädchens altersgemäßen Status als Heranwachsende leugnen: Das Kindchenschema mit einem gierigen Mund, der nach Sättigung durch die Mutterbrust heischt wird ebenso suggeriert, wie die ebenso unangemessene Verheißung sexueller Befriedigungsbereitschaft.

Der Wunsch Mitscherlichs, daß das Faktum der Vaterlosigkeit nicht mehr als lähmender Schrecken wirke, daß es letztlich zur Reifung des Menschen führe – diese Hoffnung auf und der Glaube an Emanzipation findet keine Begründung in der Gegenwart.



Ritueller Übergang ins Erwachsenenendasein: Maskierter Eskimo bei Initiationsfeier, um 1900

Alexander Mitscherlich: *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie*, zuletzt Weinheim 2003.

Der Fall Konrad Löw

von Christian Vollradt

Die zweite Ausgabe des diesjährigen Deutschland Archiv (DA) war gerade erschienen, da erreichte die Abonnenten der Zeitschrift ein Brief, der in Inhalt und Wortwahl beispiellos ist. Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), und der Bertelsmann-Verlag, Herausgeber des DA, distanzieren sich „aufs Schärfste“ von einem im besagten Heft enthaltenen Beitrag aus der Feder des emeritierten Bayreuther Politikwissenschaftlers Konrad Löw. Die Veröffentlichung des Artikels sei mit dem Selbstverständnis der BpB und des Verlags „nicht vereinbar“ und desavouiere deren Arbeit. Die Verfasser des Briefes, Jürgen Faulenbach, für die BpB verantwortlich im Bereich *Print*, und Manfred Eigemeier vom Bertelsmann-Verlag, gaben am Schluß des Schreibens weiter bekannt, daß der Rest der Auflage des Heftes „makuliert“ – sprich eingestampft – werde.

Löw hatte in seinem „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte“ betitelten Aufsatz zunächst Betrachtungen über verschiedene historische Einflüsse auf das Grundgesetz angestellt und den „rechtsphilosophischen Mentalitätswandel“ beschrieben, dem die Verfassung ausgesetzt ist. Daran anschließend widmet er sich der öffentlichen Wahrnehmung der nationalsozialistischen Vergangenheit, insbesondere der Judenverfolgung, und kam zu dem Ergebnis, daß dabei immer noch Versatzstücke eines Kollektivschuldvorwurfs wirksam seien. Durch Zitate, insbesondere aus jüdischen Erlebnisberichten, führt er Gegenargumente an und kam zu der Folgerung: „Wir dürfen nicht zögern, die Verbrechen des NS-Regimes als wichtigen Teil der deutschen Geschichte, der deutschen Identität zu bekennen. Aber wir sollten jenen entgegentreten, die allgemein von deutscher Schuld sprechen, wenn damit gemeint ist, daß die große Mehrheit der damals lebenden Deut-

schen mitschuldig gewesen sei an einem der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte. Ein solcher Vorwurf ist ungeheuerlich, wenn er nicht bewiesen wird.“

Obwohl nicht in Erfahrung zu bringen war, ob sich tatsächlich Leser des Artikels „verunglimpft“ fühlten, wie es im Schreiben der Bundeszentrale heißt, baten Faulenbach und Eigemeier als Mitglieder des Redaktionsbeirates, der „von der geplanten Veröffentlichung“ keine Kenntnis hatte, um Entschuldigung. Auch der verantwortliche Redakteur Marc-Dietrich Ohse wandte sich anschließend in einem gesonderten Schreiben exkulpierend an „alle Betroffenen“. Unter welchem Druck er dabei gestanden haben muß, wird aus seiner geradezu ins Bizarre gesteigerten Formulierung deutlich, wenn er „alle Opfer der nationalsozialistischen Diktatur um Entschuldigung“ bittet.

Nach Informationen der *Frankfurter Rundschau* brachten Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung den Stein ins Rollen, die nach Erscheinen des Heftes ihren im Urlaub weilenden Präsidenten Thomas Krüger (SPD) mit den vermeintlich skandalösen Formulierungen Löws konfrontierten. Der entschied daraufhin, die „Sache offensiv anzugehen“ und veranlaßte die weiteren Schritte.

Hieß es im Schreiben der Bundeszentrale für politische Bildung noch, Löw vertrete „Ansichten zum Antisemitismus im 20. Jahrhundert in Deutschland“, die unververtretbar seien, machten kurze Zeit später einige Zeitungsmeldungen daraus schon einen „judenfeindlichen Aufsatz“ (*Frankfurter Rundschau*), „unverholene(n) Antisemitismus“ (*Süddeutsche Zeitung*) oder eine „Ansammlung antijüdischer Klischees“ (*Die Welt*). Mittels aus dem Zusammenhang gerissener Zitate sollen dann die in den reißerischen Überschriften enthaltenen Vorwürfe belegt

werden. Sven Felix Kellerhoff behauptete in der *Welt*, Löw präsentiere „die beliebten Klischees“ über Juden in der Weimarer Republik. Vom „jüdischen Einfluß“ schreibt Löw allerdings nur als Zitat und im übrigen mit positiver Konnotation. Ebenso infam ist Kellerhoffs Unterstellung, Löw wärme die These von der „jüdischen Kriegserklärung 1933“ wieder auf. Denn wörtlich heißt die inkriminierte Stelle: „Der Boykott jüdischer Einrichtungen am 1. April 1933 wurde als Gegenboykott deklariert und gerechtfertigt“; von den Nationalsozialisten nämlich, ging diese „Rechtfertigung“ aus und Löw beschreibt dies, ohne das Vorgehen seinerseits etwa zu rechtfertigen.

Auch die Löw von Frank Ebbinghaus in der *Süddeutschen Zeitung* unterstellte Behauptung, er halte die Deutschen für „von Natur aus besser“ als sie die Historiker machten, er erkläre die Deutschen für „kollektiv unschuldig“, entbehrt jeder Grundlage im Text des Aufsatzes. Denn darin betont Löw ja gerade, er beabsichtige mit seinen Ausführungen keine „Rettung der deutschen Ehre um jeden Preis“. Einer verdrehten Wiedergabe bedient sich auch Karl-Heinz Baum in der *Frankfurter Rundschau*. Nicht Konrad Löw hält die Deutschen etwa für „weit mehr Opfer als Täter“, sondern er zitiert diese Feststellung als eine damals verbreitete Gefühlslage der Deutschen unmittelbar nach Kriegsende.

Konrad Löw trafen die Aufregung von Bundeszentrale und Bertelsmann-Verlags und deren mediales Nachspiel ohne Vorwarnung. Sich mit ihm in Verbindung zu setzen, hielt man seitens der Verantwortlichen beim *Deutschland Archiv* offensichtlich nicht für notwendig. Die Vehemenz ihrer Reaktion mußte ihm um so unverständlicher erscheinen, als er seinen Text noch am 5. März 2003 auf der Jahresversammlung der Gesellschaft für Deutschlandforschung in Berlin referiert und dafür von den Zuhörern Beifall erhalten hatte.

DA-Redakteur Ohse betonte gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*, Löws Aufsatz sei nicht bestellt worden und hätte nicht abgedruckt werden dürfen. Er selbst habe das „falsch eingeschätzt“. Dabei verschwie er, daß er selbst den Artikel für das DA redigiert und Änderungen im Manuskript des Vortrags in Absprache mit Löw vorgenommen hatte. An der jetzt von ihm öffentlich monierten „relativierende(n) Geschichtsbeurteilung“ Löws scheint Ohse also zunächst keinen Anstoß genommen zu haben. In seinem Schreiben an die Abonnenten betrachtete Ohse nun die „unkommentierte Veröffentlichung“ als dem Grundsatz der Redaktion zuwiderlaufend, da dadurch das Bemühen um historisch-politische „Aufklärung“ konterkariert werde. Warum ihm als promovierten Historiker dieser angebliche Widerspruch zu den „Intentionen der Redaktion“ erst nach Erscheinen des Heftes auffiel, verrät Ohses Schreiben nicht. Offensichtlich war seine Distanzierung samt Verleugnung der eigenen redigierenden Tätigkeit an Löws Beitrag der einzige Weg, seine Entlassung abzuwenden, die nach Presseinformationen seitens der

Bundeszentrale bereits erwogen worden war. Daß er in seinem Schreiben noch erwähnt, das *Deutschland Archiv* habe im Verlauf der sogenannten „Hohmann-Affäre“ deutlich gegen jeden „Versuch der Geschichtsklitterung“ Stellung bezogen, deutet darauf hin, welches Menetekel an der Wand stand. Wer in den Ruch gerät, einem irgendwie gearteten „Revisionismus“ das Wort zu reden, dessen wissenschaftliche Karriere ist beendet.

Offenkundig ist, daß Herausgeber und Redaktion nach der Vernichtung der Restauflage von Ausgabe 2/04 eine weitere öffentliche Auseinandersetzung mit ihrer einmaligen Vorgehensweise unterbinden wollen. Dem brüskierten Professor Löw wurde mitgeteilt, daß er künftig nie wieder im DA veröffentlichen dürfe, und damit scheint in den Augen der Verantwortlichen der Fall erledigt zu sein. Die Internetseite des *Deutschland Archiv* listet zwar noch das Inhaltsverzeichnis der makulierten Ausgabe auf, allerdings versehen mit der spärlichen „Anmerkung des Verlags“, das Heft 2/04 sei „nicht mehr lieferbar“. Ein Hinweis auf den Grund fehlt.

In der inzwischen erschienenen neuen Ausgabe des *Deutschland Archiv* (3/04) ist der gesamte Vorgang weder im Editorial des Redakteurs erwähnt, noch findet sich darin eine erneute Stellungnahme des Redaktionsbeirates oder der Herausgeber. Enthalten ist jedoch der bereits im Distanzierungsschreiben der Bundeszentrale angekündigte Beitrag des Leiters des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, Wolfgang Benz, der sozusagen das nötige Antiserum liefern soll. Benz erwähnt in seinem Beitrag über „Die Juden und die nationale Identität“ den Aufsatz Konrad Löws lediglich in einer Fußnote als „jüngste(s) Exempel eines mißglückten patriotischen Projekts“, das den Anlaß für seine eigenen – korrigierenden – Ausführungen bot. Daß Benz in seiner Darstellung den Antisemitismus als gesellschaftliches Kontinuum betont und die These einer deutsch-jüdischen Symbiose in der Weimarer Republik verwirft, ist im Rahmen einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung vollkommen legitim. Jedoch unterstellt er bei Löw „zweifelhafte Absichten“, und dies ist vor allem deshalb unanständig, weil Benz am Ende seiner Ausführungen aktuelle „antisemitische Stereotype“ anführt, etwa die von der jüdischen Verantwortung für Antisemitismus, oder die Forderung nach einem Ende der „Erinnerung des nationalsozialistischen Völkermords“. Nach Löws eigenen Worten bildet der Nationalsozialismus ein „wesentliches Element deutscher Identität“, und die Forderung nach mehr nationalem Stolz begründet er eben gerade nicht mit dem Verdrängen dieses Elements. Vielmehr sollte, so Löw, das „offene, nachdrückliche Bekenntnis zu den dunkelsten Seiten der deutschen Geschichte“ als Teil einer „positiven deutschen Identität“ verstanden werden.

Der eigentliche Skandal liegt ohnehin nicht etwa in einer kritischen Entgegnung auf den Beitrag über die „Deutsche Identität in Verfas-



sung und Geschichte“, sondern in der Vernichtung der Ausgabe des *Deutschland Archiv* auf Geheiß einer staatlichen – dem Bundesinnenministerium unterstellten – Institution und im schäbigen Umgang mit einem renommierten Wissenschaftler, der über Jahre hinweg immer wieder im DA publiziert hatte. Daß Löw sich bei diesem Vorgehen an Zensurmaßnahmen und Büchervernichtungen diktatorischer Regime erinnert fühlt, ist nur zu verständlich.

Unterdessen begründen die Herausgeber des DA die Makulierung der Auflage damit, daß man angesichts ihrer Distanzierung von diesem Beitrag eine Möglichkeit der Nachbestellung des Heftes nicht weiter offen halten könne; man sei zudem durch eine „Nachbestellungsflut aus bestimmten Ecken“ in dieser Haltung bestätigt worden, ließen sie die *Neue Zürcher Zeitung* wissen.

Konrad Löw blieb nur die Möglichkeit, sich mit Richtigstellungen an die entsprechenden Zeitungen zu wenden, die zuvor verzerrende Darstellungen geliefert hatten; außer von Seiten der Chefredaktion der *Welt* blieben positive Reaktionen auf sein Ansinnen aus. Gegen die Bundeszentrale für politische Bildung beantragte Löw Dienstaufsichtsbeschwerde beim Bundesinnenminister. Das Vorgehen der Behörde, „verletzt meine Rechte aus Art. 5 Grundgesetz und dem Ehrenschatz des Zivilrechts. Es ist geeignet, meine Reputation als Wissenschaftler zu zerstören. Mein Aufsatz/Vortrag enthält keine Aussage, die auch nur im entferntesten als verfassungsfeindlich oder strafrechtlich relevant angesehen werden könnte. Die Ausarbeitung wurde zudem vor Veröffentlichung vom zuständigen Redakteur sehr sorgfältig gelesen, was anhand der Korrekturfahnen nachgewiesen werden kann.“, so Löw in seinem Schreiben an Otto Schily.

Das *Deutschland Archiv* – Ende der sechziger Jahre aus dem „SBZ-Archiv“ als publi-

zistisches Forum für DDR- und Deutschlandforschung hervorgegangen – war bis Dezember 2002 von einer in Köln ansässigen Redaktion betreut worden, bevor mit dem Verlag auch die Redaktionsbesetzung wechselte. Seitdem wird das DA vom Bertelsmann-Verlag „im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung“ herausgegeben, allein verantwortlicher Redakteur ist Ohse, dem jedoch ein Beirat zur Seite gestellt wurde. Ihm gehören neben den bereits erwähnten Vertretern der Bundeszentrale und des Verlags noch ehemalige Redakteure und langjährige Mitarbeiter des DA an. Nach dem „Fall Löw“ soll dieses Gremium jetzt vor dem Druck einer neuen Ausgabe zusammentreten, um künftige „Distanzierungen“ zu vermeiden.

Der seit 2002 amtierende BpB-Präsident Thomas Krüger, der zuvor für die SPD als Jungensensor von Berlin fungierte und dann im Bundestag saß, wollte mit seinem rigiden Vorgehen offensichtlich seine Bemühungen untermauern, den unter Linken verdächtigen Stallgeruch seiner Behörde loszuwerden. Denn die 1952 gegründete Bundeszentrale für Heimatdienst (wie sie vor ihrer Umbenennung hieß) galt in „progressiven“ Kreisen lange als Hort revan-chistischer Antikommunisten, die mittels dieser Institution die *Re-education* der Alliierten hintertreiben wollten. Das alte Mißtrauen gegen die BpB flammte unter Krügers Vorgänger Günter Reichert noch einmal auf, den man als von Helmut Kohl protegierten „erkonservativen CDU-Mann“ identifizierte, und der „neurechten Denkern“ ein Publikationsforum geboten habe, so die Kölner Politologin Gudrun Hentges.

Die Schwerpunktsetzung seines Nachfolgers Krüger verdeutlichen dagegen eigens eingerichtete Projektgruppen zu den Themen „Rechtsextremismus“ und „Migration“.

Der „Fall Löw“ veranschaulicht auf drastische Weise, wie stark immer noch von offizieller Seite das Bedürfnis nach kanonisierter Geschichtsschreibung vorherrscht, die sich „in den Dienst einer Selbstdiskriminierung“ (Hellmut Diwald) der Deutschen zu stellen hat. Anstatt kontroverse Meinungen zu Wort kommen zu lassen, wird unterbunden, was man für mißliebig erachtet. Und das von einer Institution wie der BpB, deren gesetzliche Aufgabenstellung darin besteht, „Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern“. Während des Historikerstreits von 1986 charakterisierte Klaus Hildebrand solche Vorgehensweise als die Behauptung einer „intellektuellen Vormachtstellung, die auf Differenzierungen keinen Wert legt, sondern grob an einem Geschichtsbild festhält, das den langen Schatten des Dritten Reiches als uniforme Folie für die Handhabung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft benutzt“. Vorstehendes Zitat wurde der *Welt*, entnommen, die wie der große Rest der bürgerlichen Medien den einstmals beklagten Paradigmenwechsel längst nachvollzogen hat. Das beweist auch die Berichterstattung zum „Fall Löw“.

Kein Fall Fritjof Meyer

von Olaf Rose

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges erfuhr man in Lexika über Auschwitz (poln.: Oswiecim) nur, daß es sich um eine galizische Kleinstadt am Einfluß der Sola in die Weichsel handelt, mit einem Knotenpunkt an der Nordbahnlinie Wien-Krakau, einem Bezirksgericht, einem Hauptzollamt und einem Zinkwalzwerk. Auffallend war vielleicht, daß es mehr als 50 Prozent jüdische Bewohner beherbergte.

Nach den polnischen Teilungen war es Österreich zugeschlagen worden. Für die Soldaten der K.u.K.-Armee hatte man am Stadtrand zu beiden Seiten einer langen Pappelallee eine Reihe roter Backstein-Kasernen errichtet. Im Zweiten Weltkrieg geriet Auschwitz erneut unter deutsche Herrschaft. Unter Verwendung der ehemaligen Kasernengebäude wurde dort ein Konzentrationslager eingerichtet, auch Arbeitslager für die nahegelegene kriegswichtige Industrie geheißen. Im Juli 1944 betrug die Gesamtzahl der im Stamm- und in allen Nebenlagern festgehaltenen Gefangenen 155168 Personen.

Ende Januar 1945 eroberte die Sowjetarmee das Gelände, nutzte das Lager noch eine Weile für ihre deutschen Gefangenen und löste es dann auf. Die Welt nahm von der erneuten Rückkehr des Städtchens nach Polen zunächst kaum Notiz. Obwohl man „nur“ einige Tausend Sieche fand – die anderen Gefangenen waren in so genannten Hungermärschen kurz vor Auflösung des Lagers von den Wachmannschaften herausgetrieben worden – zählten die Sowjets jedoch in Auschwitz vier Millionen Ermordeter. Dieser Umstand nun machte Auschwitz zur Metapher des absolut und unvorstellbar Bösen, die Opferzahl wurde für eine Zeit lang kanonisch.

Im Mai 2002 erschien sehr zum Erstaunen einiger Hundert Osteuropahistoriker und -politologen in der Zeitschrift *Osteuropa* ein Artikel von Fritjof Meyer: *Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde*. Einen besonderen Anlaß für die Veröffentlichung gab es nicht: Es stand kein Jahrestag an, auch wurden keine wissenschaftliche Kontroverse und keine öffentliche politische

Debatte geführt. Fritjof Meyer, Jahrgang 1932, wurde den Lesern als Diplom DHP, Diplom-Politologe und Diplom-Kameralist vorgestellt. Was der Sache eine besondere Bedeutung gab: Meyer arbeitete als Leitender Redakteur des Hamburger Journals *Der Spiegel*.

Der für das Ressort Ausland verantwortliche Journalist – kein ausgebildeter Historiker – war zuvor noch nie mit Veröffentlichungen zum weltweit wohl heikelsten zeitgeschichtlichen Thema in Erscheinung getreten. Gleichwohl kann man davon ausgehen, daß er sich über das engmaschige Netz aus juristischen, politischen und gesellschaftlichen Fallstricken bewußt war, mit dem er es in seiner Beschäftigung mit den Opferzahlen zu tun bekommen würde. Meyer wird gewußt haben, daß viele Historiker, Journalisten und andere Personen Stelle, Pension und Reputation verloren haben oder sogar Erfahrungen mit dem politischen Strafvollzug machen mußten, weil sie Zweifel an der Größenordnung des Holocaust angemeldet hatten.

Dessen ungeachtet nahm Meyer gleich zu Beginn seines Aufsatzes das Ergebnis vorweg: „Vier Millionen Opfer im nationalsozialistischen Arbeits- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zählte 1945 die sowjetische Untersuchungskommission, ein Produkt der Kriegspropaganda. Lagerkommandant Höß nannte unter Druck drei Millionen und widerrief. ... Ein Schlüsseldokument, das Auskunft gibt über die Kapazität der Krematorien von Auschwitz-Birkenau, ist jetzt aufgefunden worden. Zu deren Nutzungsdauer ist zugleich eine Aussage des Lagerkommandanten Höß ans Licht gekommen. In Verbindung mit den vorhandenen, aber weithin unbeachtet gebliebenen Unterlagen über die in dieses Lager eingelieferten läßt sich nun genauer berechnen, wie viele Menschen in Auschwitz ermordet wurden. Um es gleich vorweg zu nehmen: Eine halbe Million fiel dem Genozid zum Opfer.“ Von diesen, so stellte Meyer im weiteren Verlauf seiner Berechnungen fest, waren 356000 Juden.

Zehn Seiten genügen Meyer, um eine Zusammenfassung der Forschungsdebatte der letzten Jahre zu geben und seine eigene Revision der Opferzahlen darzulegen. Meyer macht deutlich, daß die zunächst kanonische Zahl der Opfer in Auschwitz bereits mehrmals revidiert wurde und zumindest unter Wissenschaftlern seit langem nicht mehr Stand der Forschung ist. Von den ursprünglich gezählten vier Millionen blieben in Lexika zunächst 2,5 Millionen und in Standardwerken (beispielsweise in der *Enzyklopädie des Holocaust*) über eine Million Opfer übrig, die Gedenktafel in Auschwitz wurde entsprechend geändert. Polnische Auschwitz-Historiker sprachen dann von einer Million Toten, und Forschern wie Jean Claude Pressac und Robert Jan van Pelt gehen heute von 631000 bis 711000 Toten aus, Zahlen, die auch der Leiter des Auschwitz-Museums, Frantisek Piper, für zutreffend hält. Dennoch sahen sich Pressac und van Pelt gelegentlich mit dem Vorwurf konfrontiert, reversionistisch gearbeitet zu haben.

Ähnliches war für die Auseinandersetzung mit Meyers Text zu erwarten. Jedoch geschah etwas Verblüffendes: Die Medien, sonst für jede Schlagzeile dankbar, prangerten Meyer nicht als neuen Holocaustverharmloser oder -leugner an. Auch der Zentralrat der Juden warnte nicht vor Meyer, weil dieser damit die Opfer verhöhnt habe. Und auch der *Spiegel* sah sich zu keiner „Hausmitteilung“ veranlaßt. Die Umstände dieser Veröffentlichung warfen zahlreiche Fragen auf, die bis heute nicht beantwortet wurden.

(1) Warum beschäftigte sich ausgerechnet Fritjof Meyer mit diesem hochbrisanten Thema?

(2) Warum veröffentlichte Meyer seinen Aufsatz in *Osteuropa*, einer Zeitschrift also, die sich sonst kaum mit dem Holocaust befaßt und eine Auflage von vielleicht 1000 Exemplaren hat?

(3) Warum publizierte er – wenn es schon eine wissenschaftliche Fachzeitschrift sein sollte – nicht in den für diese Themenstellung zuständigen *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte*?

(4) Warum bot er seinen Sensationsbefund nicht einfach seinem Hausblatt, dem *Spiegel*, an, der sich nie scheute, Auschwitz zur Titelgeschichte zu erheben? Die Nummern 3/1979 (*Vernichtungslager Auschwitz. Häftling Nr. 290 berichtet*) und 4/1995 (*Auschwitz. Die letzten Tage*) waren nicht die einzigen *Spiegel*-Auschwitztitel.

(5) Welche Gründe bewogen den Vorstand der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde“, deren Präsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth ist, ein solches Thema ausgerechnet in ihrem Organ zu veröffentlichen? Dieser Aufsatz wird nicht nur von den drei Redakteuren, sondern mit Sicherheit auch jedem der neun anderen Vorstandsmitglieder (sechs Professoren und drei promovierte Hochschuldozenten) vorgelegen haben, und es ist kaum anzunehmen, daß ihnen

die Brisanz dieses Themas und die daraus möglicherweise erwachsenden Konsequenzen nicht bekannt gewesen wären.

Nachdem der Artikel veröffentlicht war, hat keine Tages- oder Wochenzeitung, kein Magazin, kein Radiosender und auch kein Fernsehkanal es für Wert befunden, die Ergebnisse Meyers dem Publikum zu präsentieren oder sie in Frage zu stellen. Eine Zeitlang war es sogar schwierig, in Universitätsbibliotheken eine Originalnummer der Mai-Ausgabe von *Osteuropa* zu erhalten; entweder war das Heft monatelang ausgeliehen oder vorgemerkt oder der Jahrgang befand sich gerade beim Buchbinder. Zu den oben gestellten Fragen stößt also nun eine weitere: Warum hat nicht ein einziger Journalist, nicht einmal ein Wissenschaftler dieses Thema aufgegriffen und zu den umwälzenden Ausführungen Meyers Stellung bezogen?

Sven Felix Kellerhoff, Leitender Redakteur der *Welt*, bildete eine rühmliche Ausnahme, wenn er in seinem Blatt Meyer vorwurfsvoll kopfschüttelnd die Leviten las: Die „unbelehrbaren Auschwitz-Leugner“ warteten doch nur auf eine Bestätigung „des ihrer Ansicht nach gelenkten ‚Medien- und Wissenschaftsapparats‘“. Meyer habe durch seine Ausführungen den falschen Freunden in die Hände gespielt.

Nun steht außer Zweifel, daß der größte moralische Schaden, die fast täglich niedersausende „Auschwitz-Keule“ (Martin Walser), aus der juristischen Offenkundigkeit des singulären Verbrechens „Holocaust“ ihre Legitimation zieht. Die Unvergleichbarkeit des Verbrechens liegt auch in der schieren Zahl der Opfer des versuchten Genozids, und Vorstellungen davon, was an einem Ort geschehen muß, damit vier Millionen Menschen in rascher Folge getötet werden könnten, führen tatsächlich stets ins nicht faßbare Grauen.

Es wäre deshalb nicht unmoralisch, der Freude über die Tatsache Ausdruck zu verleihen, daß 3644000 Juden weniger umgekommen sein könnten als bislang angenommen, und daß damit „die Dimension des Zivilisationsbruchs endlich in den Bereich des Vorstellbaren“ rückte, wie Meyer in seiner Einleitung schreibt. Auch könnte sich Erleichterung darüber verbreiten, daß die Verbrechen der Deutschen ein wesentlich geringeres Ausmaß hatten, als die feindliche Kriegspropaganda Glauben machen wollte. Doch nichts dergleichen geschah.

Auch von Rita Süßmuth, der Präsidentin der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde“, kam keine Stellungnahme. Süßmuth muß zwingend von Meyers Aufsatz Kenntnis gehabt haben, und letztlich hätte sie nur die Wahl zwischen zwei Handlungen gehabt: bei einer Ablehnung der Erkenntnisse konsequenterweise eine Anzeige gegen den Autor wegen der Verharmlosung des Holocaust und damit die Einleitung eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens; bei einer Billigung aber die Anregung einer breit geführten Debatte.

Eine prognostizierte Reaktion jedoch trat ein: Der Artikel von Fritjof Meyer wurde in der national-revisionistischen Szene bekannt und machte die Runde. Viele in- und ausländische Historiker, Politologen, Juristen, Chemiker und Publizisten, die fernab eigentlicher Öffentlichkeit in geächteten Kleinverlagen oder in Samisdat-Auflagen ähnliche Thesen vertreten hatten, waren deswegen mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, verurteilt, finanziell ruiniert oder gar inhaftiert worden. Sie erkannten in Meyer nun einen Kronzeugen des Establishments und verbreiteten seinen Aufsatz in Kopie oder in Nachdrucken. Diese wurden kommentiert und – oft mit Begleitschreibern versehen – Parlamentariern, Hochschullehrern, Journalisten und politischen Multiplikatoren geschickt. Und die von manchen dieser Personen aufgeworfenen Fragen, von denen viele im Internet kursierten, schienen eine Antwort erforderlich zu machen, denn die moralische Entrüstung, die aus ihnen ersichtlich wurde, ist alarmierend. Hier nur ein Beispiel eines Lehrers:

„Jahrzehnte hindurch hatte ich das immer vollständiger und satanischer werdende Bild des Verbrechens geglaubt, das in der Dimension seines außermenschlichen Grauens in der gesamten Menschheitsgeschichte seinesgleichen nicht findet und für das in den siebziger Jahren sich das so infernalisch suggestive Wort Holocaust einbürgerte. Im letzten Traum hätte ich nicht für möglich gehalten, daß eines angesichts so beschriebenen Geschehens Lüge auch nur denkbar sei. Ich fühlte mich verpflichtet, unseren Kindern und meinen Schülern dieses Grauen vor die Seele zu führen, damit sie gewappnet seien, falls jemals Menschen sich anschickten, derartiges zu wiederholen ...“.

Solche Reaktionen waren der Grund für den bereits erwähnten Artikel, den Sven Felix Kellerhoff in der *Welt* am 28. August 2002 unter dem Titel *Linksliberaler Kronzeuge für Holocaust-Leugner* veröffentlichte. Da der Journalist im Grunde nicht in der Lage war, Meyer sachlich zu widerlegen, beschuldigte er ihn bei aller zugestandenen Wertschätzung, Rechtsextremen und Neonazis mit seiner Argumentation eine Steilvorlage geliefert zu haben und machte im Untertitel daraus den „Fall des angesehenen Journalisten Fritjof Meyer“. Kellerhoff räumt am Ende seiner Philippika ein: Fritjof Meyer ist ein ehrenwerter Mann. Allerdings hat er den rechtsradikalen „Geschichtsrevisionisten“ unbeabsichtigt den kleinen Finger gereicht – und nun vereinnahmt sie ihn. Da hilft es auch nicht, daß sein Aufsatz an sich gut gemeint war.

Am 9. September 2002 erhielt Meyer Gelegenheit für eine kurze Replik in den Leserbriefspalten der *Welt*. Artig bedankte sich der „gestandene Antifaschist“ bei Kellerhoff, daß dieser seine Ausführungen „im Wesentlichen korrekt wiedergegeben hat“. Außerdem begründete er, warum er David Irving für einen „als erfolgreichen Rechercheur ausgewiesenen Autor“ bezeichnet habe. Die Debatte wurde auf diesem inhaltlich belanglosen Niveau kurioserweise im

Internet auf den Seiten des IGDR (Informationsdienst gegen Rechtsextremismus) geführt. Dort bezog Meyer auch Stellung zu einem umfangreichen Aufsatz von Frantisek Piper, dem Leiter des Auschwitz-Museums, der Meyer in mehreren Punkten unsaubere Recherche und falsche Schlußfolgerungen vorwarf. Meyer ging auf Pipers Argumentation ein und erhärtete seine Position noch einmal.

Kellerhoff blieb ihm auch hier eine staatstragende Replik nicht schuldig. Mit einem Satz, den man in England als klassischen *cant* bezeichnen würde und der die britische Form der publizistisch-politischen Heuchelei ist, bedauert er den Wunsch Meyers, einen Schlußstrich unter die Debatte zu ziehen, denn nach seiner festen Überzeugung sei es notwendig, darüber „eine öffentliche Auseinandersetzung“ zu führen. Nun kann man sicher sein, daß Kellerhoff für eine solche Debatte sofort die Seiten der *Welt*, der *Berliner Morgenpost*, der *Hörzu* oder eines der anderen auflagenstarken Organe des Springerkonzerns zur Verfügung stünden, die Notwendigkeit einer Debatte also doch nicht so drängend gewesen sein kann.

Derweil war die Angelegenheit noch auf eine andere, auf die juristische Ebene gezerrt worden. Der Anwalt und ehemalige RAF-Terrorist Horst Mahler hatte die juristische Dimension und die publizistischen Möglichkeiten des Meyer-Artikels erkannt. Folgerichtig stellte er beim Generalstaatsanwalt in Berlin Strafanzeige gegen Fritjof Meyer und Rita Süßmuth wegen Verharmlosung des Holocausts. Pikanterweise stellte er zugleich Selbstanzeige mit der Begründung, er teile die Ansichten und Ergebnisse Meyers und verteile konsequenterweise Kopien des Aufsatzes.

Diesem Beispiel folgten nun mehrere Dutzend Akademiker in der ganzen Bundesrepublik, die Selbstanklage wegen Volksverhetzung erhoben, denn etwas anderes konnte das Kopieren und Verteilen der Meyerschen Ergebnisse nicht darstellen. Was nun geschah, hätte eine zweite Welle der Berichterstattung über den „Fall Fritjof Meyer“ auslösen müssen. Bundesweit erhielten die ehrlichen Selbstanzeiger gleichlautende Schreiben der jeweils zuständigen Staatsanwaltschaft:

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Sie. Tatvorwurf: Volksverhetzung. Sehr geehrter Herr XY, das Ermittlungsverfahren gegen Sie habe ich gemäß § 170 Absatz 2 der Strafprozessordnung (StPO) eingestellt. Hochachtungsvoll XY Staatsanwalt.

Anwalt Mahler und die Selbstankläger hatten natürlich gehofft, vor den Schranken des Gerichts Öffentlichkeit herstellen und so eine Kontroverse erzwingen zu können. Dies ist bisher bundesweit vor keinem Gericht ermöglicht worden. Ein mißtrauischer Beobachter müßte an diesem Punkt eine Weisung oder eine Absprache unterstellen. Jedenfalls läßt die Debatte weiter auf sich warten.



- ZU BERECHENBAR
- ZU UNBEGRÜNDET
- ZU HUMORLOS
- ZU DEUTSCH
- ZU SOZIALISTISCH
- ZU UNLIBERAL
- ZU NEOKONSERVATIV
- ZU TRADITIONELL
- ZU STAATSTRAGEND
- ZU SCHWEIZERISCH



**Der Libero
unter den
Meinungsbildnern:**

www.ef-magazin.de

Kritik der Menschenrechte

von Karlheinz Weißmann

Während einer Reise durch die USA notierte Harry Graf Kessler 1892 sein Befremden über die dort verbreitete Idee der „Menschenrechte“, deren Geltung behauptet werde, obwohl sie eigentlich durch die „wissenschaftliche Geschichtsforschung und Philosophie des XIXten Jahrhunderts zerstört worden“ sei. Das Befremden hätten viele Gebildete der Zeit geteilt, Max Weber etwa zählte die Menschenrechte zu den „extrem rationalistischen Fanatismen“. Ein wesentlicher Grund für diese Ablehnung war neben mangelnder „Wissenschaftlichkeit“ die politische Diskreditierung der Menschenrechte. Napoleon hatte für die Verfassung von 1800 ausdrücklich auf ihre Proklamation verzichtet, weil sie untrennbar mit der Erinnerung an den revolutionären Radikalismus verbunden gewesen wäre, und in den von französischen Truppen besetzten Ländern hielt man die wohlklingenden Worte bestenfalls für „Theaterdekorationen“ (Ernst Moritz Arndt); Ludwig Börnes bemerkte noch 1832: „wenn man in Paris zwischen zwei und vier Uhr nachmittags das Wort Menschenrecht ausspricht, werden vor Schrecken alle Wangen bleich und die Renten fallen. Menschenrechte – das ist die Guillotine!“

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Annahme vorpolitischer Rechte des Menschen in den westlichen Staaten rehabilitiert, während sich im deutschen politischen Denken eine Reserve erhielt und sogar noch in

der demokratischen Reichsverfassung von 1919 ihren Niederschlag fand, die lediglich Bürger-, aber keine Menschenrechte kannte. Wie so viele Besonderheiten der nationalen Tradition ist auch diese nach 1945 beseitigt worden. Die Präambel des Grundgesetzes dekretiert eine politische Ordnung, geschaffen in „Verantwortung vor Gott und den Menschen“, wobei der Verweis auf Gott einen Rückgriff auf klassische Naturrechtsvorstellungen intendiert, während mit dem Bezug auf die Menschheit Anschluß an die übliche, also die westliche Begründung der Menschenrechte gesucht wurde.

Die – durch keine Gesetzesänderung aufhebbar – „Grundrechte“ haben nicht nur Teil an dem in Deutschland ausgeprägten Respekt vor dem Verfassungstext, sie dürften tatsächlich der Mehrheit der Bürger als unverzichtbare Voraussetzung einer guten Ordnung erscheinen. Man mag im Einzelfall darüber streiten, welche konkreten Folgen ein Grundrecht hat, wie es im Verhältnis zu anderen gedeutet werden muß, und es mag eine Kritik der Umsetzung von Grundrechtspostulaten geben, – aber eine Kritik dieser Rechte selbst dürfte den meisten Deutschen unbegreiflich sein. Wenn man sie mit ihrer eigenen Tradition der eher pessimistischen Beurteilung des Konzepts Menschenrechte wieder vertraut machen will, muß man einen Umweg einschlagen, heute heißt das: Denker zu Worte kommen lassen, die einen unbefangeneren Blick gewohnt

sind, aus Ländern, in denen die Debatten freier geführt werden können als hier.

Der Franzose Alain de Benoist ist so ein Denker, der in der Vergangenheit schon oft unter Beweis gestellt hat, daß er ohne Scheu unbequeme Wahrheiten ausspricht und Dinge in Frage stellt, die nach allgemeiner Überzeugung nicht in Frage gestellt werden können. Seine „Kritik der Menschenrechte“ (Alain de Benoist: *Kritik der Menschenrechte. Warum und Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen*, Edition JF, Berlin 2004, kt, 166 S., 10.90 €) ist tatsächlich ein Generalangriff auf die üblichen Begründungsstrategien, deren Ergebnis sich in drei Punkten zusammenfassen läßt:

(1) Die Menschenrechte sind nicht zu rechtfertigen. Die klassischen Konzepte – der Rekurs auf Gott, auf die Natur oder die Vernunft – haben sich erledigt. Die Vorstellung von einem Schöpfer, der die Menschen als sein Ebenbild gemacht und insofern mit einer besonderen Würde ausgestattet hat, wird nur noch von einer Minderheit geteilt. Normative Vorstellungen von Natur erwiesen sich als unhaltbar, wenn sie einen harmonischen Idealzustand postulierten, oder als ungeeignet, da aus ihnen nur eine inhumane, dem *survival of the fittest* verpflichtete Ordnung abgeleitet werden könnte. Die Ratio schließlich führt nicht zwingend zu der Auffassung, daß die Menschen gleiche Rechte genießen sollten.

(2) Die Menschenrechte sind nicht universal. Faktisch ist die entsprechende Vorstellung aus bestimmten antiken (Stoa) und christlichen Denktraditionen erwachsen. Die meisten außereuropäischen Kulturen stehen diesem Konzept fremd gegenüber. Das hängt auch damit zusammen, daß die Lehre von den Menschenrechte eine antipolitische – das Politische durch das Juridische und das Moralische – und hoch individualistische – den Einzelnen grundsätzlich der Gemeinschaft vorordnende – Tendenz aufweisen.

(3) Die Menschenrechte sind nicht praktikabel. Es ist angesichts der Reserve, die Benoist dem Christentum gegenüber zeigt, wenig überraschend, daß er die antipolitische und die individualistische Tendenz in der „Menschenrechtsideologie“ zum Zentrum der Kritik macht. Seiner Auffassung nach vernichtet diese Ideologie gerade das, was sie angeblich schützen will: Freiheit und Menschenwürde. Durch die Betonung von Willkürfreiheit, Identifizierung von Recht und „Anspruch“ einerseits und die erwiesene Unfähigkeit, einen Ausgleich zwischen Menschenrechten und Menschenpflichten herzustellen andererseits, zerstörten die Verfechter der Menschenrechte die jede Voraussetzung für das Bestehen von Rechten überhaupt.

Man wird die Bedeutung der Einwände, die Benoist gegen die Lehre von den Menschenrechten erhebt, kaum bestreiten können. Er kann sich auf die Denker der Gegenrevolution ebenso berufen wie auf die Verfechter des klassischen Republikanismus, auf die undogmatische Linke

ebenso wie auf die Kommunitaristen. Obwohl er seine eigene Präferenz eher verdeckt, gewinnt man den Eindruck, als ob der zuletzt genannten Gruppe seine Sympathie gehört. Damit könnte das neue Buch Benoists ohne Schwierigkeit in eine Tendenz eingeordnet werden, die sich seinem Denken seit mehreren Jahren ablesen läßt. Vor allem das, was er über die Bedeutung des Faktors „Kultur“ und die Idee einer „organischen Demokratie“ schrieb, ist ohne Schwierigkeit mit dem hier geäußerten zu verknüpfen.

In gewissem Sinne wird so eine Verschiebung im Überbau der französischen Neuen Rechten abgeschlossen. In deren Weltanschauung hat die Kritik der Menschenrechte von Anfang an eine wichtige Rolle gespielt. Allerdings war diese Absage an das übliche westliche Denkmodell bis in die achtziger Jahre mit der Forderung nach einer Art kultureller Monroe-Doktrin für den Großraum Europa verbunden, während die anderen „Kulturkreise“ abgekoppelt und sich selbst überlassen werden sollten. Das war konsequent gedacht, aber nicht durchsetzbar. Damit scheint sich Benoist abgefunden zu haben, was ihn allerdings vor das Problem stellt, wie die immer noch geforderte alternative politische Ordnung überhaupt aufgebaut werden könnte. Die Einheiten, die er wohl als Ausgangspunkt annehmen möchte, sind nach seiner eigenen Meinung in Auflösung begriffen, eine andere Art von Homogenität ist schwer vorstellbar, die Möglichkeit, daß die Neuschöpfung einer Ordnung an religiöse Überzeugungen gebunden werden kann, wird nicht erwogen.

Benoist verweist in seinem Text mehrfach auf Carl Schmitt, aber nicht auf dessen These, daß alle politischen Begriffe in ihrem Kern theologische Begriffe sind. Wenn man den religiösen Gehalt der Menschenrechtslehre entlarvt, kann man das sinnvoll nur tun, weil man absolutes Zutrauen zur Kraft der Vernunft hat, oder weil man den alten Glauben durch einen Gegenglauben ersetzen möchte. Ersteres ist bei Benoist nicht zu vermuten, über letzteres wüßte man gern genaueres. Das auch, weil die aktuelle Entwicklung dazu führt, daß Zweifel an den Menschenrechten als Legitimationsgrundlage für politisches beziehungsweise militärisches Handeln wachsen. *Amnesty International* hat im Hinblick auf das Verhalten der US-Soldaten im Irak erklärt, es habe niemals in den vergangenen fünfzig Jahren eine derartige Häufung massiver Verstöße gegen die Menschenrechte gegeben und diese erfolge letztlich im Namen der Menschenrechte. Dahinter steht die naive Vorstellung, man müsse sich nur mehr Mühe geben die Menschenrechte einzuhalten oder irgendeine Instanz schaffen – etwa die UNO – die zur effektiven Kontrolle in der Lage sei. Benoist wird diese Argumentation mit gutem Grund für wenig überzeugend halten, aber er läßt seinerseits die Frage unbeantwortet, was denn an die Stelle des letzten „Ankers“ (Ernst-Wolfgang Böckenförde) Menschenrechte treten soll für jene, deren politische Ordnung zerstört wurde und die deshalb aller anderen Rechte entbehren.

Männerbund

Karlheinz Weißmann: *Männerbund*. Schnellroda: Edition-Antaios 2003. 134 S., br, 19 €

Zur Wirkung von Peter Schamonis Film über Wilhelm II. (1999) gehörte nicht zuletzt der verblüffende Effekt eines Gegenbilds für uns. Überraschend die filmische Eindringlichkeit, die das kaiserliche Deutschland suggestiv ins Bild setzte. Die Monarchie als Würdeform strahlte auf alle sozialen Beziehungen ab. Doch verdanken solche Bilder ihre Aura nicht zuletzt dem „archaischen“ Aspekt heroischer Männlichkeit und militärischen Glanzes. Virilität, Staatlichkeit, Nation und Dynastie erzeugten so ein spezifisches Pathos der Selbstachtung, eine gemeinschaftliche Dynamik und prägten den öffentlichen Raum in Stil und Ausdruck. Im Jahre 1913, dem festlichen Höhepunkt der wilhelminischen Zeit, malte der Schweizer Ferdinand Hodler sein großes Historienbild „Einmütigkeit“. Der emblematisch strukturierte, figurenreiche Fries zeigt die Gründung der Eidgenossenschaft als wuchtige Versammlung männlichen Muts, als Kollektiventscheid, der das Gemeinwesen zur Einheit formt, ein Sieg der politischen Idee über partikularen Egoismus. Bildparallel werden männliche Rückenfiguren zum ausgedehnten Band gestaffelt; mit ihren zum Schwur erhobenen Armen gleichen sie einem „Menschenwald“, umrunden den frontal exponierten Führer als magnetisches Bildzentrum. Dieser, gen Himmel und aufs Herz weisend, scheint die Energien zu bündeln: Horizontale und Vertikale verschränken sich.

Auch die republikanische Ikone verweist auf ein maskulines Grundmuster von Ehre, sozialer Verantwortung und politischer Gestaltung – plausible Chiffre eines

„Männerbundes“. Sie zielt jetzt das neue Buch Karlheinz Weißmanns, das diesem esoterischen wie universellen Thema nachgeht. Esoterisch, weil der geistige, emotionale, körperliche oder politische Zusammenschluß von Männern immer auch besondere *arcana* einschließt. Solche Geheimnisse gründen in der spezifischen Sakralität des Geschlechts, unserer „Zivilgesellschaft“ freilich unbekannt. Moderne „Dekonstruktion“ hat zudem alle Natürlichkeitsvermutung zerstört und durch funktionelle Konstrukte von „Männlichkeits- und Weiblichkeitsentwürfen“ ersetzt. Diese Behauptung der Egalität und Verfügbarkeit von Verhaltensmustern tritt andererseits aggressiv patriarchatskritisch auf, was zu einer pauschalen Abwertung traditionell männlicher Werte geführt hat. Gleichzeitige Feminisierung propagiert die Frau als anthropologische Norm und läßt „positive“ Männlichkeit überhaupt verschwinden. Wie in der deutschen Frage bleibt bloß ein Schuldiskurs übrig. Hier entspringt die Aufgabe, Tabus aufzubrechen, Inkriminiertes wie Ehre, Mut, Souveränität, Opferbereitschaft zu rehabilitieren und Männlichkeitsmuster als invariante, mondiale Strukturformen aufzudecken. Solch notwendigem „Essentialismus“ arbeitet Weißmann vor, indem er den aktuellen Debatten robuste anthropologische Fundamente einzieht, die uferlose Relativierungen und Diskussionschlaufen limitieren.

Die Tiefenpsychologie kommt dem entgegen. Postfreudianisch geht sie nicht mehr von einer Urkonkurrenz von Vater und Sohn aus, vielmehr vom Mutter-Kind-Syndrom. Krisenpotential liegt in der Ablösung des Jungen, der einen Identitätswechsel vollziehen muß, ein risikoreicher Vorgang (Heldenmythen!). Deshalb wird diese „Initiation“ in archaischen Kulturen

als soziales „Drama“ kollektiv bearbeitet. Die Überwindung der Ursymbiose, eine „Kosmisierung“ irrationalen Einsseins, dimensioniert das Leben neu. Die Notwendigkeit zum überpersönlichen Entwurf begründet „Institutionen“, also Vaterschaft. Als realsymbolischer Ausdruck ist dabei der „Männerbund“ zu verstehen, sein Faktum: eine „kulturelle Universalie“.

Seiner Ubiquität zum Trotz, wurde der Männerbund in Deutschland gleichsam „entdeckt“, ausformuliert von dem Ethnologen Heinrich Schurtz 1902 in *Alterklassen und Männerbünde*. Weiterentwickelt und popularisiert von Hans Blüher in seiner *Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft* (1917/19), waren die Thesen auch Schlüssel aktueller Erfahrungen, was die Intensität des Blüher-Diskurs veranschaulicht. So widmet sich Weißmann im ersten Teil ganz den deutschen Entwicklungen bis 1945. Wichtige Rollen besetzen der George-Kreis, die Jugendbewegung oder die Wehrkampfverbände. Unvermeidlich das Modell Sparta, dessen politische Adaptation vom jakobinischen Ideal bis zum Telos der Rechten eine sonderbare mentalgeschichtliche Wanderung vollzieht, ein Amalgam aus weltanschaulichen, politischen und erotischen Motiven.

Charakteristisch als modernes Schwellenphänomen steht die soziologische Kategorie des „Bundes“ jenseits traditionaler Gemeinschaft und rationaler Gesellschaft, Webers Idealtyp „charismatischer“ Herrschaft entsprechend. So integrierten auch die Nazis als moderne „Bewegung“ bündische Strukturen. Mit evolianischer Akzentuierung heißt es etwa 1942: Der Staat beruht „auf einer geistigen Konzentration männerbündischer Kräfte (politischer Eros), die im Kampf mit dem Beharrungsvermögen des volklichen Bereiches liegen. Staat ist hier absolut

gesetzt: Pol der männlichen Kraft“. Doch setzte der NS-Biologismus Ordensideen und „männlichem Eros“ Grenzen; diese weltanschauliche Vielschichtigkeit zählt zu den interessantesten Aspekten des Buches. In diese Zeit fielen auch die nordistischen Forschungen Otto Höflers, dessen *Kultische Geheimbünde der Germanen* (1934) bis heute rezipiert wird. Ihm gilt eigens ein biographisch fesselndes Kapitel im ersten Teil.

Daneben begegnet der Leser einer stattlichen Zahl weiterer Jahrhundertautoren, so Nietzsche, Bachofen, Baeumler, Will-Erich Peuckert, Geo Widengren, Mircea Eliade, Hans P. Duerr. So signalisieren, mit welch gewichtigen Fragenstellungen seit hundert Jahren das Thema Männerbund verknüpft ist, auch wenn neuerdings sein Prestigeverlust total erscheint, wie paradigmatisch die große Kölner Ausstellung „Männerbünde-Männerbünde“ 1990 zeigte.

Der zweite Teil greift indoeuropäisch aus, im Homörotik-Kapitel sogar bis nach Japan (Samuraiethik, Mishimas „Schildgesellschaft“), diskutiert den Mithras-Kult und schildert die Ritterorden. Im Grund sei das Mittelalter, so der Autor, die letzte Gelegenheit für den Männerbund gewesen, „ein organisierendes Zentrum für die soziale Ordnung zu schaffen“. Der neuzeitliche Staat habe dagegen seine „Durchsetzung mit dem Bemühen [verknüpft], alle bündischen Sonderformen zu entmachten oder ganz zu zerstören“.

Verständlich daß mit der Dekadenz souveräner Staatlichkeit nach 1918 bündische Formen als Vehikel der Politik wiederkehrten, zumal im Faschismus, dessen historisches Desaster umgekehrt männerbündische Gestaltkraft anhaltend diskreditiert hat.

Weißmann verdeutlicht, daß dies das letzte Wort nicht sein kann. Besonders als Pädagoge entgehen ihm maskuline Krisensymptome nicht. So fordert er in einem Thesenpapier, die Zweckmäßigkeit der Koedukation zu überdenken, die natürliche Verschiedenheit von Jungen und Mädchen anzuerkennen, die Identifikation universeller Werte mit weiblichen Verhaltensmustern zu konterkarieren und Raum zu schaffen für ein neues Ideal von Männlichkeit.

Der schmale, doch überaus inhaltsreiche Band besticht nicht nur durch seinen interdisziplinären Ansatz, sondern auch durch den außerordentlichen Anmerkungsteil, der in alle geistigen Weltgegenden hinausführt.

Wolfgang Saur

Hitlers jüdische Soldaten

Bryan Mark Rigg: *Hitlers jüdische Soldaten*. Paderborn: Ferdinand 2003. 439 S., geb, 38 €

Wie Eberhardt Jäckel in seinem Vorwort hoffnungsvoll feststellt, kann dieses Buch eine Ermutigung für die Zukunft sein. Dagegen wird niemand ernsthaft etwas einzu-

wenden haben, aber nur allzuoft weisen solche Gemeinplätze auf wissenschaftliche Studien hin, deren gutgemeinte Anliegen in ihrer argumentativen Kraft keine Entsprechung finden. Für Bryan Riggs Buch über „Hitlers jüdische Soldaten“ gilt das jedoch nicht. Rigg, der als Freiwilliger in der israelischen Armee und als Offizier im *US-Marine Corps* gedient hat, wollte etwas genau wissen und hat keine Mühe gescheut, es in Erfahrung zu bringen. Was er dabei hervorgebracht hat, möchte man leidenschaftliche und präzise Wissenschaft nennen.

Daß eine signifikante Zahl an Soldaten der Wehrmacht einen wie auch immer zu definierenden jüdischen Hintergrund hatte, war schon aus statistischen Gründen unvermeidlich und daher seit längerem bekannt. Dennoch ist Rigg der erste, der ihre Geschichte zum Gegenstand einer umfassenden Studie gemacht hat. Er geht den Grundsätzen der nationalsozialistischen Rassenpolitik in Bezug auf Mischlinge ebenso nach, wie deren Willkür, ihren Verschärfungen, Entspannungen und sonstigen Wendungen bis 1945. Ein heimliches Hauptthema des Buchs ist daher das Wesen der Bürokratie. Über Leben und Tod, über die Chance, weiter in der Wehrmacht dienen zu können oder nicht, über den sozialen Rang und die gesamte Existenz eines Menschen entschieden letztlich bürokratische Vorschriften und ganz wenige Stempel und Unterschriften auf diesen oder jenen Papieren, mit denen sol-

Monica Cioli
Pragmatismus und Ideologie
Organisationsformen des deutschen Liberalismus zur Zeit der Zweiten Reichsgründung (1878 – 1884)

Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Band 129
 340 S. 2003 (3-428-11136-2) € 84,80 / sFr 143,-

Die Analyse der Organisationsformen des deutschen Liberalismus, wie sie sich im politischen Alltag entwickelt haben, eröffnet eine fruchtbare historiographische Perspektive. Aus diesem Blickwinkel können zum einen die Kenntnisse über eine (im weitesten Sinne) Sozialgeschichte des deutschen Parteiwesens im 19. Jahrhundert erweitert werden. Zum anderen gelingt es, die These einer vermeintlichen Unfähigkeit des Liberalismus zur Organisation und sozialen Milieubildung erneut zu relativieren.

Friedrich Müller
Demokratie zwischen Staatsrecht und Weltrecht
Nationale, staatlose und globale Formen menschenrechtsgestützter Demokratisierung
Elemente einer Verfassungstheorie VIII

Schriften zur Rechtstheorie, Heft 214
 152 S. 2003 (3-428-11165-6) € 54,- / sFr 91,-

Der sich abzeichnende Weg zu einer Art Weltrecht, das weltweite Gewebe aus hard law und soft law, das Entstehen eines globalen Konstitutionalismus sind Vorstellungen und Vorhaben einer Zukunft, die bereits begonnen hat. Soll diese menschenwürdig und also demokratisch sein, müssen entsprechende Politikziele, Normen und Verfahren transnational durchgesetzt werden.



che Regeln gnadenhalber umgangen werden konnten.

Zunächst steht der Autor vor der Aufgabe festzulegen, wer in seiner Studie als Jude aufgefaßt werden soll und wer nicht. Dabei war die Definition des jüdischen Gesetzes zu berücksichtigen, der *Halacha*, die mehrere zehntausend Deutsche zu Juden erklärte, denen dies selbst gar nicht bewußt war. Da gab es andererseits die Rassegesetze des Dritten Reichs, die jederzeit weit davon entfernt waren, in sich stimmig oder abgeschlossen zu sein, und die einen großen Teil derer, die nach jüdischem Gesetz Juden waren, als Mischlinge oder per Sondererlaß sogar als Deutschblütig anerkannte. Dazwischen lag eine Grauzone von unglaublichem Ausmaß, in der jeder Betroffene vom Juden bis zum Deutschen alles sein konnte. Dies war natürlich eine ideale Spielwiese für Bürokraten, die teilweise die Mendelschen Regeln aus dem Biologieunterricht mitbrachten und nun vor der Aufgabe standen, Vorschläge zu ihrer Umsetzung in reale Maßnahmen zu machen, teilweise gerade in der Wehrmacht den Betroffenen aber auch aus Desinteresse und gutem Willen viele Möglichkeiten eröffneten, sich, ihre Karriere und ihre Familie zu retten. Um über dies alles berichten zu können, muß Rigg sich auf die nationalsozialistische Definitionen stützen und breitet dabei ein weites Spektrum des „allzu Menschlichen“ aus.

Nicht selten traf die Entlassung aus der Wehrmacht deutsche Patrioten, die sich nichts anderes vorstellen konnten und nichts anderes gewünscht hatten, als in der Armee ihrem Land zu dienen. Sie mußten, im Laufe des Krieges als Mischlinge zusehends radikaler verfolgt, ihre Einheit verlassen. Am Ende standen sie gar vor der Vernichtung, wie der Autor ausführt und einigermaßen überzeugend nachweisen kann. Die relativ beste Zeit für die „Mischlinge“ war demnach die Zeit der Ambivalenz. Eine deutsche Niederlage brachte sie ebenso in Gefahr,

wie es ein deutscher Sieg möglicherweise getan hätte.

Es gibt nur wenige Kritikpunkte. Da Rigg sich vorwiegend auf mehrere hundert von ihm selbst geführte Interviews mit Zeitzeugen stützt, die ein halbes Jahrhundert nach den Ereignissen gemacht wurden, sind dort unvermeidlich einige Gerüchte enthalten, von denen er das eine oder andere zu unkritisch wiedergibt. Erinnerungen verändern sich. Wie der Zeitzeuge der „geborene Feind des Historikers“ ist, so ist der gesunde Menschenverstand der geborene Feind des Zeitzeugen, und an manchen Episoden sind deshalb begründete Zweifel angebracht. Was wußten nun gerade diese jüdischen Soldaten Hitlers über die Ermordung der europäischen Juden? Die Antwort ist ebenso verblüffend wie naheliegend: nichts. Das ist verblüffend, weil den Deutschen insgesamt, seit neuestem den Soldaten der Wehrmacht im besonderen, gern vorgeworfen wird, sie hätten die Ermordung der europäischen Juden zumindest geahnt und wegen ihres Schweigens offenbar gebilligt. Dies ist einer der Kernpunkte der neuen Kollektivschuldthese, die seit gut zwei Jahrzehnten verstärkt unter deutsches Volk getragen wird. Auf der anderen Seite ist die von Rigg herausgefundene Antwort vollkommen naheliegend. Längst ist nachgewiesen, daß hohe und höchste Regierungsmitglieder der alliierten Mächte seit Beginn über die Morde an den europäischen Juden unterrichtet waren. Selbst bei denen jedoch, die auf alliierter Seite über fast alles informiert waren, was überhaupt zu wissen war, ist dies nie wirklich ins Bewußtsein gedrungen. Es ist deshalb nicht überraschend, wenn Riggs Interviews ergeben haben, daß sogar diejenigen Soldaten der Wehrmacht, die über einzelne Mordaktionen an Juden wußten oder sie sogar gesehen hatten, nie auf den Gedanken kamen, das könne etwas anderes als eine bedauerliche Ausnahme sein. Von einem allgemeinen Mordplan hatte

niemand etwas bemerkt. Am Ende bleibt die Frage, ob dies ein ermutigendes Buch ist, klar mit ja zu beantworten. Es ist immer erfreulich, eine auf klare Analyse und belegte Fakten gestützte Studie zu lesen. Wirklich ermutigend ist der Einblick in die Integrationskraft deutscher Sprache und Kultur, die trotz Vereinnehmungen einerseits und Demütigungen andererseits für „Hitlers jüdische Soldaten“ der selbstverständliche Bezugspunkt war und blieb.

Stefan Scheil

Nachtrag zum Gehlen-Centnar

Arnold Gehlen: *Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen*, 6. erweiterte Auflage, Reihe: Klostermann Seminar, 4, kt., XXII + 318 S, 21.00 €; ders.: *Moral und Hypermoral*, 6. erweiterte Auflage, Reihe Klostermann Seminar, 6, XVI-II + 196 S, 19.00 €; ders.: *Die Seele im technischen Zeitalter und andere Schriften*, Gesamtausgabe, Bd 6, 898 S, geb.: 94.00 €. Alle hrsg. von Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt: Vittorio Klostermann 2004.

Das Gehlen-Centnar im Januar dieses Jahres hat den Philosophen und Soziologen nicht dem Vergessen entreißen müssen, aber auf eine Art in die Mitte der Gesellschaft gerückt, die überrascht. Wer vermutet hatte, daß bestenfalls mit einer gewissen Gönnerhaftigkeit auf ihn und sein Werk verwiesen würde, sah sich in seinen Erwartungen korrigiert durch das Ausmaß der Würdigungen und deren Tenor; in der FAZ wurde Gehlen sogar als „der aktuelle Denker für Deutschland“ präsentiert.

Es ist eine derartige Zuwendung relativ gut erklärbar durch die bleibende Bedeutung der anthropologischen Grundschriften Gehlens. Mindestens die These von der problematischen „Weltoffenheit“ des Menschen dürfte wieder Zustimmung finden, weni-

ISBN 3-7020-1033-5

Stefan Scheil
**LEGENDEN, GERÜCHTE,
FEHLURTEILE**
Ein Kommentar zur zweiten Auflage der
Wehrmachtsausstellung des Hamburger
Instituts für Sozialforschung

170 Seiten, brosch.

€ 19,90 / sfr 33,50

Auch die überarbeitete „Wehrmachtsausstellung“ verzerrt in irreführender Absicht die historischen Abläufe. Durch Weglassen wesentlicher Fakten einerseits und suggestive Darstellung andererseits soll nach wie vor der Eindruck erweckt werden, die Wehrmacht als solche wäre eine verbreichlerische Organisation gewesen. Sogar nachweisbar falsche Behauptungen finden sich. Eine gründliche Aufarbeitung der Manipulationsversuche durch das Reemtsma-Institut.



ISBN 3-7020-1034-4

Martin Müller
**VERNICHTUNGSGEDANKE UND
KOALITIONSKRIEGFÜHRUNG**
Das deutsche Reich und Österreich-Ungarn in der
Offensive 1917/1918

446 Seiten, Farb- und S/W-Karten, brosch.

€ 39,90 / sfr 65,80

Im Mittelpunkt des Buches stehen die beiden großen Offensiven der Mittelmächte, am Isonzo 1917 und an der Westfront 1918, wobei der Autor insbesondere die Gründe für das Scheitern dieser letzten strategischen deutschen Offensive herausarbeitet und zeigt, welche schweren Fehler, insbesondere von der deutschen Obersten Heeresleitung damals begangen wurden. Eine gründliche Analyse, die zu einer Neubewertung dieses Abschnitts des Ersten Weltkrieges führt.



ISBN 3-7020-1005-X

Hartmuth Becker / Felix Dirsch /
Stefan Winckler (Hg.)
DIE 68er UND IHRE GEGNER
Der Widerstand gegen die Kulturrevolution

252 Seiten, kart.

€ 19,90 / sfr 33,50

Die Ideen der Kulturrevolution von 1968 begannen sich in den siebziger und achtziger Jahren in Politik, Gesellschaft und Medien Deutschlands immer mehr durchzusetzen. Doch diese Entwicklung verlief nicht ohne Widerstand. Nicht nur Konservative, sondern auch reformorientierte Sozialdemokraten und liberale Denker wandten sich gegen die Ideen der „Neuen Linken“. Erstmals stellt dieses Buch die Argumente des Widerstandes gegen die 68er zusammen.



ISBN 3-7020-1007-6

Ulrich E. Zellenberg (Hg.)
KONSERVATIVE PROFILE
Ideen und Praxis in der Politik zwischen
FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock

456 Seiten, 19 S/W-Abb., geb.

€ 39,90 / sfr 65,90

19 bedeutende österreichische Konservative werden in diesem Sammelband porträtiert: Ignaz Seipel, Julius Raab, Heinrich Drimmel, Karl Kraus, Eric Voegelin, Erik Ritter von Kuehnelt-Leddihn, der „Apostel Wiens“ Clemens Maria Hofbauer, die Ministerpräsidenten Hohenwart, Taaffe und Schwarzenberg, die Erzherzöge Albrecht und Franz Ferdinand, Leo Graf Thun-Hohenstein, einer der Begründer der christlich-sozialen Bewegung, u. a.



 **Leopold Stocker Verlag** Graz – Stuttgart

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand über:
„Bücherquelle“, Hofgasse 5, A-8011 Graz, Tel. +43/316/82 16 36, Fax +43/316/83 56 12
E-Mail: stocker-verlag@stocker-verlag.com

ger schon die vom organischen „Mängelwesen“. Dieser Begriff – dessen Mißverständlichkeit sicher kalkuliert war – hat immer wieder zur Ablehnung von Gehlens Theorie insgesamt geführt. Vorbehalte wegen der Terminologie löst auch das zweite Hauptwerk Gehlens (nach *Der Mensch*) aus, der zuerst 1956 erschienene Band *Urmensch und Spätkultur*, der jetzt in einer neuen Studienausgabe vorliegt. In dieser Untersuchung geht es nicht so sehr um die Anfänge unserer Spezies, sondern um bestimmte Grundarten der Institutionenbildung, deren Strukturen sich unter allen Umständen erhalten, auch in der „Spätkultur“. Damit ist eine Endform der geschichtlichen Entwicklung bezeichnet, die von weitgehender Erstarrung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten bestimmt wird.

„Kulturelle Kristallisation“ ist ein Phänomen, an dem Gehlen nach 1945 sehr intensiv gearbeitet hat. In dem jetzt

erschienenen Band 6 der Gesamtausgabe sind allein sechs Beiträge enthalten, die sich mit diesem Thema befassen, darunter auch der erst posthum, 1994, veröffentlichte Aufsatz über das „Post-Histoire“. Wenn Gehlen von „Nachgeschichte“ sprach, dann in dem Sinn, daß sich mit dem Überschreiten der „zweiten absoluten Kulturschwelle“ – die erste war die Neolithische Revolution – ein Zustand entfaltet, der bei immer weitergehender Entwicklung der Technik immer überraschungsloser wird. Gehlen hatte diesen Prozeß in einem seiner erfolgreichsten Bücher, dem hier auch aufgenommenen Band *Die Seele im technischen Zeitalter* (zuerst 1957), durchaus populär dargestellt und ursprünglich gehofft, daß eine möglichst nüchterne Sicht dazu führen werde, die verbliebenen Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. Diese Erwartung erfüllte sich aber nicht, was erklärt, warum der Tonfall in den spä-

teren Beiträgen, die hier vereinigt sind – zur Technischen Zivilisation, zur Bedeutung von Kultur und Persönlichkeit in ihrem Rahmen sowie zur wissenschaftlichen Erforschung ihrer Bedingungen – deutlich schärfer wird, bis hin zu der These, daß die industrielle Massengesellschaft zur „Entwurzelung“ führe und jener „Innen-Barbarisierung“ den Weg bereite, die die „Spätkultur“ auch dann zerstöre, wenn sie von äußeren Angriffen verschont bleibe. In kaum überbietbarer Zuspitzung hat Gehlen diese Vorstellung in seinem 1969 zuerst erschienenen Buch *Moral und Hypermoral* entwickelt, das jetzt ebenfalls in einer Studienausgabe vorgelegt wurde und damit eine der brilliantesten konservativen Polemiken wieder leichter zugänglich macht.

Martin Voelkel

In Metaphergewittern

Hans Verboven: *Die Metapher als Ideologie. Eine kognitiv-semantische Analyse der Kriegsmetaphorik im Frühwerk Ernst Jüngers*. Heidelberg: Universitätsverlag Winter 2003 (Beiträge zur neueren Literaturgeschichte; 200). 294 S., geb, 37 €

Fromm schließt eine Studie zur Metaphorik im Frühwerk Ernst Jüngers – ihr Verfasser Verboven hofft, durch die „Aufdeckung der metaphorschen Gefahren der Sprache auch einen kleinen Beitrag für einen dauerhaften Frieden in Europa zu leisten“. Dieser erbauliche Schluß nach 250 Seiten über Jüngers Metaphernkrieg weiß sich indes vom Alten selbst herzuleiten, denn der habe, „spätestens seit den Marmorklippen“, immerhin „bewußt die Seite der Freiheit gewählt“ und „bewiesen“, daß er sich gegen die eigenen Metaphern „(auch ideologisch) zu wehren wußte“. Nach all dem Krieg ein bißchen Frieden, ein bißchen Freiheit also, na Gottseidank. Dem folgen noch 36 Seiten Anhang, in denen die verschiedenen Fassungen hinsichtlich der Vermehrung und Verminderung der Metaphern verglichen werden. Verbovens Arbeit beansprucht eine „Erschließungsfunktion für künftige Studien“, und diesem Anspruch wird sie einigermassen gerecht. Jüngers literarische Metaphorisierung der Weltkriegserfahrungen wird kapitelweise und recht ordentlich unter Sparten wie ›Krieg als Natur‹, ›Krieg als Spektakel‹, ›Krieg als Gestaltung‹ eingeordnet und systematisiert; untersucht werden überdies die Symbolik des Handlungsraumes und die Sonderstellung des Textes *Sturm*. Freilich wirkt Verbovens Darstellung an nicht wenigen Stellen redundant und kaum überzeugend: Flutmetaphern etwa wie Sturmwelle, Dambruch oder auch Vergleiche mit einem Schiffsuntergang wollen zunächst einmal beschreiben und es dem Leser ermöglichen, die subjektive Anschauung des

Erlebnisses im Bild adäquat nachzuvollziehen. Mit einer Kriegsbewältigung durch Metaphern hat dies wenig zu tun; will man sie aber *partout* psycholinguistisch oder ideologiekritisch lesen, wäre ihre deutungssteuernde Funktion exakt zu belegen. Gewiß stützt Jüngers zunehmend mythologisch konnotierte Metaphorik der Elementarmächte seine Auffassung vom Krieg als gleichfalls elementarem Ereignis entfesselter Menschennatur, dem sich der einzelne zu stellen habe; daraus aber etwa eine Deutung der Kriegsniederlage als „(zyklisches) Naturereignis“ abzuleiten, ist abwegig. Falsch ist auch die Annahme, Jüngers politische Publizistik betreibe die „Sinnstiftung“ im Gegensatz zu seiner metaphernreichen Kriegsliteratur „mit politischen Schlagworten“; gerade sie bezieht ihre Suggestivkraft nicht selten aus metaphorisch aufgeladenen, ungemein plastischen Analogiebildungen. Von daher wäre es interessant, die Metaphernanalyse mit der Frage nach dem Denken der Analogie zu verknüpfen, dem Jünger, Spengler und andere verpflichtet waren, zumal Metaphern- und Analogiebildung eng verbundene Kognitionsverfahren sind. So ließe sich auch der wohlfeile Ideologieverdacht, der insbesondere gedankenpolizeilich aufgeklärte BRD-Bürger bei metaphorscher Argumentation befällt (Stichwort: Asylantenflut, Verboven S. 22), gerade am Beispiel ihrer Bedeutung für Jünger einmal grundsätzlich überprüfen. Dazu wäre aber eine intensive Auseinandersetzung mit dem weiten Feld der Metapherntheorien und überdies, zur Klärung des Ideologiegehalts, ein diskursanalytisches Verfahren nötig. Verbovens hurtiger Sprung von Aristoteles zur kognitiven Semantik übergeht so gewichtige und ergiebige Überlegungen wie die von Hans Blumenberg; die Weltbildfunktion der Metapher wird zwar diskutiert, doch in der Analyse der Jüngerschen Texte allenfalls ansatzweise in Anschlag gebracht, geschweige

denn, daß irgendein Begriff von ›Ideologie‹ hinsichtlich des Untersuchungsfelds näher bestimmt wird. Das prinzipielle Problem der Studie liegt darin, daß sie kaum zur Deutung vordringt. Wo sie dies – im Schlußkapitel – versucht, tritt eine naive Eigentlichkeitsrhetorik an die Stelle der Analyse, wenn Jünger etwa ohne weiteres bescheinigt wird, er konstruiere „für sich eine Scheinwirklichkeit“ und sei „in seinen Metaphernmodellen gefangen“. Daß die treibende Metaphorik Jüngers zur „Ideologie“ gerinnt oder selbst Teil eines ideologischen Programms ist, belegt die Studie nicht. Insofern ist der Titel ›Die Metapher als Ideologie‹ irreführend. Verboven hat einen kommentierten Katalog zentraler Metaphern in den Jüngerschen Kriegsschriften vorgelegt, und darin liegt die Leistung, aber auch die Beschränkung seines Buches.

Adolph Przybyszewski

Verwandtschaften

Günter Figal/Georg Knapp (Hrsg.): *Verwandtschaften. Jünger-Studien (Band 2) Tübinger Phänomenologische Bibliothek*. Tübingen: Attempto-Verlag 2003. 281 S., br, 36 €

In diesem Band sind Vorträge versammelt, die 2001 und 2002 auf dem 3. und 4. Symposium des „Freundeskreises der Brüder Ernst und Friedrich Georg Jünger“ im ehemaligen Zisterzienserkloster Heiligkreuztal gehalten wurden. Diese Symposien finden seit 1999 zu verschiedenen Themen (Prognosen, Mythos, Verwandtschaften) jährlich in zeitlicher Nähe zum Geburtstag Ernst Jüngers statt. Diesmal widmeten sich die Vortragenden in erster Linie den Geistesverwandtschaften. Nach Julien Hervier, der sich mit dem Problem der Vaterschaft in Ernst Jüngers Romanwerk beschäftigt, hatte Ernst Jünger ein konfliktfreies Verhältnis zu seiner Blutsverwandtschaft. Allerdings traf er eine

Auswahl, die auf der hinzutretenden geistigen Verwandtschaft beruhte: die intensivste Beziehung pflegte er zu seinem Bruder Friedrich Georg. Daß die anderen Geschwister „so gut wie nie in seinem Werk vorkommen“ ist allerdings übertrieben, wie ein Blick in das „Personenregister der Tagebücher“ zeigt. (Luca Crescenza hält in diesem Sinne fest: „Verwandtschaften sind Tagebuchsache“.) Jüngers Werk ist dennoch beherrscht vom „Mißtrauen gegenüber der physischen Kindschaft“, dem die „Verehrung spiritueller Meister“ gegenübersteht, so Hervier. Demzufolge behandeln die Symposien unter anderem Ernst Jüngers Verhältnis zu Goethe, Hamann, Heidegger, Hielscher, Carl Schmitt, Gerhard Nebel, Heiner Müller sowie den Eheleuten Podewils. Hinzu kommen Beiträge zu „Ernst Jünger und Japan“, wo im Grunde keine Verwandtschaft existiert, zu Jüngers Kritik des abstrakten Pazifismus, der die von Jünger herausgegebenen Bildbände zum Ersten Weltkrieg analysiert und Jüngers Haltung vom Militarismus absetzt, sowie ein Aufsatz zur Verwendung der Metaphern Feuer, Licht und Dunkelheit bei Jünger, Grimmelshausen und Grass. Helmut Lethen versucht schließlich Ernst Jünger zwischen Tierverhaltensforschung und Philosophischer Anthropologie zu verorten, indem er

bei Jünger einen Gegenentwurf zum Weltoffenheitspathos der Philosophischen Anthropologie vermutet, wie ihn Konrad Lorenz später ausformulierte. Verwandte gehören zur gleichen Familie oder weisen innere Beziehungen auf. Verwandtschaft ist demzufolge nicht nur Gegebenheit sondern auch Tat, Hinwendung. Dem haben die Teilnehmer mit ihren Vorträgen entsprochen. Allerdings kommt die naheliegendste Verwandtschaft, die zwischen den Brüdern Ernst und Friedrich Georg, nur am Rande vor. Den Verwandtschaftsverhältnissen Friedrich Georg Jüngers selbst, dem sich der Freundeskreis ausdrücklich auch widmen möchte, wird keinerlei Beachtung geschenkt. Was den Verdacht nahelegt, daß Friedrich Georg unserer Zeit nicht mehr oder noch nicht verwandt ist.

Erik Lehnert

Friedrich Georg Jünger nachgedacht

Fred Slanitz: *Wirtschaft, Technik, Mythos. Friedrich Georg Jünger nachdenken*. Würzburg: Ergon 2000 (Spektrum Philosophie; 20). 223 S., br, 19.95 €

„Im Schatten“ Ernst Jüngers scheint er stets zu stehen: der Lyriker, Erzähler und Essayist Friedrich Georg Jünger. Zwar konnte man um die

„Jahrtausendwende“ (E. Jünger) auch für ihn eine kurze Konjunktur konstatieren; der aber folgte Stagnation. Nahezu unbemerkt erschien nun nicht etwa eine lange angekündigte Biographie F.G. Jüngers, auf die man schon kaum mehr zu hoffen wagt, sondern eine philosophische Dissertation über „den Bruder“: In „seiner Komplexität und Offenheit darstellen“ und „nachdenkend in das philosophisch kaum beachtete Werk einführen“ will Fred Slanitz, Assistent am Lehrstuhl des inzwischen emeritierten Philosophen Arno Baruzzi in Augsburg. Sein Vorhaben zielt nicht auf systematische Werkanalyse; vielmehr will er erklärtermaßen Friedrich Georg Jüngers Abhandlungen philosophisch ernst nehmen und dem eigenen Weiterdenken erschließen. In vier Kapiteln werden die Komplexe Wirtschaft und Technik, deren Rückwirkungen auf den Menschen und ein Mythoskonzept aus verschiedenen Schriften des Autors entwickelt; Slanitz läßt seine Einführung in Jüngers Denken mit dessen merkwürdig utopischen Reflexionen über das Spiel enden. Die Nachzeichnung und Bündelung der Gedankengänge scheint insgesamt recht gelungen; zu okkasionalistisch bleibt der Blick, der auf andere einschlägige Textproduzenten fällt, etwa auf Rapp, Cassirer, Heidegger und Jaspers. Kuriosisch streift Slanitz zwar die

DIE AULA

Das freiheitliche Magazin

Worauf der freiheitliche Akademiker nicht verzichten sollte!

● unabhängig ● kritisch ● selbstbewußt ● national ●

Aula-Verlag, Merangasse 13, A-8010 Graz
0043 / 316 / 327009 redaktion@dieaula.at

Auseinandersetzung des Freiburger Holzwegphilosophen mit Cassirer; auf das Verhältnis aber zwischen F.G. Jüngers und Heideggers Denken geht er seltsamerweise nicht weiter ein. Die geistes- und problemgeschichtliche Situierung des Jüngerschen Denkens, zu dem man im übrigen auch ohne einen von Jaspers und Kollegen breitgetretenden Trampelpfad vordringen kann, bleibt weiterhin nachzulesen in Michael Großheims konziser Studie über den Konservatismus in der Moderne zwischen Ökologie und Technokratie (Berlin 1995). Eine Auseinandersetzung mit der bislang klügsten neueren Analyse der Technikkritik Jüngers durch Stefan Breuer in seinem Essayband *Die Gesellschaft des Verschwindens* (Hamburg 1992), der Jünger mit Marx&Engels als Korrektiv und Erweiterung las, wäre im Sinne eines „Weiterdenkens“ hilfreich gewesen. Gerade ein solcher Zugang ist schon deswegen besonders interessant, weil es während der ‚Weimarer Republik‘, in der sich Jüngers Denken bekanntlich formierte, substantielle Überschneidungen zwischen ‚rechten‘ und ‚linken‘ Denkstilen sowie eine bislang wenig erforschte gegenseitige Befruchtung gab. Leider hat dies seither keine echte Fortentwicklung erfahren Soll es wirklich um die Prüfung der philosophischen Substanz gehen, muß auch Kritik wie die des technischen Systemtheoretikers Günter Ropohl aufgenommen und diskutiert werden, der Jüngers zentrales Perfektionierungstheorem bereits 1985 unter dem bezeichnenden Titel *Die unvollkommene Technik* attackiert hat. Sinnvoll wäre nicht zuletzt ein Anschluß an die seit einiger Zeit verstärkt geführten Debatten um ›Nachhaltigkeit‹ gewesen: Hier hätte man zur Bestimmung der „Aktualität“ F.G. Jüngers Aufschlußreiches finden können. Slanitzens Einführung bleibt dennoch eine lohnende Lektüre, denn nach reichlich unbedarften Ansätzen wie R. Heyers Versuch über F.G. Jüngers „ökologische

Visionen“ (Stuttgart 2000), französischer Affirmation und kulturkritischen Paraphrasen liegt darin, nach Breuers nun schon mehr als zehn Jahre zurückliegender Studie, endlich wieder ein echter Anstoß vor, sich mit dem Werk des „klugen Bruders“ (Rolf Vollmann) ernsthaft zu befassen.

Adolph Przybyszewski

Der Capitano und sein Locotenente

Ernst Jünger/Gerhard Nebel: *Briefe 1938–1974. Herausgegeben, kommentiert und mit einem Nachwort von Ulrich Fröschle und Michael Neumann*. Stuttgart: Klett-Cotta 2003. 989 S., geb, 49 €

Man kann nicht behaupten, daß das Erscheinen dieses Briefwechsels sehnsüchtig erwartet worden wäre. Die Jünger-Anhängerschaft freut sich zwar vermutlich über jedes postume Wort ihres Meisters, der Anlaß der Edition liegt jedoch darin begründet, daß Gerhard Nebel im September 2003 einhundert Jahre alt geworden wäre. Wer aber interessiert sich für dessen Briefe? Da beide, Jünger und Nebel, Autoren bei Klett-Cotta waren, hat der Verlag sich großzügig gezeigt und diesen voluminösen Band veröffentlicht. Der Briefwechsel beginnt als klassisches Schüler-Meister Verhältnis, lebt als Gemeinschaft der Nachkriegsjahre fort und endet schließlich als unverbindliche Beziehung einsamer Wölfe. Gerhard Nebel, klassischer Philologe und Gymnasiallehrer, las die Bücher Jüngers erstmals 1934, in einer Zeit als er sein sozialistisches Engagement beendet hatte und gleichermaßen orientierungs- wie arbeitslos nach neuem Halt suchte. Im Juni 1938, kurz vor seinem Ostafrika-Aufenthalt, wandte sich Nebel erstmals an Jünger. 1941 begegnen sich beide in Paris. Bis zum Mai 1943 besteht ein lockerer Briefwechsel (von dem nur wenige Briefe Jüngers erhalten sind), den die Kriegsergebnisse

für mehr als zwei Jahre unterbrechen. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft nimmt Nebel den Kontakt im Dezember 1945 wieder auf. Daraufhin entsteht ein sehr intensiver Austausch von mehr als 200 Briefen bis zum Februar 1951. Nach einer Pause von ziemlich genau neun Jahren erneuert wiederum Nebel den Kontakt, der sich bis zu Nebels Tod 1974 fortsetzt. Nebel war bekannt dafür, daß er sich mit allen zerstritt. Mit Jünger, der über den Bruch zunächst nicht unglücklich war, gelang ihm, anders als bei Carl Schmitt und Erhart Kästner, die Aussöhnung. Jüngers grundsätzliche Distanz den meisten Menschen gegenüber ermöglichte den erneuten Kontakt, ohne daraus eine Freundschaft werden zu lassen, die es ohnehin nie war. Ausgelöst wurde das Zerwürfnis durch zahlreiche Mißverständnisse, die sich seit Ende 1949, letztlich wohl mit Erscheinen der Jünger-Monographie von Nebel, häuften. Jünger mißfiel unter anderem der Absolutheitsanspruch von Nebels Jünger-Deutung, und Nebel trug Äußerungen Jüngers vergrößert weiter, so daß diesem daraus Probleme entstanden. Die wenigsten Dinge werden in den Briefen direkt ausgesprochen, so daß es ein Verdienst der Herausgeber ist, daß den Briefen Dritter, vor allem vom Jünger-Sekretär Mohler, im Kommentar viel Platz eingeräumt wurde. Das erhellt einiges. Allerdings sind Text und Kommentar unverhältnismäßig verteilt. Andere Briefwechsel, beispielsweise Heidegger-Jaspers, richten sich an einen mündigen Leser, der eine Schule besucht hat und in die Benutzung des Brockhaus eingewiesen ist.

Was bringt der Briefwechsel inhaltlich? Wenig Persönliches, keinerlei Enthüllungen und in der Nachkriegszeit viel Klagen über fehlenden Wein, worunter beide ziemlich gelitten haben müssen. Die ersten Briefe der NS-Zeit sind erstaunlich offen, wenn Nebel beispielsweise über die *Mamorklippen* schreibt: „...man erfährt, wie

man heute handeln muß, wie weit man sich einlassen, wie weit man sich entziehen soll.“ Schon damals muß Jünger Nebel wegen dieser Offenheit, die Nebel schließlich eine Strafverurteilung einbrachte, zurechtweisen. Wie die Herausgeber im Nachwort richtig betonen, liegt der Wert des Briefwechsels in der Erhellung der Situation unabhängiger Denker in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der sie das trotzige Selbstbewußtsein der Verlierer kultivieren. Da Jünger die Situation aus den zwanziger Jahren kannte, bleibt er nüchtern, verhält sich den Plänen Nebels gegenüber reserviert und rechnet „auf den Sieg der Vernunft“. Nicht zuletzt dadurch wird deutlich, daß sich Jünger und Nebel lediglich in der NS-Zeit geistig wirklich nah waren. Nebels Bekenntnis zum Christentum und seine eigene Autorschaft haben zur grundsätzlichen Entfremdung zwischen beiden einiges beigetragen.

Erik Lehnert

Bilanz einer langen Jugend

Gerhard Nebel: *„Alles Gefühl ist leiblich“*. Ein Stück Autobiographie. Herausgegeben von Nicolai Riedel. Mit einem Essay von Martin Mosebach (Marbacher Bibliothek; 6). Marbach: Deutsche Schilergesellschaft 2003. 263 S., geb, 18 €

Nachdem in letzter Zeit mehrfach aus der nachgelassenen Autobiographie Gerhard Nebels (1903–1974) zitiert wurde, so im Nachwort der Aufsatzsammlung „Schmerz des Vermissens“ (2000) und den Anmerkungen zum Briefwechsel mit Ernst Jünger (2003), ist es erwähnenswert, daß dieser Text jetzt in einer schönen Ausstattung und sorgfältigen Edition vorliegt. Lediglich eine Berichtigung ist notwendig: Wenn Nebel schreibt, daß er „bei Dibelius in Heidelberg einige Vorlesungen gehört“ habe, meint er damit nicht, wie im annotierten Personenverzeichnis ange-

geben, den späteren evangelischen Landesbischof von Berlin-Brandenburg Otto Dibelius (1880–1967) sondern den Heidelberger Professor für Neues Testament Martin Dibelius (1883–1947). Man merkt den Erinnerungen Nebels, die er 1968 niederschrieb, vor allem sprachlich an, daß sie Fragment geblieben sind. Einige Passagen, an denen Nebel offensichtlich Freude hatte, sind ausgearbeitet, andere lediglich skizziert. Sie reichen von der frühesten Kindheit in Dessau, an die sich Nebel noch verblüffend gut erinnern kann, bis zu seiner Rückkehr aus Ostafrika Anfang 1939. Dieses Ende hat Nebel womöglich bewußt gewählt, da sich sein Leben seitdem anhand der seit 1939 erscheinenden Bücher, darunter die Tagebücher aus dem Krieg, nachvollziehen läßt.

Nebels Biographie ist nicht sehr spannend und doch ungewöhnlich genug. Sie wird überschattet vom frühen Tod der Eltern und des jüngeren Bruders. Nach dem Studium der

EDITION ANTAIOS



Ein kurzer Brief stürzt General Günzel in den „Fall Hohmann“. Plötzlich ist alles politisch. 100 Seiten Interview zu den Vorgängen um die Entlassung, zum Zustand der Bundeswehr, ihrem Traditionsverständnis und ihrer Zukunft. Mit aufgenommen: General Günzels legendäre Rede über das „Ethos des Offiziers“.

ca. 100 Seiten, broschiert, 10 €
ISBN 3-935063-60-1
(erscheint im September)



60 Minuten Dokumentation des „Falls Hohmann-Günzel“. Redebeiträge von Martin Hohmann, General Reinhard Günzel, Fritz Schenk, Dieter Stein, Karlheinz Weißmann, Bernd Rabehl und Johannes Rogalla von Bieberstein, aufgezeichnet während des 7. Berliner Kollegs des Instituts für Staatspolitik (IfS) und der Wochenzeitung Junge Freiheit.

Video oder DVD, je 19.80 €
zu beziehen über Edition Antaios

Philosophie und Altphilologie wird er Lehrer, ein Beruf, in dem er selten Erfüllung findet, auch als Hauslehrer in Ägypten nicht. Einem kurzen Engagement links von der SPD am Ende der Weimarer Republik folgen Anpassungsprobleme in der NS-Zeit. Erst die Lektüre der Schriften Ernst Jüngers weist Nebel auf seine eigentliche Berufung: die Zeitkritik in Form des Essays und der Reisebeschreibung. Die Autobiographie enthält in diesem Sinne neben dem Lebensweg drastische Bemerkungen über alles und (fast) jeden, was den Unterhaltungswert erhöht. In seinem Essay, der auszugsweise bereits in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu lesen war, versucht Martin Mosebach ein „Gefühl für diesen Mann“ zu entwickeln. Am schönsten ist ihm die Charakterisierung Nebels als „Schreckensmann“ gelungen, als Mann, der arm ist, sich daran aber nicht stört, weil es die stolze Armut des Geistesaristokraten ist, der eine Hauslehrerstelle annehmen muß, der mit dem Alkohol „Expeditionen“ unternimmt und der ein „herzliches Verhältnis zur physischen Gewalt“ hat. Nebels „herrischen Überlegenheitsanspruch“ relativiert Mosebach polemisch, indem er den „Hilfslehrer in der Trainingshose“ dem Weltmann Karl Kraus gegenüberstellt.

Erik Lehnert

Friedrich Hielscher

Ina Schmidt: *Der Herr des Feuers. Friedrich Hielscher und sein Kreis zwischen Heidentum, neuem Nationalismus und Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Köln: SH-Verlag 2004. 335 S., kt, 29.80 €

Zu den eigenartigen Blüten, die die Beschäftigung mit der Konservativen Revolution treibt, gehört das wachsende Interesse an Person und Werk Friedrich Hielschers. Hielscher hätte dieses Interesse ohne Zweifel geschmeichelt,

wäre es doch seinem Hang zu Selbstüberschätzung und Selbstgerechtigkeit entgegengekommen. Und wenn dem Buch von Ina Schmidt etwas zu entnehmen ist, dann dieser Hang. Sehr viel mehr nicht. Das hängt in erster Linie mit der fachlichen und sprachlichen Inkompetenz der Autorin zusammen. Es fehlt ihr die Fähigkeit, das in großen Mengen gesammelte Material zu ordnen und in eine Gesamtdarstellung einzufügen.

Schon Armin Mohler behauptete, Hielscher habe Fähigkeiten vor allem darin gezeigt, tatsächlich einen Kreis zu bilden. Schmidt rückt diese Behauptung ins Zentrum ihrer Interpretation – und beweist sie an keiner Stelle in ausreichendem Maß. Was bewiesen wird, ist die politische Bedeutungslosigkeit Hielschers, dessen Charisma nur ausreichte, eine winzige Sekte um sich zu sammeln. Deren Mitglieder waren jung und bildbar und ließen sich für Hielschers hochgestochene religiöse Ideen gewinnen. Daß Hielscher diese Anhänger dazu brachte, das NS-System zu infiltrieren, hatte von seiner Seite wenig mit ethisch motivierten Widerstand zu tun (auch wenn man den Mut und die sittliche Haltung seiner Leute bewundern kann) sondern ging auf eine Fehlanalyse der Lage und der Bedeutung seiner Gruppe zurück. Kurz vor dem 20. Juli 1944 etwa erschien Hielscher ungebeten bei Stauffenberg, um Einzelheiten über den geplanten Umsturz zu erfahren, den er dazu nutzen wollte, nach dem Sturz Hitlers eine Theokratie nach seiner *Facon* zu errichten.

Ina Schmidt fehlt jedes Organ für das Bizarre an Hielschers Person, vielleicht weil sie selbst eine Neigung zum Bizarren hat. Nur so ist die Impertinenz zu erklären, mit der die sexuelle Orientierung von Hauptfigur und Anhängerschaft ebenso behandelt wird wie eine Menge anderer, mehr oder weniger peinlicher Details (Zahl der Schwangerschaften, notwendige Therapien, Erziehungsprobleme mit

dem Nachwuchs). Es wäre dem Leser einiges erspart geblieben, wenn Ina Schmidt in ihrem „feministischen Frauenbildungszentrum Aranat“ in Lübeck geblieben wäre, und wenn das nicht, dann hätte die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik den Mut haben sollen, eine solche Arbeit als Dissertation abzulehnen oder sie wenigstens nicht als beste des Jahrgangs 2003 zu prämiieren.

Karlheinz Weißmann

Salomonbiographie

Markus Josef Klein: *Ernst von Salomon. Revolutionär ohne Utopie*. Aschau im Chiemgau: San Casciano Verlag 2003. 367 S., br, 24.90 €

Das Anfang der neunziger Jahre kulminierende Interesse an der Konservativen Revolution hat, ohne ganz erloschen zu sein, beträchtlich nachgelassen. Im Gegensatz zu dieser allgemeinen Entwicklung hat sich die Aufmerksamkeit, die den Werken Ernst Jüngers und Carl Schmitts zuteil wird, in den vergangenen Jahren noch deutlich intensiviert. Fragt man nach den Gründen der Popularität dieser beiden Autoren, so sind, neben der überragenden Qualität ihres schriftstellerischen Schaffens, vor allem zwei zu nennen: Sie sind zum einen in Verlagen angesiedelt, die diese Werke aktiv vermarkten und nicht verschämt in der *backlist* verstecken, zum anderen transzendieren sie die Zeitgebundenheit des üblichen Schrifttums der Konservativen Revolution, was es erlaubt, ihre Texte entweder als „reinen“ staatsrechtlichen Diskurs (Schmitt), beziehungsweise als „reine“ Literatur (Jünger) zu rezipieren.

Eine solch günstige Konstellation war Ernst von Salomon nicht vergönnt. Auch das unlängst (2002) vergangene Jubiläum des 100. Geburtstags hat daran nichts geändert, was um so erstaunlicher ist, als Ernst von Salomons 1951 erschienene Autobiographie *Der Frage-*

bogen der erste große *bestseller* der noch jungen BRD gewesen ist, der innerhalb weniger Monate 200.000mal verkauft wurde. Er war eben zu sehr politischer Aktivist gewesen, um sein Interesse an der Politik zu akademischer Gelehrsamkeit und sein literarisches Engagement zu einer Literatur um der Literatur willen sublimieren zu wollen.

Für Salomonleser bleibt dank Kleins Biographie auch die Zeit nach dem *Fragebogen* nicht länger im Dunkel. Man erfährt, daß von Salomon fortan einen Standpunkt vertrat, den man nationalneutralistisch nennen sollte, und der ihn zum Mitbegründer der bundesdeutschen Friedensbewegung werden ließ. Er vollzog die Einbindung der Bundesrepublik ins westliche Lager nicht mit, da er weiterhin an einem antibürgerlichen, antiutilitaristischen, mythisch-idealistischen Politikverständnis festhielt und aus persönlichen wie ideologischen Gründen die amerikanische Führungsrolle nicht akzeptieren konnte, weshalb man nun diesen Exponenten des Rechtsradikalismus der Weimarer Zeit auf der Seite der Linken für die Selbstbestimmung der Deutschen in Ost und West agieren sah. Die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen trieb ihn freilich in die Resignation, so daß es schon wenige Jahre vor seinem Tod im Jahre 1972 recht still um ihn geworden war.

In seinem *Fragebogen* hatte von Salomon die Fragen des alliierten Entnazifizierungsinstrumentals als Aufhänger benutzt, um seinen Werdegang zu schildern. Nicht nur dieser originelle Ansatz, sondern auch seine überaus plastisch-lebendige Erzählweise und seine Fähigkeit, die bedeutsamen und zum Teil tragischen Ereignisse der ersten Jahrhunderthälfte, in die er verwickelt war, und das Pathos bekennishafter Passagen durch eine Haltung ironisch-spöttischer Distanz zu einer wohl-abgerundeten Mischung auszugleichen, machten das Buch zu einem stilistischen Meisterwerk. Wie kann man sich an-

gesichts einer solchen Vorgabe mit einem eigenständigen biographischen Versuch behaupten? Klein löst dieses Problem, indem er sich in strikt chronologischer Reihenfolge auf den politischen Aspekt von Salomons Leben konzentriert und diesen in den historischen Kontext einbettet. Im Gegensatz etwa zu Breuers *Anatomie der Konservativen Revolution*, die diese Bewegung in einer Gesamtschau und ausschließlich als diskursives Phänomen zu fassen versucht, wird hier vom politischen Handeln einzelner Protagonisten ausgegangen. So wird *en passant* auch erkennbar, daß der Neue Nationalismus kein fertiges ideologisches Programm war, das dessen Anhänger nun zu verwirklichen gedachten, sondern daß ein in sich inhaltlich unbestimmtes, aber gleichzeitig entschiedenes nationales Wollen sich anlässlich konkreter Situationen zur Tat entzündete.

Das daraus entstehende Schrifttum spiegelt den Doppelcharakter seiner Herkunft aus Situationsbestimmtheit und nationaler Gestimmtheit wider, was für den Fernblick des bloßen Gelehrten den Eindruck des Unklaren und Unzusammenhängenden machen muß. Durch die Erschließung einer Unmenge von Primärquellen (vor allem Zeitschriften und Briefe) und der Einarbeitung einschlägiger Sekundärliteratur gelingt es jedenfalls Klein, einen detailgenauen Einblick in die Hintergründe und Aktivitäten des revolutionären Nationalismus zu liefern. Kleins Ansatz besteht darin, von Salomon zum Prototyp des Nationalrevolutionärs zu machen, um dadurch diese Bewegung in ihrem lebendigen Zusammenhang greifbar werden zu lassen.

Dieser Gewinn an historisch-politischer Konkretion wird aber durch den Verzicht auf eine in die Tiefe gehende Durchdringung der Persönlichkeit von Salomons erkaufte. Die Metamorphosen von Salomons, vom völkisch-nationalistischen Freikorpskämpfer zum preußischen Etatisten und wieder zum scheinbar linken

Pazifisten, werden zwar beschrieben, aber letztlich nicht verständlich gemacht. Zudem wird alles, was sich nicht aufs Politische beziehen läßt, nur kurz gestreift: so wird von Salomons einjähriger Aufenthalt im Baskenland, dem wir immerhin das beschwingte *Glück in Frankreich* verdanken, nur in einem Nebensatz erwähnt. Trotz der Akzentsetzung aufs Politische möchte man auch mehr über das Wesen der Person von Salomons erfahren.

Alles in allem wird aber der Anspruch, Leben und Werk des politischen Aktivisten und Autors Ernst von Salomon in seinem historischen Kontext lebendig werden zu lassen, voll erfüllt. Gegenüber der ersten Auflage hat sich nur wenig verändert: die Anzahl der Fußnoten wurde reduziert, dagegen das Bildmaterial vermehrt und deutlich besser reproduziert, Schreibfehler korrigiert und ein lesefreundlicherer Satz gewählt.

Winfried Knörzer

Wenig Neues in der Sache

Josef Schüßlburner: *Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik. Analyse der Herrschaftsordnung in Deutschland*. Künzler/Fulda: Lindenblatt Media Verlag 2004. 771 S., br, 39,80 €

Der Rezensent muß gestehen, daß er das 771 Seiten umfassende *Opus* „Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik“ des Rechtswissenschaftlers und Publizisten Josef Schüßlburner, der derzeit als Beamter bei der EU-Kommission in Brüssel tätig ist, etwas ratlos beiseite gelegt hat. Schon der Untertitel „Analyse der Herrschaftsordnung in Deutschland“ sorgt für Irritation. Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis zeigt nämlich, daß es Schüßlburner vor allem um die Analyse der verfassungsrechtlichen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland geht.

Was immer sich der Autor

bei diesem Untertitel auch gedacht haben mag: er hat damit Erwartungshaltungen geschaffen, denen er nicht gerecht wird. Wenn Schüßlburner schon die „Analyse einer Herrschaftsordnung“ bieten will, dann hätte dazu auch eine Auseinandersetzung mit der Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes gehört. Von Robert Kempner, dem ehemaligen Hauptankläger bei den „Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen“ ist mit Blick auf die Entstehung des Grundgesetzes folgende bezeichnende Einlassung überliefert: „So sehr ich das heldenhafte Verhalten der (deutschen, d.V.) Widerstandskämpfer... bewundere, so war das Scheitern für die spätere Bundesrepublik doch *a blessing in disguise* – ein verkappter Segen ... Das darauf folgende *unconditional surrender* führte schließlich zu einer besseren Staatsform und einem Grundgesetz, die weder Goerdeler noch der Kreisauer Kreis zum Ziele hatten. Seit 1943 arbeiteten amerikanische Gelehrte mit ihren aus Deutschland vertriebenen Kollegen und ehemaligen deutschen Beamten an einer neuen demokratischen Staatsform für das besiegte Deutschland... Der wichtigste amerikanische Mitschöpfer des Grundgesetzes... war der OMGUS-Beamte Professor Dr. Heinz Simons. Das Grundgesetz trägt deutlich seine Züge“ (*Der Spiegel*, 32/84, 6. August 1984). Kurz zur Erläuterung: Heinz Simons war ein 1933 aus Deutschland vertriebener ehemaliger Regierungspräsident und Sohn des früheren deutschen Außenministers und späteren Reichsgerichtspräsidenten Walter Simons. Zu diesen Vorgängen findet sich in Schüßlburners Buch leider wenig bis nichts. Neben der Darstellung der historischen Genese fehlt insbesondere eine ideengeschichtliche Auseinandersetzung mit den geistigen Grundlagen des Grundgesetzes. Phänomene wie Parteien-, Symbol- oder Vereinsverbote, die internationale Einbindung der Bundesrepublik, die Beschneidung der Meinungsfreiheit bis hin zum

Straftatbestand der „Volksverhetzung“, Verfassungsschutz und anderes mehr, die Schüßlburner einer eingehenden Analyse unterzieht, sind letztlich nur die Symptome, nicht aber die Ursachen, zu denen es, in der Analyse einer „Herrschaftsordnung“ zumal, vorzustoßen gilt. Darüber hinaus sind diese Phänomene bereits des öfteren kritisch behandelt worden. In diesem Zusammenhang sei – um hier nur eine wichtige Arbeit zu nennen – an die 1998 erschienene Schrift von Christiane Hubo „Verfassungsschutz des Staates als geistig-politische Auseinandersetzung“ erinnert, die Schüßlburner zwar erwähnt, deren Erkenntnisstand er aber im wesentlichen nichts Neues hinzufügen hat.

Selbst die These von dem „Demokratie-Sonderweg“, der Deutschland durch die Westalliierten oktroyiert worden ist, kann nicht ohne weiteres zugestimmt werden. Natürlich gibt es als Unikum innerhalb der westlich geprägten Demokratien in Deutschland den „Verfassungsschutz“ und dessen fragwürdiges Verständnis von Demokratieschutz. Dieses und viele andere Phänomene, die Schüßlburner zurecht geißelt, stellen sich aber in einem anderen Licht dar, wenn der Fokus einmal über den deutschsprachigen Raum hinaus aufgezogen wird. Dann wird man sehen, daß die Tendenz, die Meinungsfreiheit oder andere Grundrechte einzuengen – was gerne als Ausfluß „politischer Korrektheit“ verbucht wird – einer Entwicklung zugeschlagen werden muß, die inzwischen die gesamte westliche Welt erfaßt hat. Dies gilt insbesondere auch für die USA, in der inzwischen große Teile der Geschichte der weißen Rasse als „verbrecherisch“ abqualifiziert werden. Entsprechend groß ist das Schuldbewußtsein, das den weißen Amerikanern bei jeder sich passenden Gelegenheit abverlangt wird. Auch hier werden Zuwiderhandlungen „in erzieherischer Absicht“ in aller Schärfe sanktioniert. In Deutschland bekommt diese Erziehungspoli-

tik ihre besondere Note durch die „Einmaligkeit der Schuld“, die die Deutschen in den Jahren 1933–45 auf sich geladen haben sollen. Hinter diesen erzieherischen Maßnahmen steht unter anderem die in der sozialwissenschaftlichen Geschichte der USA verankerte Vorstellung (die nach 1945 auch in den deutschen Wissenschaftsbetrieb Eingang fand), daß eine Bewußtseinsbeeinflussung hin „zum Besseren“ mit (scheinbar) wissenschaftlich-objektiven Methoden herbeigeführt werden könnte. Hiervon legt zum Beispiel das Buch des Tenbruck-Schülers Bernhard Plé *Wissenschaft und säkulare Mission* (1990) Zeugnis ab. Es ist dieser Geist, von dem sowohl die Idee der „streitbaren Demokratie“ (*militant democracy*) als auch das Grundgesetz durchdrungen sind und der von Schüßlburner zumindest angesprochen hätte werden müssen. Das dies, aus welchen Gründen auch immer, unterblieben ist, markiert die Grenze eines Buches, das, bei allem Fleiß des Autors, in der Sache leider wenig Neues zu bieten weiß.

Michael Wiesberg

Viergliederung der Demokratie

Johannes Heinrichs: *Revolution der Demokratie. Eine Realutopie*. Berlin: MAAS Verlag 2003. 444 S., geb, 22.80 €

Was ist eine Realutopie? Ein erdachter Zustand menschlichen Zusammenlebens, der nicht nur in Gedanken existieren sondern Realität werden soll. In der Tat will der Sozialphilosoph Johannes Heinrichs (geb. 1942) mit seiner „idealtypischen Demokratiedefinition“ die „Theorie-Praxis-Kluft“ der gängigen politischen Philosophie überwinden. Er sieht in der Frage der Demokratie nicht nur eine pragmatische Frage der Staatsorganisation, sondern eine Frage, die die „Grundfragen des Menschenbildes und der Vergesellschaftung des Men-

schen“ betrifft. Daher werde es für Deutschland Zeit, „daß wir Demokratie von einem Nachkriegs-Importartikel der Siegermächte zu etwas eigenständig Durchdachtem und Gelebtem gestalten“.

Heinrichs versteht den Menschen als ein „wesentlich leibhaftiges Selbstreflexions- und daher Freiheitswesen“, als „Ich“, das von den Dingen verschieden ist, weil es sich durch Selbstbezug konstituieren muß. Bedingung dafür ist, daß der Mensch mit anderen Menschen kommuniziert, innerhalb der Natur handelt und schließlich über ein „Sinn-Medium“ verfügt. Dieses auch als Geist oder Logos bezeichnete Medium ist die Teilhabe des Menschen am Über-Individuellen. Der Ausgangspunkt für den Aufbau der Gesellschaft ist das soziale Handeln des Menschen. Heinrichs unterscheidet vier Stufen des sozialen Handelns, die durch individuelle und zwischenmenschliche Reflexion zu Subsystemen des Staates werden.

Die Vierfachheit bleibt demzufolge bei allen weiteren Ausdifferenzierungen erhalten. Als eine Form des sozialen Handelns zeige sich das strategische beziehungsweise machtorientierte Handeln. Dieses ist interessenorientiert, es macht sich die zu erwartende Reaktion des Anderen zu nutze. Das sich daraus ableitende gesellschaftliche Subsystem ist das politische System, deren Medium das Recht sei. Für jedes der Subsysteme müsse es einzelne sachorientierte Parlamente geben, da sich die verschiedenen Ebenen der Gesellschaft nicht auf eine zurückführen lassen: neben dem Politikparlament, solche für Grundwerte, Kultur und Wirtschaft zwischen denen es Integration, aber auch Differenzierung geben muß. Ersteres um der Funktion des Ganzen wegen, zweiteres der gemeinsamen Freiheit wegen. An der Spannung von Wirtschaft und Grundwerten wird die Notwendigkeit dafür deutlich: Die Grundwerte sollen das

menschliche Zusammenleben bestimmen. Das können sie nur wenn die wirtschaftlichen Bedingungen dafür erfüllt sind.

Durch sein von einer mehrwertigen Logik getragenes Modell will Heinrichs diese „Aporien der modernen Gesellschaft“ auflösen. Ihm gelingt es, das Problem der Demokratie auf anspruchsvolle Weise neu zu durchdenken. Sein mutiges Plädoyer für eine Demokratie der Sachlichkeit und Verantwortlichkeit läßt allerdings, wie jede Aufklärungsphilosophie im weitesten Sinne, einige Fragen offen: Ist der Mensch nicht viel mehr von geschichtlichen Mächten bestimmt, als daß er im Ursprung ein Handelnder ist? Entspricht die ideale „Viergliederung“ der Demokratie wirklich dem „versuchbaren Freiheitswesen“ Mensch? Ist die „Revolution der Demokratie“ durch Einsicht ohne Gewaltakt oder Katastrophe möglich?

Fritz Keilbar

12 WOCHEN PROBE-ABO

12 x Preußische Allgemeine Zeitung für nur € 22,65



Preußische Allgemeine Zeitung: Jede Woche ungeschminkte Berichte und Kommentare über das, was wirklich zählt. Ohne Blatt vor dem Mund. Ohne Rücksicht auf das, was andere für politisch korrekt halten. Preußische Allgemeine Zeitung. Deutschlands beste Seiten.

**und GRATIS für Sie:
unser Geschenk.**

Wir schenken Ihnen in Verbindung mit dem Probe-Abo, diese wertvolle, mit dem Preußenadler ziselierte Taschenuhr.



Einfach absenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung

Parkallee 84 / 86 · 20144 Hamburg

oder am schnellsten per SERVICE-TELEFON bestellen
Telefon: 040 / 41 40 08 42 · Fax: 040 / 41 40 08 51

www.preussische-allgemeine.de

ANTWORT COUPON

Schicken Sie mir bitte die Preußische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für 12 Wochen zur Probe zum Preis von EUR 22,65 und zusätzlich die Preußen-Taschenuhr. Der Versand des Geschenks erfolgt nach Zahlungseingang. Ansonsten kündige ich spätestens nach Erhalt der 10. Ausgabe. Wenn mir die Preußische Allgemeine Zeitung gefällt, brauche ich nichts weiter zu tun. Ich erhalte anschließend die Preußische Allgemeine Zeitung im Jahresabo für zzt. nur EUR 90,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Preis nur im Inland gültig.

Ja, ich teste für 12 Wochen die Preußische Allgemeine Zeitung

Name / Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Telefon: _____

bequem + bargeldlos durch Bankabbuchung

gegen Rechnung

Kontonummer: _____

Bankleitzahl: _____

Geldinstitut: _____

Datum, Unterschrift _____

Linker Nihilismus

Wolfgang Pohrt: *FAQ (Frequently Asked Questions)*, Berlin: Edition Tiamat 2004. 176 S., br, 14 €

Er ist und bleibt der große Exzentriker des deutschen Linksradikalismus. Nach längerer publizistischer Abstinenz hat Wolfgang Pohrt, der einstige Apologet der RAF und Vater der ‚Antideutschen‘, nun ein neues Buch vorgelegt, das, wie der Titel bereits erwarten läßt, vorwiegend aus Interviews besteht. Der ‚skandalöseste‘ Beitrag aber ist eine (auf einer vom ‚Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus‘ organisierten Veranstaltung gehaltene) Rede, darin Pohrt mit alten Überzeugungen und allen guten Sitten der *political correctness* bricht, indem er etwa im türkischen Deutschland den derzeit virulentesten Rassismus ausmacht. Dagegen sei der von Bundesregierung und Medienkonzernen im Zeichen eines ‚Aufstands der Anständigen‘ geführte ‚Präventivschlag gegen die Rechte‘ ein einziges Ablenkungsmanöver zu dem Zweck, die Agenda 2010 als ‚Raubzug der Eliten‘ und ‚Programm zur Verelendung der Armen‘ durchziehen zu können. Mit zynischem Scharfsinn attackiert Pohrt die notorische Verwechslung von ‚antideutschen‘ mit genuin ‚linken‘ Positionen. Aber Pohrt ist nicht nur Zyniker, sondern auch eine ehrliche Haut. So bekennt er, zu denen zu gehören, „für welche der Zuzug von Ausländern in eine Nachbarwohnung sich als Fluchtgrund erwies.“ Angesichts der real existierenden Zuwanderungsproblematik bekunde die „permanente Agitation gegen eine Ausländerfeindlichkeit, die nicht existiert“, einen krassen Realitätsverlust. Überhaupt kenne die Linke keine Klassen mehr, sondern nur noch Rassen. Die „multikulturelle Vielfalt des Pennerdaseins“ habe aber weniger mit rassischer als mit sozialer Diskriminierung zu tun. Fürsprecher der Armen jedoch seien die Linken nur solange

gewesen, als sie in „ihren Schützlingen die Sieger von morgen“ sehen konnten. Durch den Zusammenbruch des Kommunismus darüber belehrt, daß sie aufs falsche Pferd gesetzt hatten, klammern sich die Linken nunmehr an Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus „wie der Ertrinkende an den Strohalm“. Nach solchen Tabubrüchen nimmt es kaum noch wunder, daß Pohrt sogar eine Lanze für Hohmann bricht: Das Skandalon seiner Rede sei es gewesen, den Deutschen, die nichts sehnlicher als „die Identität eines Massenmörders besitzen“ wollen, „das Monopol auf die Stellung Tätervolk zu nehmen“. Denn es seien „die Deutschen, die am meisten darunter leiden, wenn Auschwitz in Vergessenheit gerät. Sie büßen dann die Zuwendung ein, die einem Täter stets widerfährt.“ Von jeher imponierte Pohrt durch seine unerbittliche Selbstdestruktion linkskonformistischer Lebenslügen. Lag darin immer schon mehr als nur verbalradikale Provokation, so droht sein rigider Moralismus in diesen Texten bisweilen in einen trostlosen Nihilismus umzuschlagen. Im Subtext indessen scheint sich eine konservative Kehre anzubahnen. Aber man darf wetten: Pohrt wird sie nicht vollziehen. Er ist zu störrisch, um seinen Eigensinn als *enfant terrible* aufzugeben.

Siegfried Gerlich

Eine seltene Einzelleistung

Franz Schupp: *Geschichte der Philosophie im Überblick. 3 Bände (Antike – Christliche Antike/Mittelalter – Neuzeit)*. Hamburg: Felix Meiner Verlag 2003. Zusammen 1576 S., geb, 124 €

Anders als in den Fachwissenschaften gehört die Geschichte der Philosophie zur Philosophie selbst, sie ist mit Hegels Worten kein „ungeordneter Haufen von Meinungen“, sondern eine Einführung in

die Philosophie. Während man als Physiker erfolgreich arbeiten kann, ohne die Geschichte der Physik zu kennen, ist dies in der Philosophie nicht möglich. Hegel hat dies bis zur Endkonsequenz getrieben, in der System und Geschichte der Philosophie identisch sind: Da die Geschichte der Philosophie demnach die Entwicklung der denkenden Vernunft ist, wird es dabei wohl vernünftig zugegangen sein. Auch Schupp, bis 2002 Professor in Paderborn, hat seine Philosophiegeschichte jahrelang als Vorlesung gehalten und meint mit ihr eine Einführung in die Philosophie selbst. Damit sind die Gemeinsamkeiten zwischen Schupp und Hegel zunächst erschöpft. Schupp stellt im Vorwort klar, daß es ihm um keine objektive Darstellung geht, die es nicht geben kann, sondern um eine, der man den Standpunkt des Verfassers anmerkt. So liegen seine „Sympathien“ bei Aristoteles, Abaelard, Ockham, Leibniz und Wittgenstein. Bei Hegel liegen sie ausdrücklich nicht. Hegel denkt „ungenau“, weil er Logik und Metaphysik nicht sauber trennt. Der Grundvorwurf ist aber der, daß Hegel von Glaubensvoraussetzungen aus philosophiert. Schupp verortet Hegel allerdings in dessen Zeit und nimmt ihn ernst, wenn er sagt, daß Hegels System der „ungeheure Versuch“ war, „noch einmal die Einheit europäischer Kultur“ zu retten. Ein ähnliches Anliegen beobachtet er bei Plotin und Nikolaus von Kues, und leitet daraus ein wiederkehrendes Moment in der Geschichte der Philosophie ab: „Die Form der Philosophie in kulturell relativ stabilen und in sich gesicherten Perioden weist wesentlich weniger systematische Züge auf als jene, die am Ende solcher Perioden steht.“ (Hegel drückt es anders aus: „...die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug.“) Stabile Verhältnisse bringen demzufolge Problemdenker hervor, instabile Systemdenker. Die stillschweigende Gleichsetzung von Systemdenken mit Welt-

anschauung und Ideologie bei Schupp ist nicht zu übersehen und unterscheidet ihn von Hegel. Weiterhin ist Schupp der Auffassung, daß es in der Geschichte der Philosophie nur wenige systematische Positionen gibt, die sich historisch nur unterschiedlich präsentieren. Im 19. Jahrhundert zeigte sich jedoch eine völlig neue Situation: es gibt nicht mehr die eine Philosophie, innerhalb der alle Philosophen über die verschiedenen Ansichten hinweg miteinander im Gespräch stehen. Nach Kant stünden zwei Philosophien nebeneinander, die sich nicht mehr verstehen können und sich gegenseitig absprechen, Philosophie zu sein (Kurz: Irrationalismus *versus* Rationalismus). Da Schupp bei Platon und Aristoteles zwei Traditionslinien, Erleuchtung und Erkenntnis, beginnen läßt, liegt hier die Konsequenz einer Entwicklung vor, die sich in der Deutung Schupps als Bruch zeigt. Das hat seinen Grund im geschichtlichen Abnehmen der Eigenschaft, „welche die Philosophie von nicht-philosophischen literarischen Unternehmungen abgrenzt, und dies ist die Verpflichtung zur Argumentation“. Demzufolge legt Schupp in seiner Darstellung besonderen Wert auf die jeweilige Sprachphilosophie und Logik. Augustinus, Spinoza, der deutsche Idealismus und Kierkegaard werden zwar eingehend behandelt, aber immer als Kontrast zur eigentlichen Philosophie, in der intersubjektive Überprüfbarkeit herrsche.

Was dabei in den Hintergrund tritt, ist die Tatsache, daß die Philosophie nicht um ihrer selbst willen existiert. Erkenntnis läßt sich nicht aus sich selbst begründen, sondern hat ihr Fundament im Ganzen des Menschen. Die Einwände bedeuten nichts gegen die Leistung Schupps, die man nur dann würdigen kann, wenn man sie in der Zeit, das heißt unserer Gegenwart, verortet. Seit dem Buch von Johannes Hirschberger (1948/52) ist keine so klar und gut geschriebene Geschichte der

Philosophie erschienen. Sie ist aus einem Guß und das unterscheidet sie von den Projekten, an denen sich zahlreiche Spezialisten beteiligen. Daß seine Sicht der Dinge persönlich geprägt ist, merkt man, neben den deutlich verteilten Sympathien, daran, daß Schupps Geschichte mit dem Ende des Ersten Weltkrieges (Wittgensteins *Tractatus*) schließt, weil alles nachher für ihn gegenwärtig und „noch nicht zur Geschichte geworden“ ist. Bemerkenswert ist die Bescheidenheit, mit der Schupp den Absolutheitsanspruch seiner Deutung wieder zurücknimmt, wenn er sich als „Kompilator“ charakterisiert und dem Leser die Möglichkeit läßt, anderer Auffassung zu sein, ohne das Werk aus der Hand legen zu müssen. Schupps klare Urteile wollen eine Orientierung in der Philosophie geben und müssen dazu zwangsläufig zur Kritik anregen. Deshalb läßt man sich auch gern über Hegel belehren. Der stolze Preis rechtfertigt sich durch die hervorragende Verarbeitung der Bände, die nur durch einige wenige Druckfehler getrübt wird. Dem Anliegen des Autors entsprechend kann man nur hoffen, daß sich zu dieser fast schon bibliophilen Ausgabe bald eine Studienausgabe (dann bitte mit Register) gesellt.

Erik Lehnert

Irritierende Peinlichkeiten

Bernd Lutz (Hrsg.): *Metzler Philosophen Lexikon. Von den Vorsokratikern bis zu den Neuen Philosophen. Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage.* Stuttgart, Weimar: Metzler, 2003. 794 S., geb, 49.95 €

Das nunmehr in dritter Auflage erschienene *Metzler Philosophen Lexikon* erfüllt offenbar ein Bedürfnis der Leser. Es finden sich in der erheblich erweiterten Neuausgabe denn auch zahlreiche informative Artikel, die zu einer nähe-

ren Beschäftigung mit den jeweiligen Philosophen – darunter erfreulicherweise auch einige wichtige Denker der Gegenwart wie Baudrillard oder Virilio – einladen (der Wegfall der Porträts ist deshalb kein Verlust). Allerdings muß ein genauerer Blick in etliche der Artikel auch irritieren, schaut man sich an, auf welche Weise unterschiedliche Denker behandelt werden. Sieht man einmal von Merkwürdigkeiten der Art ab, Rosa Luxemburg oder Lenin als Philosophen zu behandeln (während etwa Ludwig von Mises oder Friedrich von Hayek selbstverständlich fehlen), so fällt vor allem ein großes Ungleichgewicht in der Behandlung der einzelnen Denker auf. So erhalten allen Ernstes Marx und Engels den längsten aller Artikel, über 22 Spalten, während Kant nur zehn, Aristoteles neun und Platon gar nur sechs Spalten bekommt, weniger als die Marx-Epigonen Bloch (neun), Lukacs (zehn), Habermas (zehn) und so weiter.

Ausgesprochen ärgerlich berührt aber folgender Umstand: Der Metzler Verlag bringt es fertig, im Jahre 2003 Hans Heinz Holz ohne Ironie schreiben zu lassen, Lenins ganzes Werk (!) sei philosophisch, und mit Recht habe man seinen Namen in die „wissenschaftliche Lehre“ (!) des Marxismus-Leninismus aufgenommen. Auch gelte es, so entnehmen wir einem weiteren Artikel, die offenbar dringende Aufforderung, des russischen Vulgärmarxisten Plechanow' Werk „heute wiederzuentdecken“. Daß in derlei Artikeln vom „faschistischen Regime“ gesprochen wird, wenn die nationalsozialistische Diktatur gemeint ist, versteht sich fast von selbst.

Eine gleichermaßen unkritische Haltung, die man nur als haarsträubend bezeichnen kann, zeigt sich im Marx-/Engels-Artikel Reinhard Kühnls, der prototypisch für eine nicht unerhebliche weitere Schwäche des Lexikons steht: die (insgesamt ohnehin zu knappe) eigenwillige Auswahl der Literaturangaben, die das

Lexikon partiell mit dem im gleichen Verlag und Jahr erschienenen *Lexikon jüdischer Philosophen* teilt. So wird hier bei nur fünf bibliographischen Einträgen nicht nur eine orthodox-marxistische Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin des DKP-Chefideologen Schleifstein von 1972 angeführt, sondern es werden den als vorrangige Adressaten des Lexikons betrachteten Studenten auch die bedeutenden Werke etwa von Klaus Hartmann, Leszek Kolakowski oder Konrad Löw vorenthalten, obwohl in anderen Artikeln durchaus auch neueste Literatur angeführt wird. Im Spengler-Artikel wird lediglich auf zwei Werke von 1973 und 1969 – eigentlich sogar 1949! – verwiesen, obwohl zwischenzeitlich nicht nur Frits Botermans große Spengler-Studie erschienen ist. Was die bibliographische Sorgfalt der Ausstattung angeht, ist im Vergleich das von Caspar von Schrenck-Notzing herausgegebene *Lexikon des Konservatismus* (Graz 1996) vorbildlich, da es vollständiger Werkangabe sowie in der Regel umfassendere Literaturhinweise enthält, die für die weitere Auseinandersetzung eine solidere Ausgangsbasis bereitstellen. Es wäre mehr als wünschenswert, ließe sich dieser Standard bei der nächsten Überarbeitung berücksichtigen.

Ein weiteres Manko des Lexikons besteht darin, daß beispielsweise im Falle von Ernst Topitsch die Diskussion von dessen politisch-historischen Meinungen (inklusive der problematischen Publikationsorte) sicher gut die Hälfte des Artikels beansprucht, und zwar allein zu dem Zweck, diesen in den Geruch des „Faschismus“ zu bringen und also mögliche Studenten von einer unvoreingenommenen Lektüre abzuschrecken. Bei Habermas wiederum wird die von den Fakten ungedeckte Behauptung aufgestellt, er habe unter anderem im Historikerstreit „Diskussionen auf hohem intellektuellen Niveau geführt“ – dies dürfte alle, die sich etwas mit dieser „Diskussion“ beschäf-

tigt haben, doch sehr überraschen.

Neben diesen politisch korrekten Peinlichkeiten enthält das Lexikon indes auch, dies sei abschließend konzediert, eine ganze Reihe lesenswerter Artikel, so eine bemerkenswert sachliche Würdigung Arnold Gehlens, die dazu anregt, seinen Ansatz konstruktiv weiterzudenken, sowie erfreulich viele Beiträge zu Gegenwartsphilosophen, weshalb man das Lexikon trotz (und vielleicht ja auch wegen) seiner Schlagseiten doch als Denkanstoß empfinden wird.

Till Kinzel

Neue Zeitschriften

Cicero – Magazin für politische Kultur, monatlich, 7 €.

Seit April dieses Jahres verfügt der deutsche Pressemarkt über ein neues Magazin für politische Kultur – *Cicero*. Unter der Ägide des ehemaligen Chefredakteurs der *Welt*, Wolfram Weimer, sollen sich prominente Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Kultur ein Stelldichein geben, um im Sinne des Namenspatrons leidenschaftlich über die Belange der *res publica* zu debattieren. Neben den Bereichen Außen- und Innenpolitik, Wirtschaft und (im weitesten Sinne) Feuilleton behandeln die knapp 150 anspruchsvoll bebilderten Hochglanzseiten noch jeweils ein Schwerpunktthema in verschiedenen Beiträgen.

In der Juniausgabe geht man der Frage nach, warum der Westen sich haßt. Dazu äußert sich eine illustre Runde von Tilman Spengler und Peter Schneider bis zu Joseph Kardinal Ratzinger, dessen Beitrag einen Mangel an Religiosität und Spiritualität in der westlichen Kultur beklagt. Das über die politischen Lager hinausgehende Lob für *Cicero* hängt sicher auch mit dem Bemühen des Herausgebers zusammen, ausgewogen zu sein; wobei sich diese Ausgewogenheit auf nationaler Ebene freilich nur innerhalb dessen bewegt,

was der „common sense“ als rechts und links duldet. Im aktuellen Heft darf sich Wolfgang Kubicki als Sachwalter des Möllemannschen Erbes über den Zustand seiner FDP beklagen, genauso wie zwei Seiten weiter sein Parteichef Guido Westerwelle über Querschläger in den eigenen Reihen; der Grüne Fritz Kuhn wird als ministrabel vorgestellt (weil auch die andere Kleinpartei zu berücksichtigen ist) und Wolfgang Schäuble läßt man über das Verhältnis von Europa und Islam sinnieren. Ebenso um Proporz bemüht schreiben Edelgard Bulmahn (SPD) über Frauen und Politik, sowie Ursula von der Leyen (CDU) über Frauen und Beruf. Außenpolitisch wagt sich *Cicero* weiter vor und läßt den amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ebenso zu Wort kommen wie den Generalsekretär der islamistischen Hizbollah, Sayyid Nasrallah.

Tiefgehend und somit lesenswerter sind jedoch einige der Essays. In der Erstausgabe etwa der des Philosophen Robert Spaemann, der anlässlich aktueller Debatten die Zweideutigkeit des Begriffs „Werte“ feststellt. Spaemann zieht gegen die Gefahr eines „liberalen Totalitarismus“ zu Felde, bei dem die „Wertegemeinschaft“ über dem Recht steht; so etwa, „wenn staatliche Institutionen aufgeboden werden, um ... politische Positionen öffentlich zu ächten“. Und konkreter: „Der Staat als ‚Bündnis gegen rechts‘ – das ist die Wertegemeinschaft anstelle des Staates, und hier müssen die Alarmglocken schrillen“. Bleibt zu hoffen, daß solch nonkonforme Ansichten auch in die Köpfe derjenigen Politprominenten vordringen, die sich in Zeitschriften als begeisterte Leser von *Cicero* offenbaren.

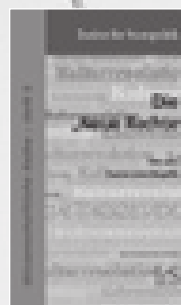
Heritage – Das Geschichtsmagazin, vierteljährlich, 9 €.

Ebenfalls neu auf dem Zeitschriftenmarkt ist *Heritage – Das Geschichtsmagazin*. Der Titel ist programmatisch, denn, so Herausgeber und

Pfeile.



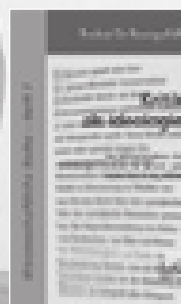
Heft 3:
Nationale Identität
32 Seiten, Mai 2002



Heft 5:
Die „Neue Rechte“
38 Seiten, Juni 2003



Heft 6:
Erosion der Mitte
38 Seiten, März 2004



Heft 7:
Kritik als Ideologie
ca. 30 Seiten, August 2004

Wissenschaftliche Reihe
Jedes Heft 5 €

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda
06268 Albersroda
Tel./Fax 034632-90942

www.staatspolitik.de

Kinder, Kinder

Kursbuch, Heft 156, *Kinder, Kinder*. Berlin: Rowohlt 2004. 8 €.

Auch und gerade, wo die eigene Reproduktivität mangelhaft bis ungenügend ist, läßt es sich unter den Autoren des aktuellen *Kursbuchs* (Nr. 156) trefflich zum Thema Kinder assoziieren: Kinder und Sex, die sexuelle Attraktivität alleinerziehender Mütter und kindliche Depressionen etwa. Claus Leggewie grüßt in einem Offenen Brief „ganz herzlich“ die Bundesfamilienministerin und möchte eine Lanze brechen für ein erleichtertes Adoptionsrecht im allgemeinen, für Auslandsadoptionen und solche durch homosexuelle Paare im besonderen: das wäre in seiner „vermeintlichen Künstlichkeit perfekter Ausdruck einer postmodernen Familienstruktur“ und *summa summarum* „gut für eine Welt, die ökonomisch, politisch und kulturell zu ‚Einer Welt‘ zusammenwächst.“ Ähnlich schlaumeierisch formuliert Barbara Sichtermann ihre Gedanken zum virtuellen Kinderzimmer, wo nämlich die *Kids* in „ihrem Verlangen nach dem digitalen Gerätepark ihrer Zukunftsfähigkeit Ausdruck verleihen.“ Eltern, die die stundenlange Computerdaddelerei des Nachwuchses monieren, seien erstens neidisch, zweitens ohne Verständnis für das Exzessive, das schon immer zum Kinderspiel dazugehört habe. Hervorragend dagegen der Aufsatz der Psychoanalytikerin Stephanie Castendyk über die großstädtische Kleinfamilie als „Torso menschlicher Gemeinschaft“ und über den Mangel von Knaben, heranwachsend in einer „Welt der Erzieherinnen“, wo Konflikte nur verbal ausgetragen werden dürfen, Abenteuer und Kampf ausschließlich in fiktiver Form konsumiert werden.

Ellen Kositzka

Chefredakteur Christoph Freiherr Schenck zu Schweinsberg in seinem Editorial, man möchte darin Menschen und Institutionen vorstellen, die „unser kulturelles und historisches Erbe bewahren“. Auf den 86 Seiten der Startausgabe will *Heritage* „mit Geschichte unterhalten und wissenswerte Information vermitteln“. Beim Blick ins Impressum und Inhaltsverzeichnis sticht eine gewisse adlige Dominanz ins Auge, die durch das gediegene Äußere des Heftes (samt exklusiver Werbepartner) noch unterstrichen wird. Dagegen spricht nichts, hat dieser Stand doch *in puncto* geschichtliches Erbe einiges zu bieten. Mit oberflächlichem „Infotainment“ sind die Zeitschriftenregale jedoch gesättigt. Und leider beläuft sich darauf die Mehrzahl der Beiträge in *Heritage*. Ein Zeitzeugengespräch mit Bernd Freytag von Loringhoven, der als junger Offizier die letzten Tage im Führerbunker unter der Reichskanzlei erlebte, ergeht sich über weite Strecken in Banalem („Wie war die Stimmung?“, „Gab es im Zoologischen Garten noch Tiere?“). Ein Beitrag über die „Wechselfälle“ der Familie Hardenberg liest sich wie ein Prospekt der gräflichen Kornbrennerei und der Artikel über das deutsche Element Amerikas ist auch nur eine vergrößerte Werbefläche für ein entsprechendes Buch zum Thema, erschienen im Verlag des Herausgebers. Umfangreicher und entsprechend faktenhaltiger dagegen sind die Beiträge zum Titelthema über Geschichte und Gegenwart geistlicher Ritterorden. Zum Thema Nationalfeiertag der Deutschen muß der Herausgeber auf einen fünf Jahre alten Gastkommentar des grünen Bundestagsabgeordneten Werner Schulz in der Tageszeitung „Die Welt“ zurückgreifen. Wenn man „das Geschichtsmagazin“ sein möchte, sollte man bei *Heritage* noch ein Stück mehr preußisches Erbe wiederbeleben: Mehr sein als scheinen.

Christian Vollradt

In den Vereinigten Staaten haben sowohl die Begriffe „Liberalismus“ und „Konservatismus“ wie auch die politischen Kategorien „Rechts“ und „Links“ oftmals eine grundsätzlich andere Bedeutung als in Europa. So versucht denn auch Michael O'Meara in seinem Buch über die „Neue Rechte“ *New Culture, New Right – Anti-Liberalism in Postmodern Europe* diese als typisch europäisches Phänomen zu beschreiben. Die „Neue Rechte“ betreibt nach O'Meara die Rückeroberung des antiliberalen Kerns und Ursprungs postmodernen Denkens von Nietzsche und Heidegger gegen die Objektivitäts- und Rationalitätsansprüche der Moderne und nehme dabei auch Anleihen bei „linken Postmodernen“ wie Michel Foucault, Gilles Deleuze, Jacques Derrida und Jean Beaudrillard. Unverrückbare Achsen ihres Denkens bildeten dabei aber immer die Bezugnahme auf kollektive und kulturelle Identitäten und der Antiliberalismus. O'Meara fixiert sich in seiner Arbeit zwar etwas zu stark auf die französische *Nouvelle Droite* und die *GRECE*, bietet in seinem Buch aber auch zahlreiche originelle Denksätze und neue Interpretationen.

Michael O'Meara: *New Culture, New Right – Anti-Liberalism in Postmodern Europe*. Bloomington: 1st books, 2004. 228 S., br, 14,95 \$

Die Steigerung von Feind und Todfeind ist der Parteifreund – meinen zumindest viele politische Beobachter. Das scheint auch des öfteren in der NSDAP der Fall gewesen zu sein, wie Werner Bräuninger in seiner Arbeit über Hitlers Gegner in der NSDAP nachweist. Das quellen- und detailreiche Buch enthält 16 Portraits von Reformern, Oppositionellen oder auch erklärten Gegnern, die aus Hitlers eigenem Umfeld kamen. Ähnlich wie in Bräuningers früherem Buch *Strahlungsfelder des National-*

sozialismus – Die Flosse des Leviathan werden Brüche und relative Freiräume im Spannungsfeld von Staat und Partei am Schicksal einzelner Personen und Entscheidungsträger in der Weimarer Republik und im Dritten Reich aufgezeigt. Geschildert werden unter anderem die Kämpfe Hitlers mit den bayerischen Separatisten Otto Ballerstedt und Otto Pittinger, den Deutsch-Völkischen Albrecht von Graefe und Artur Dinter, dem Monarchisten Joseph Graf Soden-Fraunhofen, dem Schulungsleiter des NS-Studentenbundes Ernst Anrich und der oppositionellen Haltung zahlreicher Gauleiter der NSDAP.

Werner Bräuninger: *Hitlers Kontrahenten in der NSDAP 1921–1945*. München: Herbig 2004. 392 S., geb, 34,90 €

Der austriakische Konservatismus unterscheidet sich durch sein katholisches und übernational-altösterreichisches Erbe deutlich von den Konservatismen anderer Länder. Dies wird auch in Friedrich Romigs neuem Buch über *Die Rechte der Nation* deutlich. Er trennt die Nation vom Nationalstaat und betrachtet die Kirche und die altösterreichische Reichsidee, die Romig als nach außen supranational und nach innen pluralistisch ausgerichtet schildert, als Schutzwall gegen nationale Chauvinismen. Unabhängig davon fordert Romig aber für die Gegenwart eine Verteidigung der Nationen gegen Liberalismus, Globalisierung und Marktfundamentalismus und ein geistiges Anknüpfen an die Traditionen des Deutschen Idealismus und die Ganzheitslehre Othmar Spannns.

Friedrich Romig: *Die Rechte der Nation*. Graz: Leopold Stocker 2002. 190 S., kt, 19,90 €

Als „Falken“ in der Bush-Administration zu Weltruhm gelangt, prägen die amerikanischen Neokonservativen das Bild der amerikanischen Rech-

ten. In bewußter Abgrenzung zu den *Neo-Cons*, von denen viele ihre politische Biographie als Trotzkiten begannen, bezeichnen sich die amerikanischen, isolationistisch ausgerichteten Altkonservativen als *Palaio-Cons*. Sie gehören zu den schärfsten Kritikern der *Neo-Cons*, die sie verdächtigen, ihre Träume von „permanenter Revolution“ statt mit marxistischen nun mit neoliberalen und kapitalistischen Schlagwörtern zu unterfüttern. Claes G. Ryn hat mit *America the Virtuous* eines der Manifeste der *Palaio-Cons* vorgelegt, in dem er die publizistischen und politischen Vertreter des amerikanischen Neoimperialismus als „Neojakobiner“ bezeichnet und sie beschuldigt, das politische Koordinatensystem der USA in Richtung eines naturrechtlich unterfütterten Rousseauismus, einer Überstrapazierung des Gleichheitsprinzips und eines ideologischen Universalismus zu verschieben und die gesamte westliche Zivilisation damit in einen „Krieg ohne Ende“ zu stürzen. Für diese Entwicklung nimmt er ausdrücklich auch den amerikanischen politischen Neoplatonismus beispielsweise eines Allan Bloom in Mithaftung. Ryn hingegen wünscht sich für den amerikanischen Konservatismus eine stärkere Orientierung an Edmund Burke und dessen Erkenntnis, daß Freiheit und Gleichheit nicht gleichzeitig und vollständig zu verwirklichen seien.

Claes G. Ryn: *America the Virtuous – the Crisis of Democracy and the Quest for Empire*. New Brunswick, Transaction Publishers, 2003. 221 S., geb, 34,95 \$

Wohl kein zweiter Denker seiner Zeit hat eine so enge Verbindung zwischen Technik und Zerstörung hergestellt wie Ludwig Klages und so stark den Technizismus und die dazugehörige Wissenschaftsgesinnung seiner Epoche kritisiert. Dabei hat nach An-

sicht seines Biographen Reinhard Falter wenigens dem Verständnis von Klages so geschadet wie die Bezeichnung der grundlegenden Kategorien seiner Weltauslegung als „Geist“ und „Seele“, da dieser berühmt gewordene Dualismus den Blick auf die einheitliche Grundintention in Klages' Leben und Werk verstelle, die nach Falter in der Verteidigung der Fülle des Lebens gegen den „giftigen Anhauch der Zivilisation“ (Klages) in all ihren Ausprägungen vom Rationalismus über den Kapitalismus bis zur Vermassung des Menschen im modernen Staat bestehe. Falter versucht diese Grundintention auf sechs Gebieten von Klages vielgestaltigem Werk nachzuweisen, nämlich der Graphologie und Charakterkunde, der allgemeinen Ausdruckswissenschaft, der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie, der Lehre von der Wirklichkeit als Wirklichkeit der Bilder, der Wiederverlebendigung von Geschichte durch Vergeschichtlichung statt Historisierung und dem Naturschutz. Die Werker-schließung wird komplettiert durch knappe Darstellungen verwandter Geister sowie der Gegner Klages von links und rechts.

Reinhard Falter: *Ludwig Klages – Lebensphilosophie als Zivilisationskritik*. München: Telesma 2003. 167 S., br, 16.80 €

Dem Großteil der gemäßigten Linken bis hin zur PDS gelten die sogenannten „Antideutschen“ eher als schwer kalkulierbare weltanschauliche Amokläufer denn als ernstzunehmende Bündnispartner. Innerhalb der radikalen Linken verfügen sie hingegen über ihre publizistischen Sprachrohre *Konkret*, *Jungle World* und *Bahamas* noch über eine verhältnismäßig starke Stellung. Die vehemente Parteinahme der Antideutschen für die USA im letzten Irak-Krieg nahm nun der vielleicht bekannteste deutsche Marxist, der Nürnberger Wertkritiker Robert Kurz, zum Anlaß für eine längere Auseinandersetzung mit

den theoretischen Grundlagen der „Antideutschen“. Für die „Antideutschen“ – so Kurz – ist „Deutschland“ nicht nur metaphysische Wesenheit als „absolutes Böses“ und negativ volksgemeinschaftlich aufgehobenem Kapitalismus jenseits von Moderne und bürgerlicher Vernunft, sondern auch aktueller Hauptakteur eines barbarischen imperialen Griffs nach der Weltherrschaft, die es angeblich den USA streitig macht. Dieser vermeintliche ahistorische metaphysische Wesensgegensatz von „Deutschsein“ und „westlicher Zivilisation“ wird von den „Antideutschen“ dann auch noch auf sämtliche Formen von Gegensouveränität zu den USA, von der Oktoberrevolution über Maos Langen Marsch bis zu den nationalen Befreiungsbewegungen der 3. Welt und den islamischen Fundamentalismus projiziert, die somit als reine Derivate des „deutschen Wesens“ und bloße Abarten des Nationalsozialismus definiert werden. Kurz hat mit seinem jüngsten Buch ein spannendes und streckenweise vergnüglich zu lesendes Stück bundesdeutscher Ideologiegeschichte geschrieben. Robert Kurz: *Die antideutsche Ideologie – Vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus: Kritik des neuesten linksdeutschen Sektenwesens in seinen theoretischen Propheten*. Münster: Unrast 2003. 307 S., br, 16 €

Mit dem vorliegenden Band gibt es wieder eine aktuelle, umfangreiche Biographie des letzten Staufers Konradin. Bisher hatte man sich auf die Nachdrucke des *Konradin* von Karl Hampe (1890!) stützen müssen. Von der frühen Jugend in Bayern und am Bodensee über den Zug nach Italien geht die Geschichtserzählung bis zur Enthauptung des Sechzehnjährigen in Neapel. Damit erlosch das staufische Haus. Einen Schwerpunkt legt der Autor auf die entscheidende Schlacht bei Tagliacozzo, in der Konradin gegen Karl von Anjou unterlag. Kartenmaterial macht Ullrichs Darstellung

zu einem militärhistorischen Führer, standesgemäß übrigens: Der Autor ist Generalmajor a.D..

Hans-Uwe Ullrich: *Konradin von Hohenstaufen. Die Tragödie von Neapel*. München: Universitas 2004, 328 S., 22.90 €

Von Stefan George stammt ein strenges Wort: „50 Bücher reichen für einen anständigen Menschen aus. Alles andere ist ‚Bildung‘.“ Nun hatte aber ausgerechnet Georges Meisterschüler Friedrich Gundolf (1880–1931) mit großer Leidenschaft eine umfangreiche Bibliothek zusammengetragen. Der spöttische Zorn des Meisters war ihm sicher.

Trotzdem (oder deswegen) wurde Gundolfs Bibliothek bereits zu seinen Lebzeiten legendär. Die nun vorliegende Rekonstruktion dieser Sammlung durch Michael Thiemann zeigt, daß eine solche Bibliothek der „Weltentwurf“ ihres Besitzers ist. Sie spiegelt den ganzen Kosmos Gundolfs wider, der – ganz im Sinne des Meisters – als Professor in Heidelberg gegen den Biographismus und die positivistische Philologie antrat: In umfangreichen Monographien wie *Shakespeare und der deutsche Geist* (1911), *Goethe* (1916), *George* (1920) und *Heinrich von Kleist* (1922) gelang Gundolf eine ganzheitliche Gestaltdeutung, die ihn sicher zum berühmtesten und meistgelesenen Germanisten des frühen zwanzigsten Jahrhunderts machte.

Im Zentrum von Thiemanns Rekonstruktion steht die umfangreiche Caesar-Bibliothek, die Wahrnehmung Caesars gilt zurecht als wichtigstes Paradigma im Denken Gundolfs. Und an ihr wird deutlich, was es heißt, vormals Zerstreutes zunächst im Regal und dann schreibend in einen Zusammenhang zu stellen.

Michael Thiemann: *Caesars Schatten. Die Bibliothek von Friedrich Gundolf. Rekonstruktion und Wissenschaftsgeschichte*. Heidelberg: Manutius Verlag 2003, 298 S., 49 €

Junges Forum

Über dem militanten Auftauchen der antiautoritären Bewegung, der Neuen Linken und der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wird leicht übersehen, daß die politische Unruhe der damaligen Jahre weitaus komplexer war, als sie in der Rückschau erscheint. In Deutschland formierte sich parallel zur „Neuen Linken“ eine „Neue Rechte“, die sich von der Nachkriegsrechten durch ihre Vorliebe für wissenschaftliche Analyse, theoretische Arbeit, den Versuch der Überwindung des Rechts-Links-Schemas und einer als „solidaristisch“ bezeichneten antikapitalistischen Grundhaltung unterschied. Zu ihren Köpfen zählte neben Wolfgang Strauss und dem jungen Henning Eichberg der damalige Ingenieursstudent Lothar Penz, der als einen der frühesten Zirkel der „Neuen Rechten“ den Hamburger Arbeitskreis „Junges Forum“ leitete. Er gab erstmals im März 1964 die Zeitschrift *Junges Forum* heraus, die bis ins Jahr 2000 im Verlag *Deutsch-Europäischer-Studien* (DESG) hauptverantwortlich von Heinz-Dieter Hansen betreut wurde. Nun hat der junge *Regin Verlag* unter der Leitung von Markus Fernbach die traditionsreiche Schriftenreihe übernommen; bei durchaus veränderter programmatischer Schwerpunktsetzung, da man sich in der Selbstdarstellung als „rechts“ und „gegenrevolutionär“ verortet. Die erste Ausgabe unter Leitung der neuen Redaktion beschäftigt sich mit Alexander Dugin, der einer der entschiedensten „Anti-Westler“ unter den russischen Intellektuellen ist, und eine „Bewegung Eurasien“ propagiert, die sich an dem geistigen Erbe der altgläubigen Tradition der russisch-orthodoxen Religion, der Sozialkritik der russischen Sozialisten sowie dem Traditionalismus und der Konservativen Revolution orientieren soll.

Zu beziehen über: Regin-Verlag, Am Mühlentbach 3b, 23847 Bliestorf bei Lübeck, Tel.: (04501) 82 27 68.

Pressefreiheit

Helmut Markwort bemerkte einmal, daß der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen alles beobachte, was nicht auf dem linken Flügel der SPD beheimatet ist. Die totalitäre Metamorphose dieser Behörde wurde spätestens im Jahr 1995 offenbar, als die Berliner Wochenzeitung *Junge Freiheit* im Landesverfassungsschutzbericht erwähnt wurde und das Amt seitdem einen einsamen Kampf gegen eine Publikation führt, die gar nicht in Nordrhein-Westfalen erscheint. Diese auch von vielen politisch neutralen Beobachtern als skandalös empfundene Praxis fügt der Zeitung zwar massiven ideellen und finanziellen Schaden zu, forcierte aber neben verschiedenen anderen Vorkommnissen und Skandalen,

in die insbesondere das nordrhein-westfälische Landesamt verwickelt war, auch eine Debatte über die Frage, ob der Verfassungsschutz und seine Berichte nicht dazu mißbraucht werden, die Rechtsstaatskonzeption gewissermaßen von innen heraus zur Erosion zu bringen, da mit der Errichtung eines Tabukatalogs unerlaubter politischer Ideen und Forderungen von Seiten der Regierenden das staatliche weltanschauliche Neutralitätsgebot verletzt wird. Seit 1996 prozessiert die *Junge Freiheit* mit juristischen Mitteln gegen diesen Versuch, in den Meinungsstreit diskriminierend einzugreifen, seit 2001 liegt das Verfahren im Rahmen einer Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, wobei im März 2002 der ehemalige Generalbundesanwalt von Stahl den Münchener Rechtsanwalt Manfred Brunner als Prozeßbevollmächtigten ablöste. Zum zehnjährigen Bestehen der *Jungen Freiheit* als Wochenzeitung wurde nun eine dreiteilige Dokumentation *Kampf um die Pressefreiheit* erstellt, die neben einer gründlichen Chronik der Vorgänge auch die kompletten Klageschriften von Alexander von Stahl enthält.

Zu beziehen über: Edition JF, Hohenzollern-damm 27a, 10713 Berlin, Tel: (030) 86 49 53 –29.

Vox Libri

Hörbücher liegen im Trend. Der junge Musikverlag Vox Libri, der bereits durch eine Vertonung von Texten Ernst von Salomons Aufsehen erregte, zeigt, wie man die Möglichkeiten dieses Mediums optimal nutzen kann. Das fängt bei der höchst sensiblen Auswahl eines geeigneten Sprechers an, geht über eine sinnvolle Geräuscheruntermalung (die niemals aufgesetzt klingen darf!) bis hin zu einer musikalischen Bearbeitung, die sehr viel Fingerspitzengefühl verlangt. Die jüngste Veröffentlichung von Vox Libri ist ein gutes Beispiel einer gelungenen Umsetzung. *Kleine Odyssee – Der Luftangriff auf den Hafen von Piräus* ist ein ungeheuer dramatisches Kriegserlebnis des Oberst a.D. Hajo Herrmann. Für die Musik, eine sinfonische Dichtung mit wagnerianischen Charakter, zeichnet sich Raymond P. verantwortlich, bekannt durch seine Musikprojekte „The Days of the Trumpet Call“ und „Von Thronstahl“.

Vox Libri: *Kleine Odyssee – Der Luftangriff auf den Hafen von Piräus*, Doppel-CD, 19,95 €, zu beziehen bei Vox Libri, Postfach 2545, 41312 Nettetal.